

Neue Klassenpolitik

Ausgabe Nr. 47, 10. April 2018



Trump gegen Clinton, Le Pen gegen Macron, Hofer gegen van der Bellen, Pegida gegen Pulse of Europe: Ein Blick auf die politischen Auseinandersetzungen in Europa und den USA der vergangenen Jahre offenbart einen Konflikt zwischen Establishment und der rechten, vermeintlichen Alternative. Der politische Spielraum, so scheint es, ist auf die sprichwörtliche Wahl zwischen Pest und Cholera zusammengeschrumpft: weltoffener Neoliberalismus auf der einen, autoritärer Kapitalismus auf der anderen Seite.

Diese Ausgangslage hat die seit über einem Vierteljahrhundert andauernde Krise der Linken vertieft. Die knifflige Frage lautet: Wie können sie am besten umgeworfen werden, die Verhältnisse, in denen „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“? An Ansätzen mangelt es ja eigentlich nicht: Stadtteilpolitik, Linkspopulismus, Selbstorganisierungen, Gewerkschaftsarbeit, Hegemoniepolitik und vieles mehr. Doch was könnte eine gemeinsame Klammer sein? Seit einiger Zeit diskutieren Linke in Europa und den USA über Ansätze einer Neuen Klassenpolitik. Diese versucht, den falschen Entgegensetzungen von objektiven Bedingungen und subjektiven Möglichkeiten, von materiellen und kulturellen Kämpfen, von Klassenkampf und „Identitätspolitik“ etwas entgegen zu setzen.

Die Debatte um Neue Klassenpolitik (hier ein [Überblick](#)) lotet aus, wie eine Klassenpolitik „auf Höhe der Zeit“ aussehen könnte. Ein Minimalkonsens: Sie darf nicht hinter die Kämpfe der vergangenen Jahrzehnte zurückfallen. Das mag mit Blick auf lange vorhandene antirassistische, feministische wie auch

antiimperialistische Klassenpolitiken nicht allen neu erscheinen. Das macht es aber nicht weniger notwendig, diese Leitplanken der Debatte auszuleuchten.

Davon ausgehend lauten die Fragen, die wir mit dieser Ausgabe stellen: Was bedeutet überhaupt Klasse? Wie hängen Klassenpolitik, Antirassismus und Feminismus zusammen? Was ist von einigen bisherigen Versuchen Neuer und alter Klassenpolitik zu halten? Wie kann Neue Klassenpolitik aussehen und wie kann sie gelingen?

In der Ausgabe #48 im Juli 2018 werden wir uns dem Thema „Kapitalismus digital“ widmen. Was ist digitaler Kapitalismus? Ist er überhaupt so neu wie er sich gibt? Wie sieht eigentlich Arbeit im digitalen Zeitalter aus und welche Rückschlüsse lassen sich daraus für linken Widerstand ziehen?

Wir wünschen Euch viel Spaß beim kritischen Lesen!

Es gibt keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz



Interview mit Jodi Dean

Wir haben mit Jodi Dean über Aufgaben und Herausforderungen einer Neuen Klassenpolitik gesprochen. Warum Klassenpolitik weit mehr ist als das Privileg des „weißen Mannes“ und welche feministischen Bewegungen in den USA gerade den Ton angeben, erklärt sie im Interview.

kritisch-lesen.de: Das Thema unserer Ausgabe lautet „Neue Klassenpolitik“. Denkst du, dass eine Neue Klassenpolitik einen Beitrag zur Wiederbelebung linker Politik leisten kann?

Jodi Dean: Ja, ich denke, dass eine neue Klassenpolitik wichtig für den Prozess der Erneuerung linker Politik ist. Dafür muss Klasse allerdings anders gedacht werden. Klasse muss innerhalb der gegenwärtigen historischen Umstände begriffen werden. Es kommt mir manchmal so vor, als ob Linke, die sich furchtbar aufregen und sagen „Oh, nein wir können nicht mehr von Klasse reden“, denken, dass Marxist_innen mit Klasse nur ein industrielles Proletariat meinen. Aber das ist ein Fehler. Und natürlich ist es ein Fehler, den manche linke Parteien historisch gemacht haben, aber es ist kein Fehler, den Marx und Engels gemacht haben. Marx und Engels verstanden Klasse als eine Position innerhalb der Produktion. Eine Position, aus der und in die sich Menschen immer wieder heraus- und hineinbewegt haben. Insofern sind Menschen nicht in ihrer Klassenposition fixiert. Klasse ist keine demographisches Merkmal, obwohl viele Menschen – besonders in den USA – Klasse heute oft so verstehen. Geschlecht, „Rasse“ und Klasse werden gesehen als wären sie gleichartige Kategorien. Marxist_innen sehen Klasse aber anders. Das erste ist also, dass die Arbeiter_innenklasse nicht gleichzusetzen ist mit einem industriellen Proletariat. Heute können wir uns die Arbeiter_innenklasse vielleicht mehr als all jene vorstellen, die proletarisiert sind. Slavoj Žižek macht diesen Punkt und ich denke er liegt absolut richtig. Die Kategorie der „Proletarisierten“ erinnert uns mehr an einen Prozess und ist somit näher an dem, was Marx und Engels dachten. Heutzutage sind viele von uns proletarisiert. Wir können da zum Beispiel an flexible Arbeitsverhältnisse denken – etwa an Künstler_innen, Journalist_innen, Akademiker_innen. Also alle, die „Inhalte“ schaffen. Alle, die Vertragsarbeit leisten. Das alles ist proletarisierte Arbeitskraft.

KL: Warum ist es wichtig, all diese verschiedenen Positionen unter dem Begriff

„Klasse“ zusammenzufassen oder vielleicht sogar zu organisieren?

JD: Wir müssen uns die Frage stellen, wogegen wir kämpfen. Es geht nicht nur um irgendeinen Kampf. Wir kämpfen gegen die kapitalistische Produktionsweise und gegen die Ausbeutungsformen, Entbehrungen und Enteignungen, die sie uns zufügt. Das große Problem der Linken, besonders seit 1989, ist die Akzeptanz gegenüber dem Kapitalismus als einziger Alternative. Oft geht es nur noch darum, einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu erreichen. Den gibt es aber nicht. Er ist ein Mythos. Was wir also brauchen, ist eine Klassenpolitik, die erkennt, dass unsere Probleme vom Kapitalismus ausgehen. Das anzusprechen ist entscheidend, um den Aufstieg der Rechten zurückzudrängen und zu stoppen.

KL: Ist die Rechte im Moment erfolgreicher als die Linke, diese Widersprüche in konkrete Politik umzumünzen?

JD: Oberflächlich betrachtet scheint es in den USA so zu sein. Schließlich gibt es Trump. Und Trump hat, wie alle autoritären Rassisten in Europa, den Immigranten zur Person gemacht, der es entgegentreten gelte. Trump bietet im Nationalismus ein Angebot der Identifizierung und der Vereinheitlichung unter Zuständen der Ungleichheit und Enteignung. Das Problem wird also exteriorisiert und die Einheit der Nation wird genau durch diese Exteriorisierung geschaffen. Eine klassische faschistische Formel. Andererseits sind die Rechten in den USA nur so erfolgreich gewesen, weil die Liberalen so lahm sind. Es sind die Liberalen, die versagt haben. Es gehört schon fast zur Definition der Liberalen, nicht anzuerkennen, dass der Kapitalismus das Problem ist. Sie meinen, dass wir diesen hübschen allgemeinen Pluralismus von Identitäten unter kapitalistischen Vorzeichen haben können. Das öffnet identitätsbasierter und nationalistischer rechter Politik Tür und Tor. Eine marxistische, antikapitalistische, kommunistische beziehungsweise auch sozialistische Perspektive sieht ganz anders aus. Sie würde die Idee zurückweisen, dass wir auf der Grundlage von Identitäten zusammenfinden können. Denn Klasse ist keine Identität, sondern eine Position. Und als eine Position kann Klasse von allen möglichen Identitäten besetzt werden. Klasse durchschneidet diese „identitären Logiken“, die Faschist_innen und Liberale gemein haben, und fokussiert stattdessen auf den primären Antagonismus, der Kapitalismus heißt.

KL: Dennoch riecht Klassenpolitik für viele in der Linken nach der Verallgemeinerung der Privilegien einer weißen, männlichen Arbeiterklasse. Warum ist das so?

JD: Darauf gibt es einige verschiedene Antworten. Zum einen geht es darum, die Idee zurückzuweisen, dass sich „Klasse“ nur auf eine weiße, männliche Arbeiterklasse bezieht. Das ist schlichtweg falsch. In den USA zum Beispiel besteht die Arbeiter_innenklasse aus Frauen und Männern, People of Color und auch Menschen, die ihre Geschlechtsidentität zurückweisen. Wenn man sich

demographisch ansieht, was sich zwischen dem einen und den 99 Prozent abspielt, dann besteht das eine Prozent in überwältigender Mehrheit aus weißen Männern. Zu sagen, dass genau das das Problem sei, wenn man von Klasse spricht, ist eine ideologische Verkehrung im klassischen Sinne. Das hat etwas dümmlich Rückwärtsgewandtes.

Zweitens hatten natürlich auch Marx und Engels verstanden, dass es in der Arbeiter_innenklasse Frauen gab. Die Arbeiter hatten Familien und Marx und Engels behandelten Themen wie Familienzusammensetzung, Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen. Zudem sind Frauen schon immer Teil der Arbeiter_innenklasse gewesen. Die Kämpfe der Arbeiter_innenklasse fanden noch nie ausschließlich in der Fabrik statt. Ich habe in letzter Zeit viel über die Geschichte der kommunistischen Partei in den USA gelesen, die sehr interessant dahingehend ist, dass es viel um Kämpfe rund um die Organisation von Mieter_innen ging. Und das ist nicht nur bei der Communist Party USA so, sondern überall – auch wenn man sich die russische Revolution ansieht. Für Lenin waren es immer Bäuer_innen und Proletarier_innen. Es war niemals nur eine industrielle Arbeiterklasse. Die Bauernschaft war immer Teil davon. In jeder einzelnen erfolgreichen kommunistischen Revolution war sie beteiligt. Um es also noch einmal zu sagen: Die Idee, dass es bei Klasse nur um weiße, männliche Arbeiter geht, ist falsch. Ich denke, dass das eine liberale ideologische Fiktion ist, die dazu da ist, uns daran zu hindern, die stattfindende Realität klassenbezogener Enteignung, Unterdrückung und Ausbeutung zu erkennen.

Drittens geht es um die Diversität von Kämpfen. Wenn man sich zum Beispiel Kämpfe um Bildung und Studiengebühren ansieht, wie sie derzeit in Großbritannien stattfinden, dann sind das Klassenkämpfe. Sie werden im Terrain der Bildung ausgefochten, aber es sind Klassenkämpfe. Wenn wir uns umsehen, dann sehen wir Klassenkämpfe, die in verschiedenen Bereichen ausgefochten werden, jenseits der industriellen Fabrik.

KL: Die Austragungsorte einer Neuen Klassenpolitik sind also sehr divers. Wie aber kann eine Neue Klassenpolitik die Menschen überzeugen?

JD: Die Frage ist, wen man überzeugen will. Wer ist meine imaginäre Gesprächspartnerin? Die große Mehrheit der arbeitenden Klasse weiß längst Bescheid. Es geht viel mehr darum, wer die Gründe für ihre Probleme, ihre alltäglichen Kämpfe besser zusammenfassen und sie ihnen zurückrepräsentieren kann, beziehungsweise ihnen sagen kann, was man gegen ihr Leid machen könnte. In den USA zum Beispiel war es eine der effektivsten Waffen des Trump-Wahlkampfes, es sehr deutlich zu machen, dass die demokratische Partei und insbesondere der Clinton-Flügel in keiner Weise Teil einer Lösung für die Probleme arbeitender Leute war. Jeder und jede Linke weiß das ganz genau. Aber Clinton hat

Bernie Sanders geschlagen, der eine tatsächliche Alternative angeboten hat und eine Erzählung, die sehr „empowernd“ war und bei der Mehrheit der Menschen Anklang fand. Er hat zwar nicht die Abschaffung des Kapitalismus gefordert, aber er identifizierte das Problem eindeutig in der Wirtschaft, in den Exzessen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Seine Politik war eine, die sich gegen die zunehmende Unterordnung von Hochschulbildung und Gesundheitsvorsorge unter den Markt wandte. Alles in allem hat er eine beeindruckende alternative Erzählung aufgezeigt.

Die Frage lautet also: Wie kann man Leute erreichen und überzeugen? Das ist keine gute Frage, wenn wir sie als abstrakte Diskussionsfrage stellen. Aber sie ist schon viel besser, wenn wir darunter das Problem der politischen Organisation verstehen. Und wenn es um politische Organisation geht, dann geht es immer auch um die Frage, was die verschiedenen Ziele sind, die man mit Organisation verfolgt. Geht es zum Beispiel nur um diese oder jene Wahl oder geht es etwa um Streiks und Gewerkschaften? Wen versucht man zu organisieren? Die Rechte ist in den vergangenen Jahren stärker geworden. Das ist der Grund, warum wir uns diesen Fragen wieder stellen und uns organisieren müssen. Wir müssen konkreter werden. Ich bin keineswegs eine, die das Lokale fetischisieren will. Überhaupt nicht. Aber eine Sache, die man bei lokalen Kämpfen lernt, ist wie Argumente in realen Kontexten funktionieren und – wie Lenin immer sagte – wie wichtig Slogans sind. „Frieden, Brot und Land“ war nicht immer und überall der Slogan. Er war auf eine sehr spezifische Situation zugeschnitten. Diese Art von Arbeit – die alte maoistische „Weisheit“, mit den Massen in Verbindung zu stehen und der Linie der Massen zu folgen – ist absolut entscheidend. Eine Linke, die einfach nur intellektuell ist und meint, die Arbeiter_innenklasse ist einfach nur zu dumm, um irgendetwas zu verstehen – nach dem Motto: „Ihr solltet uns Intellektuellen folgen, wir sind nämlich nicht rassistisch“ – das wird gar nichts bringen.

KL: Lass uns über den US-amerikanischen Kontext reden. Im Moment gibt es verschiedene Bewegungen, die eine Rolle spielen: etwa Black Lives Matter, die Internationale Frauenstreik-Bewegung oder die Social Democrats of America. Wie schätzt du die Chancen für eine wiederbelebte Linke in den USA ein?

JD: Ich denke, dass wir im Moment die Wiederbelebung der Linken erleben. Und ich denke, dass das in einer gewissen Kontinuität zu Occupy Wall Street steht. Denn Occupy Wall Street zeigte den Leuten, dass es zumindest wieder eine gewissen Möglichkeitshorizont gibt. Occupy zeigte zudem weißen Linken Möglichkeiten auf, an politische Kampagnen anzuknüpfen, die gegen aggressive Polizeiarbeit vorgingen und in Verbindung zu schon existierenden antirassistischen Bewegungen standen. Vor allem in New York City mit dem Widerstand gegen stop-and-frisk. Auch in Zusammenhang mit den Morden an jungen Schwarzen Menschen, die immer sichtbarer wurden. Im Moment ist das, was wir sehen, die Zusammenkunft

all dieser Kämpfe und alle verstehen und erkennen an, dass sie Teil eines Kampfes sind.

Eine andere Sache, die in den USA sehr aufregend war in den letzten Wochen, waren die Lehrer_innenstreiks. Wenn man diese Lehrer_innenstreiks zusammenbringt mit den Schüler-Walkouts zum Thema Waffengewalt, dann sehen wir öffentliche Schulen als einen riesigen Ort des Klassenkonflikts. Denn die Superreichen müssen schlichtweg nicht protestieren. Sie müssen nie protestieren. Und diese Waffengewalt wird hauptsächlich in öffentlichen Schulen zu einem Thema. Man sieht fast nie etwas wie „Oh, vier ‚rich kids‘ wurden in Harvard erschossen“. Nein, das passiert nicht. Das sind Leute aus der Arbeiter_innenklasse, arme Leute, die sich in diesen heruntergekommenen und verlassen öffentlichen Institutionen aufhalten. Wir lernen jeden Tag etwas darüber, wie verschiedene Teile der Arbeiter_innenklasse zusammenkommen, um sich zusammenzuschließen, zu kämpfen und Forderungen geltend zu machen.

KL: Du bist Teil der Internationalen Frauenstreik-Kampagne. Diese Proteste haben vergangenes Jahr stark angefangen und waren auch in diesem Jahr sehr erfolgreich. Welche Unterscheide gibt es vom vergangenen Jahr zu den diesjährigen Protesten?

JD: Eine Sache, die ich besonders aufregend finde, ist die internationale Dimension der Frauenstreiks. Die diesjährige „Gewinnerin“ war eindeutig Spanien - mit 5 Millionen Frauen auf der Straße, die faktisch einen Frauen-Generalstreik auf die Beine stellten. Das ist wirklich sehr spannend zu sehen. Ich war im vergangenen Jahr nicht an den Internationalen Frauenstreik Komitees beteiligt, aber meinem Verständnis nach kam die Inspiration dafür von Feministinnen in Argentinien, in Polen, in Spanien. Diese internationale Aufmerksamkeit an der Gewalt gegenüber Frauen, insbesondere in Argentinien, wo sie die Kampagne gegen Gewalt an jungen Frauen und Mädchen gestartet haben, aber auch in Polen, wo es vor allem um Reproduktionsrechte ging. Das war ein großer Motivator. In den USA gab es eine Kombination unterschiedlicher Faktoren: Es gab den Willen, sich mit den internationalen Kämpfen zu verbinden und gleichzeitig das Bedürfnis, in der seit Trumps Amtsantritt sichtbarer werdenden Frauenbewegung auch sozialistischer Politik Ausdruck zu verleihen. Es gab die Proteste gegen Trump im Januar vergangenen Jahres als sich drei Millionen Frauen zum „March on Washington“ versammelten. Auf der einen Seite ist das natürlich großartig, viele Frauen waren zum ersten Mal auf der Straße und politisch aktiv in einer Demonstration.

Auf der anderen Seite war es eine Mobilisierung, die aktiv von Unterstützer_innen von Hillary Clinton getragen wurde. Unter diesem Aspekt war es nicht wirklich eine Opposition zu Trump, keine wirkliche feministische Bewegung, sondern vielmehr eine, die die Politik der Demokratischen Partei vorantreiben sollte. Das war der „Vibe“ dieser Versammlungen, mit den „pussy hats“ und was sonst noch

dazugehörte. Der Internationale Frauenstreik im vergangenen Jahr hat dagegen deutlich gemacht, dass wir eine andere Art von Feminismus brauchen. Einen Feminismus für die 99 Prozent. Und wir dürfen nicht zulassen, dass diese feministische Energie vereinnahmt wird für Hillary Clintons Hosenanzugs-Nation [pant suit nation] und für eine Partei, die sagt: „Die anderen Probleme in der Welt wären gelöst, wenn Hillary Clinton gewählt worden wäre“. Aktuell gibt es Missstände, die viel grundlegender sind und das wurde deutlich. Es ging nicht nur um Hillary Clinton, sondern um viel mehr. Das sollte in die Politik getragen und sichtbar gemacht werden. Zudem ist der internationale Frauenstreik in den USA ganz klar als ein sozialistisches Projekt zu sehen. Manche der Leute sind von den Democratic Socialists of America, aber auch andere linke Parteien sind involviert.

KL: In der deutschsprachigen Linken scheint es viel leichter zu sein, rund um Identitäts-Kategorien zu mobilisieren als die Systemfrage zu stellen. Werden Begriffe wie Sozialismus oder Revolution in den USA aktuell selbstverständlicher benutzt?

JD: Ich bin nicht der Meinung, dass es hier leichter ist. In der linksliberalen Mainstream-Diskussion werden immer noch vor allem Identitätskategorien genutzt, aber in der radikalen Linken ist das ein umkämpfter Aushandlungsprozess. Wie wir es bei den Internationalen Frauenstreiks gesehen haben: Es gibt eine gewisse Anerkennung, dass man letzten Endes keine dieser Unterdrückungen ohne die Abschaffung des Kapitalismus überwinden kann. Das verbreitet sich innerhalb der Linken immer weiter und konkretisiert sich. Auch bei Themen, bei denen die Grenzen zwischen linken und liberalen Inhalten schwer zu bestimmen sind, sehen wir einen Zusammenbruch von Identitätspolitik – in einer guten Art und Weise. Weil die Leute realisieren, dass politische Inhalte nicht aus einer spezifischen Identität entstehen.

Das sehen wir zum Beispiel daran, dass Trump immer schwarze Menschen in seinem Publikum hervorhebt oder etwa sicherstellt, dass er eine schwarze Person in seinem Kabinett hat oder ähnliches. Wir realisieren langsam, dass es in der Tat rassistisch ist zu denken, dass wir wissen, welche politischen Inhalte eine schwarze Person verfolgt, nur aufgrund seiner oder ihrer „Rasse“. Das bringt nichts. Wir realisieren, dass Frauen ebenso abscheuliche Faschistinnen sein können wie Männer; dass eine homosexuelle Person nicht automatisch auf unserer Seite ist. Es gibt ein zunehmendes Verständnis dafür, dass Identitätspolitik als Grundlage für konkrete Politik nicht ausreicht. Für einige Linke verursacht diese Erkenntnis ziemliche Verwirrung. Daher versuchen sie, Politik zu machen, die komplett abgetrennt ist von jeglichem Subjekt – zum Beispiel, wenn es auf einmal nur noch um Algorithmen oder ähnliches geht. Die marxistische, neu-kommunistische Antwort ist eine andere: Doch! Wir können so etwas wie politische Subjektivität verstehen, allerdings unter neuen Bedingungen. Das ist Teil des Kampfes.

KL: Sollten wir an Begriffen wie Identitätspolitik und Klassenpolitik festhalten?

JD: Ich denke, man muss sich die Frage nach dem „Warum?“ stellen. Welches Ziel möchte man erreichen? Wollen wir eine Strategie entwickeln, wie wir ein spezifisches Umfeld oder eine spezifische Gruppe organisieren wollen? Wenn das der Fall ist, sollten wir darüber nachdenken, wie unser Auftreten dafür aussehen muss. Wie und warum etwa wollen wir insbesondere Frauen ansprechen? Oder geht es um etwas anderes? Wir sollten das nicht nach akademischen Überlegungen machen, sondern mit Bezug auf die Frage, wie wir uns organisieren wollen. In den USA wurden feministische Politiken zum Beispiel sehr interessant. Ich würde sagen, sie bilden im Moment sogar die vorderste Front linker Politik. Bestandteile der #metoo-Bewegung etwa eröffneten Möglichkeiten für Gewerkschaften im Service-, Haushalts- und Gastronomiebereich, sodass sich Beschäftigte in diesen Feldern Gehör verschaffen und Kämpfe führen konnten. Hier wurde also ein Raum genutzt, der aussieht wie eindimensionale Identitätspolitik, und in eine Gelegenheit für Klassenpolitik umgewandelt. Das wäre ein Beispiel, bei dem es weder analytisch noch politisch sinnvoll ist, Identitätspolitik und Klassenpolitik voneinander zu trennen.

Eines will ich aber noch hinzufügen: Das heißt nicht, dass man da nun mit einer intersektionalen Analyse ran muss. Die Sprache der Intersektionalität ist in gewissen Teilen der US-Linken und bei Feministinnen sehr wirkmächtig. Meiner Meinung nach führt eine intersektionale Analyse aber fast immer dazu, den Schnittpunkt, die „intersection“, im Individuum zu suchen. Das läuft dann auf die Frage hinaus, wie es dazu kommt, dass meine individuellen, spezifischen Anliegen nicht berücksichtigt werden. Vielmehr sollte es aber um eine Analyse gehen, die fragt, wie sich Herrschaftsstrukturen gegenseitig verstärken und aufeinander angewiesen sind. Klassenunterdrückung etwa ist ganz offensichtlich darauf angewiesen, dass bestimmte Menschen unbezahlt arbeiten – etwa in der Hausarbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird. Genauso beruhen Machtunterschiede *innerhalb* der Arbeiter_innenklasse darauf, dass Gehalt ungleich bezahlt wird und die Arbeiter_innenklasse gespalten wird. Dabei spielt etwa Ethnizität eine große Rolle. Das ist für mich jedoch keine intersektionale, sondern eine strukturelle Analyse, wie sie im Marxismus schon immer geleistet wurde. Es macht mir Sorgen, wenn Leute Intersektionalität so stark hervorheben, weil ich befürchte, dass es damit vor allem darum geht, individuelle Erfahrungen in all ihren Facetten hervorzuheben anstatt die tatsächlichen Überlagerungen und Verbindungen von Unterdrückung in den Vordergrund zu stellen.

So sehr wir also versuchen sollten, Klasse und Identität nicht unnötig zu trennen, so sehr sollten wir auch das andere Extrem vermeiden – also auf Teufel komm raus versuchen zu wollen, beides zu verbinden. Es ergibt keinen Sinn, den Fokus nur darauf zu richten, Klasse und Identität mittels intersektionaler Analyse zu

verbinden. Wir verbinden beides, indem wir erkennen, dass Klasse eine Kategorie der Produktionsverhältnisse ist und dass in dieser Kategorie sehr viele unterschiedliche Menschen versammelt sein können. Eine Klasse setzte sich noch nie aus einer einzigen spezifischen demografischen Gruppe zusammen.

KL: Was bedeutet Klasse heute?

JD: Wenn ich im Kontext meiner Organisationsarbeit mit Leuten rede, dann sind es eher Menschen aus der Arbeiter_innenklasse, die mir erklären, was Klasse bedeutet. Vergangenes Jahr als ich lokale Organisationsarbeit machte für den Internationalen Frauenstreik, kopierte ich in einem Copy Shop Poster und die Frau, die dort arbeitete, sagte etwas wie: „Oh mein Gott, ich kann es nicht erwarten bis es endlich fünf Uhr ist – noch zwei Stunden“. Ich sagte etwas wie: „Langer Tag, was? Naja, jetzt ist er fast vorbei“. Und sie: „Ja, aber das bedeutet, dass ich zwei Stunden meines Lebens weggewünscht habe“. Und ich sagte nur: „Ist das wirklich so?“ Und sie: „Ja, so ist es. Jeden Tag wünsche ich mir, ich wäre alt genug, um in Rente zu gehen. Was nichts anderes heißt, als dass ich mir wünsche, 20 Jahre älter zu sein und dass mein Leben dazwischen einfach weg wäre“. Vielleicht hat sie das Wort „Klasse“ nicht benutzt, aber sie hat im Prinzip gesagt, dass sie auf einen Job angewiesen ist, den sie hasst, in dem sie ausgebeutet wird und dass sie obendrauf keine Möglichkeit hat, aus diesen Umständen auszubrechen.

Ich mache auch Organisationsarbeit mit Restaurantkellner_innen. Die sprechen die ganze Zeit darüber, wie ihre Trinkgelder davon abhängen, ob sie lächeln oder davon, ob die Kunden ihnen einen Klapps auf den Hintern geben oder Bemerkungen machen können. Sie bringen also mir etwas über ihre Erfahrungen bei, was Klasse bedeutet.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: Es gibt keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1471>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

„Die“ 68er gibt es nicht



Essay von Jens Renner

Welche Lehren für eine Neue Klassenpolitik lassen sich aus der Revolte vor fünfzig Jahren ziehen, wenn wir ihre Vorgeschichte und ihre verschiedenen Akteure nicht vergessen?

Essay von [Jens Renner](#)

Das Jubiläumsjahr der Revolte begann mit Kulturkampf von rechts. Den Anfang machte Bayerns politisches Ausnahmetalent Alexander Dobrindt (CSU). In einem Gastbeitrag für die konservative Tageszeitung *Die Welt* forderte er nichts anderes als die Rücknahme von 1968: „Wir brauchen den Aufbruch in eine neue konservative Bürgerlichkeit, die unser Land zusammenführt, unsere Wertegemeinschaft stärkt und unsere Freiheit verteidigt“ – gegen „die linke Revolution der Eliten“, die 1968 erfolgreich gewesen sei. Ob das die Wähler_innen der AfD überzeugt? Noch sind deren Hetzer_innen deutlich einfacher bei ihrer Feindmarkierung. Auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart wurde Bundessprecher Jörg Meuthen von den Delegierten mit Standing Ovationen gefeiert, als er ausrief: „Wir wollen weg von einem links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben.“

Die hegemonialen Interpretationen der Revolte schwanken seit jeher. 1990, mit der „Wiedervereinigung“, schien ein unhintergebarer Konsens erreicht. In seiner Rede zum ersten Tag der deutschen Einheit sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU): „Die Jugendrevolte am Ende der sechziger Jahre trug allen Verwundungen zum Trotz zu einer Vertiefung des demokratischen Engagements in der Gesellschaft bei.“ Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) dagegen verkündete noch 2001: „Es hat sich ja bei den Achtundsechzigern um eine weit ausgreifende Massenpsychose gehandelt.“ Allerdings fügte er hinzu: „Wichtig ist nur, was die damals Verirrten heute tun.“ Das war die Absolution für Leute wie Joschka Fischer, der es 1998 als ehemaliger militanter Streetfighter zum Vizekanzler und Außenminister im rotgrünen Kriegskabinett gebracht hatte.

Die politische Debatte des Jubiläumsjahrs 2018 hat diverse Facetten: schroffe Abgrenzung, Warnung vor Gewalt und „Extremismus“, Selbstbeichtigung einstiger Aktivist_innen, aber aus der Mitte der Gesellschaft auch Lob für die mit der Revolte einhergehende Modernisierung, alltagskulturelle Errungenschaften vorneweg: Akzeptabel scheint, was sich als integrierbar erwies. Erste Veröffentlichungen lassen

darauf schließen, dass auch Linke des Jahres 2018 eher darauf aus sind, die Geschichte an eigene gegenwärtige Positionen anzupassen. So sieht Rainer Trampert in der 68er-Bewegung eine „Modewelle mit befreienden Aspekten“ und findet „manches richtig, vieles falsch“: „Die politischen Achtundsechziger teilten die Welt in gut und böse. Wer gegen die USA und Israel war, zählte zu den Guten, einschließlich des Massenmörders Pol Pot“. Dessen Regime – hier versagt das Gedächtnis des Veteranen – etablierte sich allerdings erst 1975. Lange vor 1968 erledigt war dagegen die „Liebe zu den USA“, von der Trampert zu wissen meint: „Wer seine Liebe zu den USA und der Kibbuz-Bewegung noch nicht abgelegt hatte, wurde nun [1968] umerzogen.“ (*Jungle World* #51-52/2017) Bei allem Dogmatismus – von Umerziehung kann keine Rede sein, und der Protest richtete sich nicht gegen „die USA“, sondern den „US-Imperialismus“ und seinen massenmörderischen Krieg in Vietnam.

Auch in anderen Teilen der deutschen Linken scheint sich ein verzerrtes Bild der Revolte durchzusetzen. So schreibt Matthias Ubl: „Die Revolutionär_innen von 1968 setzten demgegenüber [gemeint ist die „auf die Machteroberung“ ausgerichtete Politik der Bolschewiki; Anm. J.R.] bei den zwischenmenschlichen Beziehungen an. Sie gingen davon aus, die Gesellschaft durch die Subversion der ‚privaten Sphäre‘ verändern zu können. Die Gründung von Kommunen, das Experimentieren mit neuen Liebesmodellen und die Ablehnung der bürgerlichen Kleinfamilie fallen in diese Epoche“ (*analyse & kritik* #633/2017). Das ist deutlich weniger als die halbe Wahrheit. Die These vom Ansetzen an den „zwischenmenschlichen Beziehungen“ als gemeinsamem Ausgangspunkt der „Revolutionär_innen von 1968“ führt in die Irre. Das zeigen Vorgeschichte, Verlauf und Akteure der Revolte.

Politisierung lange vor '68

In Westdeutschland inklusive Westberlin, der Hochburg der Revolte, begann deren Vorgeschichte schon unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers (1949 bis 1963). Die wichtigste innenpolitische Kontroverse betraf die sogenannte Wiederbewaffnung, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Aufstellung einer bundesdeutschen Armee. Diese Pläne stießen in der Linken, SPD und DGB eingeschlossen, auf scharfe Ablehnung. 1952 wurde bei einer antimilitaristischen Demonstration in Essen der junge Kommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen. 1955 trat die BRD der NATO bei, während bei einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche das antimilitaristische Deutsche Manifest beschlossen wurde. Nach dem Umschwenken der SPD, die 1956 der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zustimmte, war es eine weitgehend außerparlamentarische Opposition, die gegen die Bundeswehr und den NATO-Beitritt protestierte. 1957/58 ging der Streit vor allem um die geplante atomare

Bewaffnung der Bundeswehr. Die Aktion Kampf dem Atomtod wurde zwar von der SPD initiiert, aber dann gebremst als sie Massen mobilisierte. 1960 fand dann erstmals der Ostermarsch der Atomwaffengegner statt – eine Aktionseinheit von (nach dem KPD-Verbot 1956 illegalen) Kommunist_innen, Sozialdemokrat_innen, Christ_innen und Pazifist_innen.

Auf ihrem Godesberger Parteitag 1959 wandelte sich die SPD endgültig von der Arbeiter- zur „Volkspartei“, bekannte sich zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und zur Landesverteidigung. Die damit vollzogene Absage an den Marxismus führte zwei Jahre später zum Bruch mit der Studentenorganisation der Partei, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Dem SDS wurde die finanzielle Unterstützung entzogen; die Doppelmitgliedschaft in SDS und SPD wurde verboten.

Um die bundesdeutschen Streitkräfte und die NATO ging es auch in der Spiegel-Affäre von 1962. Gegen einen NATO-kritischen Artikel mobilisierte Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) die Polizei im In- und Ausland. Adenauer sprach im Bundestag von einem „Abgrund von Landesverrat“. Die maßlose und teilweise illegale Polizeiaktion allerdings provozierte Proteste, durch die auch das „autoritäre Kanzlerregime“ (Dietrich Thränhard) erschüttert wurde.

1963 übergab Adenauer das Amt des Regierungschefs an seinen Wirtschaftsminister Erhard, der als „Vater des Wirtschaftswunders“ und „Erfinder der sozialen Marktwirtschaft“ hohes Ansehen genoss. Unter Erhard konnte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1965 Stimmen gewinnen. Neben Erhard, der kritische Schriftsteller als „Pinscher“ bezeichnete, stand schon seit 1959 ein ausgemachter Reaktionär an der Spitze des Staates: Bundespräsident Heinrich Lübke, der vor 1945 den Einsatz von KZ-Häftlingen in Peenemünde organisiert hatte. In seiner zweiten Amtsperiode wurde Lübke immer seniler. Seine viel belachten sprachlichen Fehlleistungen passten in eine Zeit, in der die politische Elite zunehmend überfordert schien. Auch Erhard, der strahlende Wahlsieger von 1965, hatte für die Probleme der bundesdeutschen Politik keine Lösungen. Als sich 1966 das wirtschaftliche Wachstum abschwächte, musste er gehen. Im Dezember 1966 wurde – gegen den Widerstand von Teilen der sozialdemokratischen Basis – eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet. Kanzler wurde der Altnazi Kurt-Georg Kiesinger (CDU), der in Goebbels' Propagandaministerium gearbeitet hatte. Das wichtigste innenpolitische Projekt von Schwarzrot war ausgerechnet die Verabschiedung der Notstandsgesetze – eine Kampfansage an alle, die aus Sicht der Herrschenden die innere „Ordnung“ zu gefährden drohten. Der Aufschwung der neofaschistischen NPD war für die sich formierende Außerparlamentarische Opposition (APO) ein weiteres Alarmzeichen, nachdem die Frankfurter Auschwitzprozesse ab 1963 ebenfalls zur Politisierung beigetragen hatten. Schon zwischen 1959 und 1962 hatte der Student Reinhard Strecker im Auftrag des SDS

die Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ organisiert.

Imperialistische Kriege und antikoloniale Bewegungen

Neben innenpolitischen Themen – Notstandsgesetze, Bildungsreform, alte und neue Nazis – waren es die imperialistischen Kriege und die antikolonialen Bewegungen, die mobilisierend wirkten. Die Frontstellung im Kalten Krieg – der „freie Westen“ mit den USA an der Spitze gegen den „totalitären Ostblock“ – wurde, trotz entsprechender Indoktrination durch Schule, Uni, Politik und Medien, immer mehr infrage gestellt. Dazu trug vor allem der Krieg in Vietnam bei. 1965 gründete sich im SDS der Arbeitskreis Südvietnam, im Winter 1965/66 veranstaltete der Westberliner SDS ein „Vietnam-Semester“. Das Buch „Vietnam. Genesis eines Konflikts“ von Jürgen Horlemann und Peter Gäng, erschien 1966 bei Suhrkamp und wurde zum Bestseller. Die Solidaritätsbewegung forderte nun auch nicht mehr länger nur Frieden für Vietnam, sondern übernahm – zumindest verbal – Che Guevaras Position „Schafft zwei, drei, viele Vietnam“ als Modell für die Befreiung vom Imperialismus.

Auch die Situation im Iran beschäftigte immer mehr junge Menschen. Über die sozialen und politischen Zustände unter der kaiserlichen Diktatur informierten der iranische Schriftsteller Bahman Nirumand („Persien – Modell eines Entwicklungslandes“), die Konföderation Iranischer Studenten, der SDS und westdeutsche studentische Vertretungen. Als Schah Resa Pahlawi und seine Frau Farah Diba im Juni 1967 zum Staatsbesuch in Westdeutschland und Westberlin eintrafen, war klar, dass es massive Proteste geben würde. Die Ereignisse am 2. Juni 1967 in Westberlin sind allgemein bekannt: Die Polizei und iranische Agenten prügeln auf Demonstrant_innen ein, Kriminalkommissar Kurras erschoss den Studenten Benno Ohnesorg. Schuld waren – so der einhellige Tenor aus Politik und Medien – die Demonstrant_innen. „Wer Terror produziert, muss Härte in Kauf nehmen“, schrieb Springers BZ am Tag danach.

Spätestens jetzt war klar, mit welchem Gegner es die Protestbewegung zu tun hatte. Die bisher vorwiegend abstrakt geführte Diskussion um Gewalt und Gegengewalt wurde konkreter. Die Aktivist_innen sahen sich nun als Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung. Besonders deutlich wurde das im Februar 1968 auf dem Internationalen Vietnam-Kongress in Westberlin, der zeitgleich mit der Tet-Offensive des Vietcong stattfand. In der Schlussresolution des Kongresses hieß es:

„Der Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam muss zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder Westeuropas sein. Eine zweite revolutionäre Front gegen den Kapitalismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die antiimperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu artikulieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen.“

Kulturrevolutionäre Errungenschaften

Dieses internationalistische Grundverständnis und der – heute naiv anmutende – revolutionäre Voluntarismus waren die wesentlichsten Gemeinsamkeiten der APO, zumindest in der „heißen Phase“ zwischen Juni 1967 und Dezember 1968. Natürlich sollte sich im Verlaufe des Kampfes auch das Individuum revolutionieren, bürgerliches Denken und Fühlen ablegen – kurzum: sich selbst befreien. Dazu gehörten Kommunen und Kinderläden und, anknüpfend an Wilhelm Reich, Versuche einer „sexuellen Revolution“. Die erotische Ausstrahlung der Revolte wurde vom bürgerlichen Mainstream voyeuristisch aufgegriffen, Bilder nackter Kommunard_innen wurden und werden immer wieder reproduziert. Vielleicht ist das ein Grund, warum sich die These von der sexuellen Befreiung bis heute gehalten hat. Für die Beteiligten war das Kommunenleben dagegen viel weniger spektakulär: „Sexuelle Befreiung gab es bei uns nicht, das war wieder so ein großes Gerücht“, erinnerte sich später Antje Krüger, 1967 Mitglied der Kommune I.

Wie weit die APO von ihrem Ziel der „Schaffung eines neuen Menschen in einer revolutionierten Gesellschaft“ (Kommune 2) entfernt war, zeigten die Reaktionen der meisten männlichen Genossen auf den später so genannten „Aufstand der Frauen im SDS“, der heute als Beginn der Neuen Frauenbewegung gilt. Die auf den SDS-Delegiertenkonferenzen im September und November 1968 von den Genossinnen geforderte Diskussion über die Frauenunterdrückung im SDS und über die Revolutionierung des Privatlebens kam nicht zustande. Christian Semler, später Vorsitzender der KPD/AO, kritisierte den „kleinbürgerlichen feministischen Aktionswahn“; Joscha Schmierer, ab 1973 Sekretär des KBW, verwies die Genossinnen auf Betätigungsfelder außerhalb des SDS. Nur wenige Männer unterstützten die Kritik der Frauen.

Erst mit großem Abstand betrachtet wird deutlich, dass die wichtigsten Errungenschaften von '68 tatsächlich im „kulturrevolutionären“ Alltagsbereich liegen: Es gab nun mehr individuelle Freiheiten, mehr (wenn auch immer noch nicht gleiche) Rechte für Frauen; alternative Lebensweisen, etwa in Wohngemeinschaften, wurden zumindest geduldet, Minderheiten weniger verfolgt. Das alles war zwar mit dem Kapitalismus kompatibel, aber zweifelsfrei

„fortschrittlich“, und wir profitieren heute davon – vom Adenauer-Deutschland der alten Nazis trennen uns Welten. Kein Wunder, dass die Dobrindts, Seehofers und Meuthens das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Die Revolte als Klassenkampf

Als politische Bewegung dagegen ist die Revolte gescheitert – zumindest wenn man ihren weltrevolutionären Anspruch zum Maßstab nimmt. Deutet man sie als Klassenkampf, dann konnte das angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse auch gar nicht anders sein. Was war klassenkämpferisch an '68? In den 1970er Jahren, als sich nach der viel zu kurzen „antiautoritären Phase“ – zumindest in den K-Gruppen – die „proletarische Linie“ durchgesetzt hatte, wurde mitunter der berufsständische Charakter der „Studentenbewegung“ (so der damals meist verwendete Begriff) betont, nämlich als Kampf kleinbürgerlicher Intellektueller um Privilegien: bessere Studienbedingungen und Zugang zu lukrativen Jobs.

Dabei wird oft übersehen, dass die APO spätestens seit April 1968 keine reine Studentenrevolte mehr war, sondern auch andere soziale Gruppen anzog. Den Regierenden bereitete das zunehmend Sorgen. In seiner Rede über die „Osterunruhen“ nach dem Attentat auf Rudi Dutschke sagte Innenminister Ernst Benda (CDU) am 30. April 1968:

„Nach den von den Herren Innenministern der Länder mitgeteilten Zahlen ist inzwischen gegen 827 Beschuldigte ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Nach Berufen aufgegliedert, ergibt sich folgendes Bild: 92 sind Schüler, 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 31 sonstige Berufe [...] Meine Damen und Herren, diese Aufgliederung scheint mir zu zeigen, wie falsch es wäre, die Gewaltaktionen als Studentenunruhen zu bezeichnen“.

Was die Herrschenden beunruhigte, war für die studentische Avantgarde Anlass zur Hoffnung. Ausgestattet mit der richtigen „Klassenanalyse“ (die allerdings nie fertig wurde) sollte es gelingen, aus der Isolation zu kommen. Mehr und mehr angezweifelt wurde Herbert Marcuses pessimistische Diagnose von der durch Konsum und Manipulation in das kapitalistische System integrierten Arbeiterklasse. Aber erst die „wilden“ Septemberstreiks 1969 lösten bei den revolutionären Intellektuellen eine regelrechte Begeisterung aus: Als zeitgleich nordrhein-westfälische Metaller und Kieler Werftarbeiter streikten, schien das „revolutionäre Subjekt“, mit dem Industrieproletariat als Kern, aus seinem Schlaf erwacht. Diverse Arbeiterbünde und -parteien gründeten sich. Dass man, um die Revolution voranzubringen, „hinein in die Betriebe“ musste, war bald Allgemeingut. Nicht nur die „MLer“, auch Trotskist_innen und Spontis heuerten in industriellen Großbetrieben an – siehe die Betriebsarbeit der Gruppe Revolutionärer Kampf (RK) im Rhein-Main-Gebiet. Arbeitertümelei wurde zur Mode. Mit „neuer“

Klassenpolitik hatte das wenig zu tun. Vorbild für viele war die Politik der KPD vor 1933: Betriebszellen als Grundeinheit der Organisation, Agitation gegen die „Arbeiterverräter“ in den Gewerkschaften, Aufbau einer „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO). Das führte zu schnellen Erfolgen bei Betriebsratswahlen, aber auch zu Gewerkschaftsausschlüssen von Kandidat_innen oppositioneller Listen, die teilweise regelrechte Berufsverbote auch für Arbeiter_innen nach sich zogen.

Lehren für eine Neue Klassenpolitik?

Zumindest waren das die spektakulärsten Auswirkungen der Hinwendung zur Arbeiterklasse. Die „Massenorientierung“ der allermeisten Aktiven und Sympathisant_innen der APO allerdings sah anders aus: Zehntausende gingen in den 1970er Jahren zu den Jungsozialisten (Jusos) in der SPD oder zur DKP und ihren Bündnisorganisationen, dem MSB Spartakus und der SDAJ. Dort lockten fertige Parteistrukturen und Verbindung zu den Gewerkschaftsmitgliedern. „Gewerkschaftliche Orientierung“ (GO) war der Slogan, mit dem der MSB Spartakus Tausende Studierende ansprechen konnte – in Abgrenzung zu den „Linkssektierern“ in den K-Gruppen.

Lernen lässt sich aus diesen Erfahrungen von 1968ff. aus heutiger Sicht vor allem aus den Fehlern. Vorbilder, die man kopieren könnte, gibt es nicht. Die „Lehren“, die für eine Neue Klassenpolitik aus der linken Bewegungsgeschichte der Jahre 1968ff. zu ziehen wären, sind eher allgemeiner Art. Jean-Paul Sartre, prominenter Bündnispartner der radikalen Linken, sah „das Verlangen nach Selbstbestimmung“ als Motiv, das die studentische Avantgarde in die Gesellschaft getragen habe. Nachdem die Arbeiter_innen Ziele und Aktionsformen von den Student_innen übernommen hätten, seien zwischen beiden Gruppen „wirkliche Beziehungen“ möglich, „wenn sie zusammenarbeiten, in den Universitäten wie in den Betrieben“ (Sartre 1974).

Längst wissen wir, dass es weitaus mehr Kampfplätze für Linke gibt, aber in den 1970er Jahren war der Pendelschlag vom antiautoritären Avantgardismus zur Arbeitertümelei wahrscheinlich unvermeidlich. Statt besserwisserisch die Dummheiten der Bewegung zu betonen, sollten wir den Aktiven von damals dankbar sein: Sie haben buchstäblich die Köpfe hingehalten und in teilweise extrem feindlicher Umgebung bewiesen, dass auch kleine, radikale Minderheiten wichtige Veränderungen anstoßen können. Dauerhaft zu verteidigen sind diese allerdings nur durch Verankerung in allen Teilen der Gesellschaft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Sartre, Jean-Paul (1974): Mai 68 und die Folgen. Reinbek, Hamburg.

Zitathinweis: Jens Renner: „Die“ 68er gibt es nicht. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1477>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Wo bleibt die Klassensolidarität?



David R. Roediger
Class, Race and Marxism

Den Zusammenhang von Klasse und Race marxistisch denken – eine Herausforderung, der sich dieses Buch nicht konsequent genug stellt.

Rezensiert von [Janina Puder](#)

Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus sind erfolgreich geführte Arbeiter_innenkämpfe in den frühindustrialisierten Staaten zunehmend zur Randerscheinung verkommen. Gleichzeitig erleben wir seither – so eine analytische Perspektive wie sie unter anderem Poststrukturalist_innen wie Chantal Mouffe und Ernesto Laclau anstrengen – einen Anstieg von sogenannten „identitätsbezogenen“ Bewegungen. Innerhalb einer fragmentierten Linken, die regelrecht verzweifelt versucht, sich und ihre Ziele im Angesicht sich verengender Spielräume für gesellschaftlich mehrheitsfähige linke Politik neu auszurichten, bleibt die Suche nach beständigen politischen und strategischen Synergien zwischen traditionellem Arbeiter_innenkampf und anti-rassistischen, anti-sexistischen et cetera Kämpfen weiterhin unabgeschlossen. In gewisser Weise schließt David R. Roedigers Buch „Class, Race, and Marxism“ an diese Problematik an, ohne jedoch für die Revitalisierung linker Klassenpolitik tatsächlich neue Pfade zu betreten.

Seit seinem Buch „The Wages of Whiteness. Race and the Making of the American Working Class“ gilt der US-amerikanische marxistische Historiker und ehemalige Professor für African-American Studies als einer der bedeutendsten Vertreter der sogenannten *whiteness studies*. Roedigers Arbeiten befassen sich grundsätzlich mit der Frage nach dem theoretischen und gesellschaftlich-praktischen Zusammenhang – der Intersektion – von *Race und Klasse*. Dabei untersucht er in seinen Studien zur Geschichte der US-amerikanischen Arbeiter_innenbewegung das Ineinandergreifen beider Kategorien, die sowohl jede für sich als auch gemeinsam das Produkt historisch spezifischer Prozesse sozialer Konstruktion und Reproduktion sind. So auch seine neuste Publikation, die von Roediger bereits publizierte Essays thematisch unter der Klammer eines wissenschaftlichen und politischen Marxismus zu bündeln versucht.

Rückkehr zum Arbeiter_innenkampf oder Stärkung von „Identitätspolitik“?

In der Gesamtbetrachtung hat die Essay-Sammlung einige Höhen und Tiefen. In der Einleitung greift Roediger die Grundproblematik der Debatte um den Zusammenhang von *Race* und Klasse auf. Darin diskutiert er die politischen Schnittpunkte zwischen kapitalismuskritischen Bewegungen, wie Occupy Wallstreet und den Kämpfen gegen Rassismus, wie sie aktuell vor allem in den Protesten gegen Polizeigewalt im Rahmen der Black Lives Matter Bewegung in Erscheinung treten. Roediger hält dabei politisch gegen Marxist_innen wie David Harvey oder Ellen M. Wood, die sich für eine politische Vorrangstellung anti-kapitalistischer Kämpfe gegenüber „identitätsbezogener“ aussprechen. Allein anti-kapitalistische Kämpfe, so das vermeintliche Argument Harveys und Woods, besäßen die umfassende gesellschaftliche Wirkmächtigkeit, die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse umzuwälzen und in der Konsequenz zu überwinden. Identitätsbezogene Kämpfe, auch wenn sie nicht unmittelbar anti-kapitalistische Ziele formulieren, müssen, so Roediger, jedoch als Teil des Klassenkampfes verstanden werden, da sie sowohl die grundsätzliche Logik sozialer Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften angreifen als auch die Möglichkeit bieten, unterschiedliche Formen des politischen Kampfes innovativ miteinander zu verbinden. Klassenkampf dürfe demnach nicht allein vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Produktionsmitteln analysiert werden. Ebenso müsse die Spaltung der Arbeiter_innenklasse als Ergebnis des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt genauer betrachtet werden.

Klasse und *Race* marxistisch Denken

Das Buch ist anschließend thematisch in zwei unterschiedliche Schwerpunkte unterteilt. Im ersten Teil zeichnet Roediger die Diskussion um den Zusammenhang von *Race* und Klasse im akademischen Feld nach und setzt sich dabei kritisch mit dem Umstand auseinander, dass *Race* in vielen (marxistischen) Debatten ein blinder Fleck zu sein scheint oder als analytische Kategorie sogar gänzlich zurückgewiesen wird.

Seine dezidierte Haltung zum Zusammenhang von *Race* und Klasse wird dabei schnell offensichtlich: Um die Herausbildung einer bestimmten Arbeiter_innenidentität historisch nachvollziehen zu können, ist es, so Roediger, letztlich notwendig, soziale Differenzierungslogiken mit einer historisch-materialistischen Analyse zu kombinieren. Rassismus, ebenso wie andere Formen sozialer Fragmentierung, werden von der Kapitalist_innenklasse als Instrument zur Beherrschung der Arbeiter_innenklasse genutzt, mit dem Ziel die Arbeiter_innenklasse im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen gezielt zu schwächen.

Das *Making of Race* in kapitalistischen Gesellschaften

Im zweiten, inhaltlich gehaltvolleren Teil des Bandes, entfaltet Roediger seine theoretische Perspektive auf Grundlage seiner historischen Studien zum Wandel des Managements von Arbeit. Als ein Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung, so seine These, wird *Race* ebenso wie Klasse als soziale Kategorie nach den Ansprüchen der Kapitalakkumulation geformt und durch psychologische und ideologische Mechanismen gesellschaftlich verankert und reproduziert. Damit sei nicht gesagt, dass Formen von Diskriminierung und sozialer Ungleichheit nicht auch jenseits kapitalistischer Gesellschaften existierten. Stattdessen betont er, dass Rassismus innerhalb der Rationalität des Kapitalverhältnisses funktional wird. Das Ziel: Die politische Organisation der Arbeiter_innenschaft schwächen. Gegenüber anderen Marxist_innen hebt er dabei den Zusammenhang zweier gleichzeitig nebeneinander bestehender Logiken hervor: Einerseits wird menschliche Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften als abstrakte Größe behandelt. Durch diese Abstraktion können unterschiedlichen Formen, der von Arbeiter_innen verausgabten Arbeit in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden, das sie unabhängig von ihren individuellen Merkmalen miteinander vergleichbar macht. Menschliche Arbeitskraft wird so zur Ware, die losgelöst von ihrer jeweiligen Charakteristik frei verfügbar auf dem Arbeitsmarkt gehandelt werden kann. Andererseits werden Arbeitskräfte jedoch auf der Grundlage von Geschlecht, Hautfarbe, Alter et cetera durch die besitzende Klasse sozial hierarchisiert; stets mit dem Ziel die Arbeitskraft zu verbilligen und die Arbeiter_innenschaft zu spalten.

In seinen historischen Studien zur Arbeiter_innenbewegung in den USA zeichnet Roediger einen solchen Prozess sozialer Zuschreibung nach, infolge dessen Gruppen von Menschen auf der Basis ihrer Hautfarbe Fähigkeiten und Eigenschaften zu- beziehungsweise abgesprochen wurden und der Zugang zu umkämpften Ressourcen wie Arbeit, Eigentum, Produktionsmitteln et cetera entsprechend hierarchisch strukturiert wurde. Daraus schlussfolgert er: Wer zu einem bestimmten Zeitpunkt als „weiß“ gilt und damit gegenüber „Nicht-Weißen“ neben sozialen insbesondere ökonomische Privilegien genießt, ist abhängig von der historisch-spezifischen Konstruktion dieser Kategorie sowie von der Fähigkeit von Individuen, sich einen Platz innerhalb privilegierter Gruppen zu erkämpfen. Rassistische Differenzierungen befördern somit die Spaltung der Arbeiter_innenklasse, indem sie innerhalb dieser Formen exklusive Solidarität hervorbringen.

Insgesamt lässt die Essay-Sammlung Roedigers eine Reihe von Fragen unbeantwortet. Vor allem in Hinblick auf den Anspruch der konsequenten theoretischen und politischen Zusammenführung von *Race*, Klasse und Marxismus und dem Ziel der Neubegründung einer mehrheitsfähigen, linken Klassenpolitik

fehlt es an Substanz. Die Grundintention des Bandes, eine Klammer um das Verhältnis von *Race* und Klasse zu schließen, die sich unter anderem von post-marxistischen und post-strukturalistischen Strömungen absetzt, bleibt dann leider auch immer wieder hinter den in der Einführung erweckten Erwartungen zurück. Durchaus erhellend ist die historisch-materialistische Argumentation, die Roediger zur theoretischen Zusammenführung von *Race* und Klasse punktuell ausführt. Dadurch wird es möglich, die soziale Konstruktion von Kategorien wie *Race* neben ihrer Eigenlogik auch vor dem Hintergrund der Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise zu kontextualisieren und entsprechend zu kritisieren. Die minutiöse Darstellung des theoretischen Streits um den Zusammenhang beider Kategorien im akademischen Feld, die beinahe die Hälfte des Buches umfasst, bietet hingegen wenig Raum für die Diskussion um *politische* und strategische Schnittmengen zwischen den unterschiedlichen emanzipatorischen Kämpfen der Gegenwart. Eine konsequenter ausgeführte inhaltliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen marxistischen Zugriffen auf den Zusammenhang von *Race* und Klasse wäre an dieser Stelle des Buches für Leser_innen, die mit dem Werk Roedigers und seiner theoretischen Selbstverortung weniger vertraut sind, sinnvoll gewesen. Zudem bleibt auch bei Roediger unklar, inwiefern Formen sozialer Ungleichheit auf Grundlage gruppenspezifischer Diskriminierungen jenseits des Kapitalismus fortbestehen beziehungsweise wie diese praktisch überwunden werden können. Zwar spricht sich Roediger zu Beginn für die politische Integration von anti-rassistischen Kämpfen in anti-kapitalistische, linke Projekte aus; jedoch wirft das zwar durchaus lesenswerte letzte Kapitel zur Problematik von Exklusionsmechanismen, die innerhalb von gruppenübergreifenden Solidaritätszusammenhängen entstehen können, erneut die Frage nach einer politischen Strategie auf, die unterschiedliche emanzipatorische Kämpfe sinnvoll miteinander zu verknüpfen vermag.

„Class, Race and Marxism“ ist weder ein theoretisches Einführungsbuch noch ein politisches Manifest. Die ausgewählten Essays werfen vielmehr Schlaglichter auf die Debatte. Dabei sind sie vor allem das Zeugnis einer akademischen Auseinandersetzung mit der Problematik. Die Frage, wie und wann Arbeiter_innen in kapitalistischen Gesellschaften als aktive Gestalter der Geschichte in Erscheinung treten und sich dabei auch über bestehende, sozial konstruierte Differenzen innerhalb der eigenen Klasse hinwegsetzen, bleibt nach der Lektüre des Buches leider unbeantwortet. Dem Ziel der übergreifenden Klassensolidarität ist man damit noch nicht nähergekommen.

David R. Roediger 2017:
Class, Race and Marxism.
Verso, New York.
ISBN: 9781786631237.
208 Seiten.

Zitathinweis: Janina Puder: Wo bleibt die Klassensolidarität? Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1463>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Die Kultur einer Neuen Klassenpolitik



David Gilbert

Looking at the U.S. White Working Class Historically.

Eine revolutionäre Klassenperspektive muss den Kampf gegen Weiße Vorherrschaft und Imperialismus zum Ausgangspunkt machen.

Rezensiert von [Gabriel Kuhn](#)

David Gilbert wurde in der US-Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre politisiert. Er schloss sich dem Weather Underground an, der in den 1970er Jahren aus Protest gegen den US-Imperialismus mehrere Bombenanschläge auf Regierungsgebäude verübte. Im Oktober 1981 unterstützte Gilbert Mitglieder der Black Liberation Army bei einem Überfall auf einen Werttransporter im Bundesstaat New York. Dabei kamen ein Wachmann und zwei Polizisten ums Leben. Gilbert wurde festgenommen und zu einer Mindeststrafe von 75 Jahren ohne Chance auf Bewährung verurteilt. Gegenwärtig sitzt er im Hochsicherheitsgefängnis Wende ein. Er engagiert sich stark in Projekten zur Prävention und Behandlung von AIDS-Erkrankungen unter Gefangenen und ist reger Autor. 2012 erschien seine Autobiografie „Love and Struggle: My Life in SDS, Weather Underground, and Beyond“.

Nun hat der kanadische Verlag Kersplebedeb den Text Gilberts, der ihm selbst zufolge „für jüngere Generationen von Aktivist*innen, vor allem weiße Antirassist*innen, am hilfreichsten war“ (S. 3), neu aufgelegt. Es handelt sich um „Looking at the U.S. White Working Class Historically“, ursprünglich 1984 als Broschüre erschienen. Der Originaltext macht nur knapp die Hälfte der Neuausgabe aus. Viel neues Material kam hinzu.

Trump und die weiße Arbeiterklasse

Die Textsammlung beginnt mit dem Vorwort der Originalausgabe. In diesem erklärt Gilbert den Ausgangspunkt seiner Studie:

*„Eine der größten Herausforderungen für unsere Bewegung wird in den Widersprüchen des Begriffs weiße Arbeiterklasse deutlich. Auf der einen Seite macht er weiße Arbeiter*innen zu einem Teil der globalen Arbeiterklasse, die eine wichtige Rolle im Sturz des Kapitalismus zu spielen hat. Auf der anderen Seite verortet er sie in einer oppressor nation. Historisch war die Loyalität mit Letzterer primär“ (S. 1).*

Gilbert fügt hinzu: „Es gibt sehr wenige analytische und noch weniger praktische Ansätze, die einerseits ehrlich sind, was die Rolle und das Bewusstsein der weißen Arbeiterklasse anlangt, und andererseits an dem Ziel festhalten, weiße Arbeiter*innen in revolutionäre Bewegungen zu inkludieren“ (S. 2). Es folgt eine längere Einleitung zur Neuausgabe, in der Gilbert deren Aufbau erklärt und einige Schwachpunkte seines ursprünglichen Textes nennt, vor allem eine zu verhaltene Kritik an Ted Allen (siehe unten), der in seiner Analyse des die US-Gesellschaft prägenden Rassismus den indigenen Gesellschaften zu wenig Beachtung geschenkt habe.

Die Neuausgabe von Gilberts Text steht verständlicherweise unter dem Zeichen der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA und der Rolle, die weiße Arbeiter*innen dabei eingenommen haben. So ist der dritte Beitrag des Buches ein Text mit dem Titel „The Context for the Trump Phenomenon“. In diesem macht Gilbert deutlich, dass „der bizarre und gefährliche Aufstieg Donald Trumps nicht einfach vom Himmel“ fiel, sondern „Weiße Vorherrschaft die Grundlage der US-Gesellschaft“ sei (S. 11). Gilbert verweist auf das wenig schmeichelhafte Vermächtnis der Vorgänger Trumps, inklusive jenes Obamas, der die Wall Street durch sogenannte *bailouts* freikaufte, mehr Menschen aus den USA deportieren ließ als jeder andere Präsident zuvor und in seiner Rolle als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte sieben Kriege führte. Gilbert schreibt:

„Die Demokraten lenken von dem wirklichen Grund ab, warum sie verloren: sie repräsentieren den globalen Kapitalismus und den damit verbundenen Verlust industrieller Produktion und sicherer Arbeitsplätze in den USA“ (S. 12).

Trumps Präsidentschaft, so Gilbert, berge jedoch besondere Gefahren: „In der Wahl Trumps zeigt sich [...] ein neues und besonders bedrohliches Phänomen: eine immer stärkere, breitere und aggressivere Basis für eine Politik Weißer Vorherrschaft“ (S. 13). Es folgt Gilberts ursprüngliche Broschüre, die im Wesentlichen aus Rezensionen von drei relevanten Publikationen besteht.

Zur Kritik am Weißsein: Drei Rezensionen

Ted Allen, der vor allem für seine in den 1990er Jahren erschienene zweibändige Studie „The Invention of the White Race“ bekannt ist, gab rund zwanzig Jahre zuvor

eine Broschüre mit zwei Aufsätzen heraus, die als vorbereitende Arbeiten gelten können: „White Supremacy in the U.S.“ und „Slavery and the Origins of Racism“. Allen arbeitet in diesen die historischen Wurzeln des Rassismus heraus und entlarvt die Konstruktion des „Weißseins“. Für Gilbert sind Allens Aufsätze „überzeugende und nützliche Darstellungen der strukturellen Entwicklung Weißer Vorherrschaft in den USA“ (S. 17). Weiße Vorherrschaft diene im Wesentlichen dazu, weiße Arbeiter*innen von einem „gemeinsamen proletarischen Klassenkampf mit Schwarzen“ abzuhalten und sie stattdessen „enger an die herrschende Klasse“ zu binden (S. 22).

Danach wendet sich Gilbert dem berühmten, 1935 erschienenen Buch „Black Reconstruction in America“ von W.E.B. DuBois zu. DuBois analysiert darin den Amerikanischen Bürgerkrieg und die Folgewirkungen für die befreiten Sklav*innen des Südens. Im Zentrum stehen die Entwicklung Schwarzer Kultur, Konkurrenz am Arbeitsmarkt und neue Ausdrucksformen des Rassismus. Gilbert nennt DuBois' Werk „eine klassische Studie – unbedingt notwendig, um die Geschichte der USA zu verstehen“ (S. 23).

Schließlich widmet sich Gilbert dem Buch „Settlers: The Mythology of the White Proletariat von J. Sakai“. Ursprünglich 1983 erschienen und seither mehrfach neu aufgelegt, ist „Settlers“ in antirassistischen und antiimperialistischen Kreisen Nordamerikas ein Kultbuch. Gilbert meint: „Selbst für diejenigen unter uns, die meinen, ein fundiertes Verständnis Weißer Vorherrschaft zu haben, ist die Lektüre von *Settlers* ein Augenöffner“ (S. 33). Deutschsprachige Leser*innen, die sich für Sakais Arbeit interessieren, seien auf ein [Interview](#) mit ihm verwiesen, das im Februar 2017 in der Zeitschrift ak erschien.

Die 1960er Jahre und danach

Der auf die Rezensionen folgende Text trägt den Titel „Some Lessons From the Sixties“. Gilbert hatte ihn einer Ausgabe seiner Broschüre im Jahr 1991 hinzugefügt. Der Text betont die Notwendigkeit und das Potenzial antirassistischen Engagements: „Ein System, das konstruiert wurde, lässt sich auch dekonstruieren“ (S. 49). Schließlich sei „Weiße Vorherrschaft nicht genetisch vorherbestimmt oder in Stein gemeißelt“ (S. 42). Das revolutionäre Projekt der 1960er Jahre scheiterte Gilbert zufolge daran, dass die jungen Militanten auf die Intensität der Auseinandersetzung nicht vorbereitet waren: „Die Bewegung landete 1968 in einer Krise, als sie der erschreckenden Realität imperialistischer Macht ins Auge sehen musste“ (S. 46). Die Ära hätte jedoch gezeigt, dass „soziale Bewegungen eine wichtigere Rolle in der progressiven Mobilisierung weißer Arbeiter*innen spielen können als traditionelle politische Klassenorganisationen“ (S. 47). Gilbert meint, dass soziale Bewegungen es möglich machten, „Menschen aus der Arbeiterklasse zu engagieren, die Probleme der Klasse neu zu definieren und eine Perspektive zu

eröffnen, die sich gegen das System als Ganzes richtet“ (S. 50).

Danach folgt der längste und aktuellste Teil des Buches: ein für die vorliegende Neuausgabe verfasster Essay mit dem Titel „After the Sixties: Reaction and Restructuring“. Gilbert erklärt, dass er diesen aufgrund des anhaltenden Interesses junger Aktivist*innen an seiner ursprünglichen Broschüre schrieb, dabei aber von historischen Ereignissen überrumpelt worden sei:

„Ich begann 2015, an dem Text zu arbeiten. Ich machte gerade Fortschritte, als die Trump-Kampagne ein neues Kapitel in der Geschichte rassistischer Hetze eröffnete. Neben drastischen politischen Konsequenzen hatte dies auch eine Auswirkung auf meinen Text: Plötzlich zeigte er nicht mehr gesellschaftliche Tendenzen auf, sondern lief diesen hinterher“ (S. 8).

Wahlstatistik für Fortgeschrittene

Der knapp 30-seitige Essay präsentiert eine konzentrierte Geschichte der USA mit besonderer Berücksichtigung von Weißer Vorherrschaft und Imperialismus. Er enthält viele interessante Details wie das folgende: „Es ist erwiesen, dass die Nixon-Regierung Affirmative Action ausschließlich auf der Basis von *race* und *gender* einführte, um einen weißen, männlichen Backlash zu provozieren“ (S. 65). Was die ökonomische und soziale Entwicklung der USA betrifft, verweist Gilbert auf aufschlussreiche Statistiken:

*„Zwischen 1947 und 1974 stiegen Reallöhne um 95%. In den vergangenen 40 Jahren sind sie um 10% gestiegen. Die Reallöhne weißer Arbeiter*innen stagnieren. [...] Das Durchschnittseinkommen US-amerikanischer Familien stieg zwischen 1945 und 1973 um 111%; seither stieg es um 9%. [...] 1965 verdienten die CEOs der 350 größten US-amerikanischen Unternehmen im Schnitt zwanzigmal so viel wie deren gewöhnlichen Angestellten. 2013 verdienten sie beinahe dreihundertmal so viel“ (S. 63f.).*

Apropos Statistik: in Gilberts einleitenden Bemerkungen findet sich eine interessante Bemerkung zur Wahl Trumps:

*„Es gibt eine Statistik, die immer wieder bemüht wird. [...] Ihr zufolge haben US-Amerikaner*innen mit einem Einkommen von weniger als 50.000 USD pro Jahr mehrheitlich Clinton gewählt. [...] Ein wesentliches Element wird hier jedoch nicht berücksichtigt. Wir alle wissen, dass der Anteil von People of Color in den niedrigsten Einkommensschichten besonders hoch ist. People of Color wählten aber fast alle Clinton. Wenn wir uns nur die weißen Arbeiter*innen dieser Schichten ansehen, ist das Ergebnis ein anderes: 58% von ihnen wählten Trump“ (S. 9f.).*

Neue Klassenpolitik: Gegen die Vernachlässigung der Kultur

Gilbert betont in „After the Sixties“ vieles, was gegenwärtig im deutschsprachigen Raum unter dem Aufhänger „Neue Klassenpolitik“ diskutiert wird. Er unterstreicht etwa, dass es eine „absolute Priorität sein muss, jene Orte zu finden, an denen Weiße für den Kampf um soziale Gerechtigkeit mobilisiert werden können und verstehen, dass antiimperialistische, antirassistische und antisexistische Kämpfe ihren langfristigen Interessen dienen“ (S. 71). An verschiedenen Stellen des Buches verweist Gilbert auf die Bedeutung kultureller Aspekte im Aufbau klassenkämpferischer Bewegungen. Über die 1960er Jahre schreibt er:

„Die wichtigste Grundlage für die antiimperialistische Politik der 1960er Jahre war eine Jugendbewegung, die von Schwarzer Kultur nicht nur stark beeinflusst, sondern in vielerlei Hinsicht von ihr erst angestoßen wurde. Je mehr die Bewegung wuchs, desto mehr Jugendliche aus der Arbeiterklasse schlossen sich ihr an. Sie spielten eine zentrale Rolle für ihre immer stärkere Präsenz und Militanz. Dies bestätigt die Bedeutung kultureller Aspekte für soziale Bewegungen, die breite Teile der Arbeiterklasse ansprechen wollen“ (S. 44).

Wenn wir dieser Darstellung Glauben schenken, sagt sie uns zweierlei: Erstens bezeichnet der Gegensatz zwischen Klasse und Kultur zwar eine reale Spaltung in der gegenwärtigen Linken, ist jedoch gleichzeitig hausgemacht. Begehen Linke nicht den Fehler, diese Fragen gegeneinander auszuspielen, stehen sie in keinem Gegensatz. Zweitens macht Gilberts Darstellung die Mängel einer zu kurzsichtigen Kritik kultureller Aneignung deutlich. Was in dieser oft übersehen wird, ist der wesentliche Unterschied zwischen der willkürlichen, respektlosen und kommerziellen Beschlagnahme kultureller Ausdrucksformen auf der einen Seite und neugierigem, respektvollem und solidarischem Umgang mit diesen auf der anderen. Letzterer ist progressiv, weil *Kultur schaffend*: ein wesentliches Moment, um Menschen einander näher zu bringen, zu sensibilisieren und zu politisieren. So hat beispielsweise die Rezeption Schwarzer Musik durch Weiße nicht zwangsläufig Banalisierung und Ausbeutung zur Folge, sondern kann genauso gut zu kritischem Bewusstsein und Rebellion führen. Wer Letzteres kategorisch ausschließt, verweigert sich einer der wichtigsten Möglichkeiten politischer Mobilisierung und bekräftigt ein konservatives Kulturverständnis, das Menschen trennt, anstatt sie zu vereinen. Hip-Hop ist dort, wo soziale Missstände benannt werden, marginalisierte Gruppen ihre Stimme erheben und andere Lebensformen Gestalt annehmen. Die Identität der Protagonist*innen ist dafür nicht entscheidend.

Die Organisation weißer Arbeiter*innen

Gilbert sagt viel Wichtiges zur Organisation der weißen Arbeiterklasse. Mit

Redneck Revolt erregt seit etwa einem Jahr ein Projekt Aufsehen in den USA, das nach eigener Aussage eine „antirassistische Organisation zur Befreiung der Arbeiterklasse“ sein will und stark, wenn auch nicht ausschließlich, in der weißen Arbeiterklasse rekrutiert. Nicht alle antirassistischen Aktivist*innen in den USA sind von diesem Ansatz überzeugt. Noel Ignatiev, in den 1990er Jahren Herausgeber der Zeitschrift *Race Traitor*, schrieb auf seinem Blog:

„Die amerikanische Geschichte zeigt, dass jede politische Gruppe, die es verabsäumt, Weißsein – ebenso wie die Institutionen und Gewohnheiten, die es reproduzieren – infrage zu stellen, eine Identität aufrechterhält, die unzählige Bewegungen mit progressivem Potenzial in den Ruin getrieben hat. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich diese Gruppen links, rechts oder in der Mitte des politischen Spektrums verorten. Diese Gefahr ist noch lange nicht gebannt, egal wie sehr Leute Rassismus und Kapitalismus anprangern oder wie oft sie Koalitionen mit Nicht-Weißen eingehen. Weiße, die sich als Weiße organisieren, sind eine Gefahr für die Arbeiterklasse und die Menschheit“.

Ignatiev verweist auf wichtige Punkte, aber: Redneck Revolt ist keine exklusiv weiße Organisation, und die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage ist damit nicht, ob es einer solchen bedarf, sondern ob es Organisationen bedarf, die sich auf die antirassistische und antikapitalistische Mobilisierung der weißen Arbeiterklasse konzentrieren. Diese Frage ist meines Erachtens mit einem „Ja“ zu beantworten, weil alle Organisationen Schwerpunkte setzen müssen und dieser spezifische Schwerpunkt in der Linken seit langem vernachlässigt wird. Was David Gilbert von Redneck Revolt hält, weiß ich nicht. Die Organisation wird in seinem Buch nicht erwähnt. Doch skizziert er eine Perspektive, die ich für aussichtsreicher halte als die Ignatievs:

*„Als weiße Aktivist*innen tragen wir eine besondere Verantwortung für die notwendige Mobilisierung anderer Weißer – und zwar so vieler wie möglich – gegen den Imperialismus. Wir müssen ihnen deutlich machen, dass ihr langfristiges Interesse [...] darin liegt, sich mit dem Rest der Menschheit zu vereinen“ (S. 69f.).*

Was die Mobilisierung und Organisation der Arbeiterklasse betrifft, hat Gilbert eine Reihe konkreter Ratschläge. Zum Beispiel: „Wir können keine Bewegung mit Menschen organisieren, die wir verachten. Wir können auch keine Bewegung organisieren, wenn wir nur predigen. Wir müssen Menschen aktiv involvieren und ihnen zuhören.“ (S. 70) Oder: „Linke sollten nicht versuchen, den Imperialismus zu bekämpfen, indem sie Arbeiter*innen einen höheren Lebensstandard versprechen. Vielmehr müssen wir deutlich machen, wie eine höhere Lebensqualität zu erreichen ist, vor allem für unsere Kinder“ (S. 74).

Neue Klassen

Das Buch schließt mit einem 1992 verfassten Kommentar von J. Sakai zu Gilberts Broschüre. Sakais Bemerkungen sind alles andere als veraltet. Auch dafür zwei Beispiele:

*„Die unterdrückte Mehrheit der Weltbevölkerung kann sich keine Beamten leisten, die 35.000 USD im Jahr verdienen, oder Automobilarbeiter*innen, die 50.000 USD verdienen, oder Programmierer*innen, die 75.000 USD erhalten. Es spielt keine Rolle, welcher ‚Rasse‘ sie sich zugehörig fühlen oder welchen Kontinent sie zu ihrem ‚Zentrum‘ erklären. Revolutionäre Veränderung verlangt, gemeinsam eine neue Kultur der Klasse zu schaffen“ (S. 92).*

Und:

„Das Wichtigste für mich ist, dass wir Klassen als das sehen, was sie wirklich sind, auf der Basis ihrer historisch-materialistischen Entwicklung und ihrer alltäglichen Manifestation. Das lehrt uns, dass die Klassen, die wirklich Veränderung in Gang setzen, neue Klassen sind, die gesellschaftlichen Gegensätzen entspringen. Junge Klassen, die sich gleichzeitig selbst schaffen und von anonymen sozioökonomischen Kräften geschaffen werden. Die junge Euro-Bourgeoisie war einst eine solche Klasse: kühn und verwegen transformierte sie die Welt durch eine Revolution der Künste und der Wissenschaften – und mithilfe ihrer Kanonen“ (S. 90).

Gilberts Buch ist hochaktuell. Auch wenn es sich auf die USA konzentriert, ist es für radikale Linke in Europa wertvoll. Wer sich das Lesen englischer Literatur antun will, sei dazu ermutigt. Ansonsten: Eine deutsche Übersetzung von „After the Sixties“ ist angedacht.

Zusätzlich verwendete Literatur

Gilbert, David (2012): Love and Struggle. My Life in SDS, Weather Underground, and Beyond. PM Press, Oakland.

David Gilbert 2017:

Looking at the U.S. White Working Class Historically.

Kersplebedeb Pub.

ISBN: 9781894946919.

97 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Gabriel Kuhn: Die Kultur einer Neuen Klassenpolitik. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1466>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Wer ist die „Arbeiterklasse“?



Institut für Marxistische Studien und Forschung
(Hg.)

Klassenstruktur und Klassentheorie der BRD 1950-1970
Theoretische Grundlagen und Diskussion

Was sind soziale „Klassen“ und wie kann man sie untersuchen? Der Blick in Klassenanalysen der 1970er Jahre lohnt nach wie vor.

Rezensiert von [John Luetten](#)

Die Frage nach „Klassen“ und „Klassenpolitik“ ist wieder zurück in der öffentlichen und linken Diskussion. Das mag man begrüßen, zeugt sie doch zumindest von der Einsicht, dass die Linke oftmals kaum noch Menschen jenseits linksliberaler Filterblasen und subkultureller Milieus erreicht. Bislang wird die Debatte jedoch relativ oberflächlich geführt. Dass „Klassenverhältnisse“ und „Klassenfragen“ irgendwie wichtig sind und die Linke Kontakt zur „Arbeiterklasse“ braucht, darüber herrscht zwar neuerdings verdächtig große Einigkeit. Allein, was damit genau gemeint ist, bleibt meist diffus: Wer oder was etwa ist die „Arbeiterklasse“ und wie sieht sie heute aus, worum geht es in „Klassenkämpfen“ – und wozu braucht man den Klassenbegriff überhaupt? Bleiben solche Fragen ungeklärt, ist seine Verwendung nicht nur phrasenhaft und performativ, im schlechtesten Fall platte Koketterie und radical chic. Es lässt sich vor allem auch nicht konkreter sagen, was genau eine vielbeschworene „neue“ oder „inklusive“ Klassenpolitik eigentlich sein soll.

Darum lohnt ein Blick in ältere Theoriebestände: Die vom Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF) vorgelegte Studie behandelt die Gliederung und Entwicklung der westdeutschen Klassen- und Sozialstruktur der Jahre 1950–1970. Zusammen mit jener des Projekts Klassenanalyse (1973) ist sie eine der beiden umfassenden empirischen Klassenstrukturanalysen im Westdeutschland der 1970er Jahre und gehört zum Kanon der deutschsprachigen Klassendebatte. Der hier besprochene erste Band zu „Klassenstruktur und Klassentheorie“ behandelt in Beiträgen von Heinz Jung, Christof Kievenheim und Margarete Tjaden-Steinhauer sowie Karl Hermann Tjaden theoretische Grundlagen, der zweite und dritte dann die empirischen Ergebnisse. Auf Basis orthodox-marxistischer Klassentheorie werden hier Kategorien, Instrumente sowie das methodische Vorgehen empirischer Klassenanalyse entwickelt.

Struktur und Formierung

Deren Gegenstand sind zwei Dinge: einerseits die *Struktur* der Gesellschaft und Klassen entsprechend der Ökonomie und Produktionsverhältnisse, andererseits die *Formierung* der so bestimmten sozialen Gruppen zu politisch wirksamen Akteuren. Diese Unterscheidung ist wichtig, sollen Kurzschlüsse und ein Ökonomismus vermieden werden, der dem sogenannten Arbeiterbewegungsmarxismus zwar gerne vorgeworfen wird, von dem sich die Autoren aber abgrenzen: „Fragen der Ausbildung der realen Interessen, des Bewusstseins und des Verhaltens der Klassen und Schichten in den realen Kämpfen können vom Ansatz der Strukturanalyse keine befriedigende Antwort erhalten.“ (S. 18) Weder Bewusstsein noch konkrete Interessen von Angehörigen der Klassen lassen sich also unmittelbar aus der Stellung im ökonomischen Prozess ableiten – sie müssen gesondert und als kulturell sowie politisch vermittelt untersucht werden. Die Autoren stellen klar:

„Der Klassenbegriff ist [...] die Widerspiegelung eines wesentlichen Zusammenhangs der Realität, der mit dem materiellen Lebensprozess der Gesellschaft verbunden ist. Dieser Zusammenhang wird zerrissen, wenn der Begriff verselbständigt und nicht mehr in Zusammenhang mit der empirischen Wirklichkeit gebracht bzw. nicht mehr aus dieser entwickelt werden kann.“ (S. 17)

Gravitationszentrum der Klassenbeziehungen

Grundlage der Studie ist eine historisch-materialistische Gesellschaftsanalyse, die der zweite Abschnitt des Buches entwickelt. Die Produktionsverhältnisse werden als zentrale soziale Struktur und Ausgangspunkt zur Bestimmung der Klassen ausgemacht; gemeint sind damit jene Verhältnisse, die historisch konkret die Organisation der Arbeit zur Produktion und Reproduktion der Gesellschaft bestimmen. Insofern diese in der Geschichte auf Privateigentum an den dafür nötigen Produktionsmitteln beruhen, war und ist der gesellschaftliche Produktionsprozess ein herrschaftsförmiger: Kraft der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel kann ein Teil der Gesellschaft den anderen für sich arbeiten lassen und sich das Mehrprodukt seiner Arbeit aneignen. In dieser Trennung und Ausbeutungsbeziehung gründet die Existenz sozialer Klassen, und über ihre je konkrete Stellung zu den Produktionsmitteln sind sie den IMSF-Autoren zufolge auch genauer zu bestimmen. Der gesellschaftliche Aneignungsprozess ist also nicht nur der Ursprung antagonistischer Klassenverhältnisse – seine Organisation ist auch die Instanz, die durch Arbeitsteilung, Technologie und Produktivkraftentwicklung die Zusammensetzung der Klassen sowie den Charakter ihres Verhältnisses bestimmt:

„Ist die Klassenspaltung entstanden, so wird die Schaffung, Aneignung und Verteilung des Mehrprodukts das Gravitationszentrum der Klassenbeziehungen [...]. Das innerste Geheimnis und die spezifische Form der Klassenbeziehungen erschließt sich aus der Form, in der unbezahlte Mehrarbeit, das Mehrprodukt den unmittelbaren Produzenten abgepresst, abgepumpt wird.“ (S. 69)

Eben dort setzt Klassenanalyse folglich an. Darüber hinaus ist so auch eine Aussage über den kritischen Gehalt des Marxschen Klassenbegriffs möglich: Er liegt nicht einfach im Hinweis auf die Existenz oder Größe sozialer Klassen – sondern in dem auf das antagonistische Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis, das ihnen zu Grunde liegt, und die darin gründenden Interessen- und Bedürfnisstrukturen. Das markiert den zentralen Unterschied zu eher deskriptiven Begriffen wie „Schicht“ oder „Milieu“.

Warencharakter der Arbeitskraft

Die Abschnitte 3 und 4 entwickeln dann Kategorien zur Analyse der Klassenbeziehungen der kapitalistischen Gesellschaft. Zuerst wird die historisch spezifische Form der Ausbeutung untersucht. Mehrarbeit wird hier als unbezahlte Lohnarbeit geleistet; ihr Mehrprodukt nimmt aber nicht zwangsläufig die Form stofflicher Gegenstände an – entscheidend ist die *produktive Arbeit* im Sinne der Mehrwertproduktion: „[V]om Standpunkt der Zielstellung der kapitalistischen Produktionsweise“ ist hier „nur die Arbeit und ihr Verrichter produktiv, die und der Mehrwert erzeugt und in einem weiteren Sinne zur Verwertung des Kapitals als Quelle unbezahlter Mehrarbeit beiträgt“ (S. 83). In diesem Sinne produktive Arbeit wird aber nicht allein in der materiellen industriellen Produktion verrichtet, sondern auch von Lohnarbeitern anderer Bereiche, etwa dem Verkauf und Transport, dem Sorge- und Pflegesektor oder in der geistigen und immateriellen Produktion.

Zu diesen Lohnabhängigen, die unbezahlte Mehrarbeit leisten und damit als Verwertungsmaterial des Kapitals zur Quelle von Profit werden, gehören aber auch Angestellte, die den Produktionsprozess stellvertretend für die Kapitalisten leiten und so zur Kapitalverwertung beitragen (von den Autoren aber nicht zur Arbeiterklasse gezählt werden). Insofern dient die Kategorie der produktiven Arbeit zwar zur Bestimmung kapitalistischer Ausbeutung – als Instrument zur genaueren Gliederung der Klassenstruktur sowie zur Bestimmung der Arbeiterklasse, so die Autoren, dient sie nicht.

Dafür gehen sie vom *Warencharakter der Arbeitskraft* als Schlüsselkategorie aus: Seine Analyse ist den IMSF-AutorInnen zufolge „die Grundlage zur Bestimmung der modernen Arbeiterklasse“, denn sie „vermittelt entscheidende Einblicke in die Anatomie dieser Klasse als ausgebeutete Klasse und als Antipode des Kapitals“ (S.

101). Er ist Ergebnis eines Proletarisierungsprozesses, der vorkapitalistische Produzenten gewaltsam von ihren Produktionsmitteln trennt und den modernen Lohnarbeiter hervorbringt, der seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muss. Die Autoren entwickeln daher den Marxschen Begriff der Arbeitskraft und untersuchen die Bedingungen und Kosten ihrer Produktion und Reproduktion sowie ihre Konsumtion, sprich ihren Einsatz in der kapitalistischen Produktion. Die Untersuchung des Grades an Proletarisierung, der „vollen Entwicklung“ des Warencharakters der Arbeitskraft, der konkreten Qualifikation und Beschaffenheit der Ware Arbeitskraft sowie ihrer Rolle im Produktionsprozess und ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, so die Annahme, liefert Kriterien zur Gliederung der lohnabhängigen Klasse:

„Wenn die Existenz des Lohnarbeiters an seine Arbeitskraft und ihren Verkauf als Ware gegen Lohn gebunden ist, so bringt der gesetzmäßige Zusammenhang der Bestimmung des Lohnes, das Lohngesetz, auch den ökonomischen Zusammenhang, das gemeinsame ökonomische Interesse als Klasse und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse im Kapitalismus zum Ausdruck. Es ist das Verteilungsgesetz des Kapitalismus für die Arbeiterklasse.“ (S. 111)

Gliederung der Arbeiterklasse

Davon ausgehend legt der fünfte Abschnitt Grundelemente der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten (staatsmonopolistischen) Kapitalismus dar. Neben den Gruppen der (Monopol-)Bourgeoisie, den Mittelschichten und Übergangsgruppen wird hier eine genauere Gliederung der Arbeiterklasse entwickelt. Deren Untersuchung müsse mehrere Dimensionen berücksichtigen: Erstens die Stellung im Reproduktionsprozess, also die Verteilung auf Wirtschaftsbereiche und die innere Struktur der jeweiligen Branchen und Produktionslinien; zweitens die Stellung in den je konkreten Formen des Kapitalverhältnisses, sprich die Gliederung nach sozialökonomischen Beschäftigungssektoren; drittens die konkrete Stellung in der kapitalistischen Organisation der Arbeit, viertens dann die Schichtung unter anderem nach Lebenslagen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Wohnort.

Geht es nach der IMSF-Studie, sind nicht alle Lohnabhängigen gleich Teil der Arbeiterklasse, und diese wiederum ist nicht identisch mit der Arbeiterschaft des Industrieproletariats. Unterschieden werden „Kern“, „Gesamtklasse“ und „Übergangsgruppen“. Als „Kern der Arbeiterklasse“ macht die Studie zwar „im weiteren Sinne die Arbeiterschaft in der materiellen Produktion und im engeren Sinne in der industriellen Großproduktion“ aus, weil die Proletarisierung sowie Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft und damit der Klassenantagonismus hier am weitesten entwickelt sei. (S. 147) Diese Gruppe sei

entsprechend Qualifikationsstufe, Arbeitsfunktion sowie Form und Höhe der Entlohnung weiter zu untergliedern. Von „zunehmender Bedeutung“ seien aber auch „Gruppen der Arbeiterklasse in Kaufhäusern und Handelszentralen, in staatlichen Institutionen, Konzernverwaltungen, Versicherungen, Großbanken usw.“ (S. 149), denn auch hier erreiche die Beschäftigungskonzentration ein der Industrie vergleichbares Ausmaß. Mit dem Wandel der politökonomischen Konstellation wandelt sich folglich auch die „Kernarbeiterschaft“. In diesem Sinne wäre eine Neubewertung vor dem Hintergrund der heutigen Situation spannend: Gibt es heute noch einen „Kern“ der Arbeiterklasse – und falls ja, wer stellt ihn?

Im Lichte heutiger Entwicklungen besonders interessant ist auch die Frage der Intelligenz und geistigen Arbeit, der die Studie abschließend einen eigenen Abschnitt widmet. Christof Kievenheim untersucht darin die Schicht der Intelligenz im Kapitalismus sowie die Rolle und Ausgliederung geistiger Arbeit aus dem Produktionsprozess im Zuge technologischen Wandels und der entsprechenden Neuzusammensetzung des Kapitals. Diese Impulse heute wieder aufzunehmen und vor dem Hintergrund aktueller Umbrüche in Arbeit und Produktion – Stichwort Digitalisierung – klassenanalytisch zu aktualisieren wäre hochinteressant.

Die Debatte unterfüttern

Der Band steht im Zeichen der Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (also die an Lenin anschließende Theorie der Verschmelzung von Staat und Finanzkapital bzw. Monopolbourgeoisien in den imperialistischen Zentren), ist dicht geschrieben, theoretisch anspruchsvoll und ein Arbeitsbuch. Sein Gebrauchswert gerade für heutige Debatten indes besteht einerseits darin, Grundbegriffe marxistischer Klassentheorie zu entwickeln und in einer (gesellschafts-)theoretischen Tiefe zu erden, die heutige Beiträge meist vermissen lassen. Zum anderen legt er eine Reihe klassenanalytischer Kategorien vor und diskutiert Methoden der empirischen Klassenanalyse, die Interessierten einen konsistenten Einstieg in die Auseinandersetzung bieten können. Die weiteren Bände zur „Sozialstatistischen Analyse“ liefern dann Anschauungsmaterial für die Operationalisierung der entwickelten Kategorien zur Analyse der Klassen- und Schichtungsverhältnisse der damaligen Bundesrepublik.

Soll die Diskussion um „Neue Klassenpolitik“ kein innerlinker Hype bleiben und an Substanz gewinnen, lohnt es, den theoretischen Fundus früherer Klassendebatten zur Kenntnis zu nehmen und neu zu entdecken, statt ihn als Unterbau einer angeblich „alten“ Klassenpolitik abzutun. Selbstverständlich kann man dabei zu dem Schluss kommen, dass das hier entwickelte analytische Instrumentarium überholt und der heutigen Situation nicht mehr angemessen ist. Das würde allerdings voraussetzen, dass man es überhaupt kennt und angemessen zu diskutieren in der Lage ist – um dann zur Entwicklung einer Klassenanalyse auf

Höhe der Zeit beizutragen. Nur so ließe sich denn auch weiter klären, was genau nun Form und Inhalt einer entsprechenden linken Klassenpolitik sein muss. Und dann kann aus der Diskussion über die Arbeiterklasse ja vielleicht auch mal wieder eine *mit* ihr werden?

Zusätzlich verwendete Literatur

Projekt Klassenanalyse (1973): Materialien zur Klassenstruktur der BRD. VSA-Verlag, Hamburg/Berlin (West).

Institut für Marxistische Studien und Forschung (Hg.) 1973:
Klassenstruktur und Klassentheorie der BRD 1950-1970. Theoretische Grundlagen und Diskussion.

Verlag Marxistische Blätter, Essen.

ISBN: 3-88012-168-0.

298 Seiten. 2,00 Euro.

Zitathinweis: John Luetten: Wer ist die „Arbeiterklasse“? Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1468>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Hauptsache Holzzahnbürste



Andreas Reckwitz

Die Gesellschaft der Singularitäten
Zum Strukturwandel der Moderne

Warum die Befindlichkeiten der akademischen Mittelschicht von gesellschaftlichen Übeln ablenken.

Rezensiert von [Souad Zeineddine](#)

Andreas Reckwitz' „Die Gesellschaft der Singularitäten“ erhielt 2017 den bayerischen Buchpreis und war 2018 für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert. Reckwitz, so scheint es, hat sich nicht recht entscheiden können, ob er ein wissenschaftliches Buch schreiben oder ein populärwissenschaftliches Werk zur Debatte um die neue Klassengesellschaft und -politik beitragen soll. Herausgekommen ist ein Buch, das eine ambivalente Faszination ausstrahlt.

Auf insgesamt 480 Seiten geht Reckwitz der Frage nach, ob sich in der Spätmoderne eine neue Klassengesellschaft herausgebildet hat, die sich nicht nur im materiellen Sinne konstituiert, sondern auch im kulturellen. In Abgrenzung zum industriellen Kapitalismus der Moderne interessiert sich Reckwitz für die Frage nach der Klassengesellschaft im „Kulturkapitalismus“. So sind es laut Reckwitz kulturelle Klassen, die sich über die Praktiken der Singularisierung und Kulturalisierung herausgebildet haben. Die Singularisierung, so Reckwitz, sei im Kern nichts Geringeres als „das komplizierte Streben nach Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit“ (S. 9). Ein Streben, das nicht nur ein „subjektiver Wunsch, sondern paradoxe gesellschaftliche Erwartung geworden ist“ (S. 9). Essen, Wohnen, Reisen, Körper und Beziehungen, die Lebensführung per se wird am Maßstab des Besonderen, des Singulären ausgerichtet und kuratiert, für die den Eine n erreichbar und unerreichbar zugleich. Gesellschaftliche Probleme und Ausschlüsse werden nicht aufgelöst, sondern, wie Reckwitz' wiederkehrende Metapher des Paternosters aufzeigt, in einem Kreislauf verstärkt, transformiert und verstetigt.

Mit dem Bild des Paternosters nimmt Reckwitz die parallele Entwicklung eines „*kulturellen Aufstiegs* und eines *kulturellen Abstiegs* der jeweiligen sozialen

Gruppen“ (S. 283) in den Blick. Eben dieser Paternoster-Effekt führe zur Herausbildung einer neuen akademischen Mittelklasse, die ihren Wert nicht mehr nur an ihrer materiellen Ausstattung bemisst, sondern vielmehr über die Ästhetisierung und Ethisierung ihres Lebens. Die gezielt ethisch ausgerichteten Praktiken der neuen akademischen Mittelklasse sind durchaus an materielle Bedingungen geknüpft, schließlich hat auch der Alles-Bio-Regional-Glutenfrei-Raw-No-Carb-Vegan-Lifestyle der neuen akademischen Mittelklasse seinen Preis. Das eigentliche Ziel der neuen akademischen Mittelklasse besteht jedoch darin, das Besondere, das Singuläre zu erreichen und sich dabei selbst zu verwirklichen. Daraus entsteht das Ideal des gesundheitsorientierten und achtsamen Selbstverwirklichungssubjekts der Spätmoderne, das – wieder ganz im Sinne des Paternoster-Effekts – die Unterklasse als ethisch wertlose Subjekte aus der Teilnahme an der Gesellschaft der Singularitäten ausschließt. Ein Ausschluss, den die „Abgehängten“ laut Reckwitz in einem politischen, religiösen oder kulturellen Fundamentalismus hoffen umkehren, wenn nicht gar auflösen zu können.

„Wir gewinnen erst jetzt allmählich ein Gespür dafür, dass die Kulturalisierung und Singularisierung des Sozialen in der Spätmoderne nicht das Ende, sondern den Anfang einer neuen Klassengesellschaft markieren“ (S. 276).

So weit so gut, könnte man meinen. Vieles von dem, was Reckwitz schreibt, trägt jedoch einen unangenehm selbstreferentiellen Impetus in sich. Die „Gesellschaft der Singularitäten“ setzt hier fort, was Reckwitz' frühere Monographie „Die Erfindung der Kreativität“ ([kritisch-lesen.de #42](http://kritisch-lesen.de/#42)) bereits 2012 begann. Antworten auf die Fragen, die er schon damals nicht beantworten konnte, bleibt Reckwitz auch diesmal schuldig. Allen voran: Worin besteht eigentlich die materielle Kehrseite der Praktiken der „Singularisierung“ und „Kulturalisierung“? Ohne substantielle Antworten auf diese Fragen bleibt Reckwitz' Buch leider hochgradig selbstreferentiell. Dies zeigt sich vor allem in seiner übermäßigen Bezugnahme auf und Rezeption von mehrheitlich weißen und patriarchalen Theorien der französischen, deutschen, amerikanischen und britischen Wissenschaft. Ein Vorgehen mit Folgen: Herausgekommen ist eine problematische politische Analyse der Gegenwart.

Von der Rationalisierung zur Kulturalisierung

Die grundsätzliche Entwicklung, die Reckwitz in den ersten zwei Dritteln seiner Monographie nachzeichnet, ist die einer Transformation von der Logik des „Allgemeinen“ zu einer Logik der „Singularitäten“. Es ist eine Transformation des kapitalistischen Systems, in dem das Kapital nicht mehr ausschließlich zweckorientiert und funktional, sondern zusätzlich ethisierend, moralisierend und ästhetisierend ausgerichtet ist. Dies zeigt Reckwitz vor allem anhand des Funktionierens der Kreativwirtschaft. Reckwitz zufolge wird diese im Zusammenspiel

mit der Digitalisierung zur Produzent_in der Gesellschaft der Singularitäten. Eine Wandlung, die er entlang verschiedener sozialer und kultureller Praktiken deutlich macht. Ein Beispiel, das häufig angeführt wird, ist das Kuratieren des Besonderen selbst über Plattformen wie Facebook oder Instagram – laut Reckwitz eine der zentralen Praktiken der Gesellschaft der Singularitäten. Die Transformation von einem industriellen zu einem kulturellen Kapitalismus scheint perfekt.

Die Auseinandersetzung mit der Logik des Allgemeinen beginnt Reckwitz mit der Einführung des Konzepts des „doing generality“. Die Praxis der Generalisierung der Welt hat ihren Kern in der klassischen Moderne und drängt auf einer umfassenden Standardisierung, Formalisierung und Generalisierung „sämtlicher Einheiten des Sozialen“ (S. 28). Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Stadtplanungspolitik des 20. Jahrhunderts, die darauf basierte, dass Arbeits- und Wohn- und Freizeitorde planerisch einerseits voneinander getrennt und andererseits infrastrukturell effizient, rational und pragmatisch miteinander verbunden wurden. Ein schneller Austausch von Waren und Menschen wurde forciert und umgesetzt. In diesem Punkt geht Reckwitz noch mit Marx, Luhmann und Weber mit, grenzt sich dann aber dahingehend von ihnen ab, dass die Moderne nicht nur als Rationalisierungsprozess der Arbeitswelt und des Industriellen zu verstehen sei, sondern vielmehr als eine formalistische Rationalisierung und Verallgemeinerung von Objekten, Subjekten, Räumlichkeiten, Zeitlichkeiten und Kollektiven. Die Praktiken des Bewertens, Hervorbringens, Beobachtens und Aneignens ebendieser Objekte folgten im industriellen Kapitalismus der Moderne rationalistischen und vornehmlich zweckgeleiteten Mustern. Dagegen sind diese Praktiken in der Spätmoderne vornehmlich an der neuen akademischen Mittelschicht und der Kreativökonomie, an Kultur und Sinne, ausgerichtet. Oder anders ausgedrückt: Objekte, Subjekte, Räumlichkeiten, Zeitlichkeiten und Kollektive haben nicht mehr ausschließlich einen funktionalistischen Zweck und Wert, sondern bekommen über die Praktiken der Singularisierung und Kulturalisierung einen sinnlichen, ästhetischen und ethischen Wert zugeschrieben. Plakativ gesprochen: Eine Plastikzahnbürste von Oral-B hat in erster Linie einen funktionalistischen Zweck und Wert, wohingegen eine Holzzahnbürste aus Bambus einen ästhetischen, ethischen Zweck und Wert hat. Sprich: Konsumenten von beispielsweise bio-regional Essen, Fairtrade-Kleidung oder Holzzahnbürsten können sich einbilden, ihr Konsum habe nicht mehr nur einen Zweck, sondern auch einen Sinn. Was sich hier abzeichnet, ist eine konsumkritische Kapitalismuskritik, die die kapitalistische Produktion eher vermag zu potenzieren und weiter auszudifferenzieren als sie aufzulösen. Reckwitz' Kapitalismuskritik – falls das denn sein Anliegen war – bleibt verkürzt.

Reckwitz leistet mit dem minutiösen Herausarbeiten und Darstellen von komplex miteinander verwobenen strukturellen Transformationsprozessen von Ökonomie und Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Debatte um gegenwärtige

gesellschaftliche und ökonomische Schieflagen. Entwicklungen, die sich im radikalen Widerspruch zueinander befinden und in den vergangenen zehn Jahren etliche „Krisen“ – wie zum Beispiel der Finanzkrise von 2008 – hervorgerufen haben. Indem er einen kulturtheoretischen Wertbegriff anlegt und diesen damit praxeologisiert, plädiert er zugleich für eine Ergänzung der Gebrauchs- und Tauschwertanalyse um die der kulturellen/ästhetischen Wertanalyse. Damit wird ein Fokus auf die Praktiken des Bewertens von beispielsweise Objekten und ihren Zirkulationssphären gelegt. Objekte, Dinge, Menschen, Orte, Ereignisse und Kollektive bekommen in dieser Logik einen Wert zugeschrieben, der – wie oben im Zahnbürstenbeispiel – weder von Marx' Gebrauchs- noch vom Tauschwert abgeleitet wird. In der Gesellschaft der Singularitäten erhalten zum Beispiel Objekte ihren Eigenwert über die Ethisierung und Ästhetisierung. In dieser Logik wird Gesellschaft und ihre Hervorbringung als ein sich stetig im konflikthaften Spannungsverhältnis von Rationalisierung und Kulturalisierung befindendes Konstrukt gedacht, das seinen Wert aus komplexen und vielfältigen Austauschdynamiken erhält. Während die Herleitung dieser These analytisch versiert formuliert ist und in der Tat hilfreiche Punkte aufmacht, ist die These in politischer Hinsicht fatal. Dies ist der Punkt, an dem die anfangs erwähnte, radikale Ablehnung dem Buch gegenüber einsetzt.

Doch nur eine Scheinlösung?

Das abschließende Kapitel des Buches bietet ein mögliches Lösungsszenario für die politischen und soziologischen Herausforderungen und die Krise des Allgemeinen, die die Gesellschaft der Singularitäten hervorgerufen hat. Dabei setzt sich die Krise des Allgemeinen aus einem Dreigespann von Krisen zusammen: erstens eine Krise der Anerkennung, die vor allem die „Abgehängten“ durch den Wertverlust ihrer Arbeitskraft betrifft, da ihnen durch die Ausrichtung der Bewertung entlang des besonderen der Sinn ihrer Arbeit abgesprochen wird; zweitens die Krise der Selbstverwirklichung, unter der vor allem die neue akademische Mittelklasse zu leiden scheint; schließlich drittens eine Krise des Politischen, die „die politische Öffentlichkeit und ihre kulturellen Grundlagen als auch den Staat betrifft“ (S. 434).

Dieser Beobachtung schiebt Reckwitz die Frage „nach der Rekonstruktion des Allgemeinen“ (S. 441) hinterher und schlägt als Lösung ein „politisches doing universality“ (S. 441) vor, das er sich als einen regulativen Liberalismus vorstellt: ein regulativer Liberalismus, der die stetige Arbeit an der Universalität reguliert und kontrolliert, indem er „das Soziale mit Blick auf die Fragen sozialer Ungleichheit sowie des Arbeitsmarktes *und* das Kulturelle mit Blick auf die Sicherung allgemeiner kultureller Güter und Normen“ (S. 441) reguliert. Es bedarf zur Lösung der von Reckwitz diagnostizierten Krisen allgemein gültige Normen und kulturelle Güter. Was aber der konkrete Inhalt dieser allgemein gültigen Normen und

kulturellen Güter sein soll, findet auf 480 Seiten keinen Platz. Einer der Brennpunkte der politischen Debatte um die Umsetzung eines regulativen Liberalismus scheint Reckwitz in den kulturessenzialistischen Tendenzen der Debatten rund um „ethnische“, religiöse „Parallelkulturen“ oder der Arbeiter_innenklasse (S. 441) zu finden. Diese Gruppen richten sich gegen „das Zentrum, das heißt gegen jene ökonomischen, technologischen, sozialstrukturellen und kulturellen Strukturen, die Thema dieses Buches“ sind (S. 419). Sprich: Sie richten sich in der Reckwitz'schen Logik gegen die „westlichen“ und „modernen Errungenschaften“ der Allgemeinheit, auf die sich „der Westen“ im Zuge des Kolonialismus, der Herausbildung des modernen Nationalstaates und der Universalisierung des Kapitals geeinigt hat.

Während diese Bewegungen trotz ihrer vorhandenen problematischen Tendenzen aus dekolonialer Perspektive bejaht werden, verneint Reckwitz sie und ordnet sie prinzipiell als die Problemquellen ein. Leider schert er damit emanzipatorische und progressive Angriffe auf veraltete repressive Strukturen über einen Kamm mit regressiven, rechtsradikalen und konservativen Angriffen auf die marginalen „Erfolge“ von vergangenen und gegenwärtigen emanzipatorischen und progressiven Projekten.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

In der Einleitung zum Buch kündigt Reckwitz an, es sich nicht „auf dem Hochsitz des distanzierten Beobachters“ (S. 23) bequem machen zu wollen. Vielmehr will er eine kritische Analytik der Gegenwart entwerfen.

„Kritische Analytik heißt jedoch für mich nicht normative Theorie. Es bedeutet vielmehr, eine Sensibilität für die Konfiguration des Sozialen und ihre Geschichtlichkeit zu entwickeln, dafür, wie sie zu Strukturen der Herrschaft und der Hegemonie gerinnen, die den Teilnehmern möglicherweise nur schemenhaft bewusst sind“ (S. 23).

Ein löblicher Anspruch, den er nur in geringen Teilen einzuhalten vermag.

Eine kritische Analytik der Gegenwart ohne normative Theorie beginnt schon bei der Rezeption von Theorie und die ist bei Reckwitz hochgradig selbstreferentiell in dem Sinne, dass wichtige post-, dekoloniale und feministische Denker_innen, die sich kritisch und differenziert mit den Fragen von Kulturessentialismus, Identitätspolitik, Kapitalismus und Klassenpolitik auseinandergesetzt haben, in seinen Herleitungen ignoriert werden. Ja, Kulturessentialismen und Kulturnationalismen und die darauf aufbauende Identitätspolitik einer linken und linksradikalen Politik muss aus einer kapitalismus- und ideologiekritischen Perspektive herausgefordert und auf ihren neoliberalen Inhalt, Argumentation und

Umsetzung hin überprüft werden. Dies darf aber in keinem Fall in einer Analyse enden, die die Pathologie des 21. Jahrhunderts als reinen „Kulturkampf“ inszeniert, der im Kern aus Bewertungskämpfen besteht, die mit ihrem materiellen Unterbau nicht mehr viel zu tun haben wollen. Reckwitz reproduziert genau das, was er eigentlich problematisieren und kritisch beleuchten will: eine essentialistische Perspektive auf Universalitäten. In dieser Hinsicht reiht sich Reckwitz theoretisch und politisch, trotz seiner rudimentären und subtilen Kritik an dem Kulturbegriff eines Samuel P. Huntington, in eben diese Theorieproduktion ein. Dies ist insofern problematisch, als dass Kulturtheorien, die sich in diese Theorieproduktion einordnen lassen, essentialistisch und rassistisch von homogenen, geschlossenen, stabilen und sich per se konflikthaft gegenüberstehenden „Kulturen“ ausgehen. Hierbei wird die westliche, aufgeklärte, moderne „Kultur“ tendenziell als die höherwertige betrachtet, die es gilt anzustreben. Nicht-westliche Kulturen – was auch immer das sein soll – werden als eine Bedrohung für eben die „Errungenschaften“ der kolonialen „Zivilisationsprojekte“ beziehungsweise dem Projekt der Moderne verhandelt.

Eine Auseinandersetzung mit kritischen feministischen, queer-feministischen und postkolonialen Perspektiven hätte nicht nur zu einer analytisch differenzierteren Perspektive auf die Gesellschaft der Singularitäten geführt, die etwa die notwendige Politik eines strategischen Essentialismus (Spivak 1988) mitdenkt. Ebenso hätte eine solche Auseinandersetzung durchaus das Potenzial gehabt, zu den Debatten um eine neue Klassengesellschaft und Klassenpolitik beizutragen. Eine Analyse, die die Ursache der Konflikte der Gegenwart darin sieht, dass die „Abgehängten“ der neuen akademischen Mittelklasse aufbegehren, ist dahingehend falsch, als dass es eben nicht in erster Linie Bewertungs- und Kulturkämpfe sind, die in der Gegenwart stattfinden, sondern Verteilungskämpfe. Verteilungskämpfe, die innerhalb der Differenzmaschine Kapitalismus ([#46](http://kritisch-lesen.de)) oftmals zu reinen „Kulturkämpfen“ umgedeutet werden – eine schon lange in Betrieb genommene „Überlebensstrategie“ des Kapitalismus. Dies gilt es auf der Suche nach Lösungen für den Paternoster-Effekt mitzudenken! Es reicht schlichtweg nicht, den sichtbar gewordenen und massiven Rechtsradikalismus Deutschlands und Europas als Problem der Unterklasse zu betrachten, das durch einen regulativen Liberalismus korrigiert werden könnte.

Zusätzlich verwendete Literatur

Spivak, Gayatri (1988): Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson und Lawrence Grossberg (Hrsg.): Marxism and the Interpretation of Culture. University of Illinois Press, Chicago.

Andreas Reckwitz 2017:

Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne.

Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 3518754289.

480 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Souad Zeineddine: Hauptsache Holzzahnbürste. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1464>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Weg vom Schreibtisch



Eric Mann

Transformatives Organizing

Ein Handbuch: 7 Bausteine, 12 Rollen, 16 Fähigkeiten.

Wie kann eine linke Klassenpolitik nicht nur diskutiert, sondern auch organisiert werden?

Rezensiert von [Janis Ehling](#)

Wie schafft es eine kleine Gruppe Schwarzer und lateinamerikanischer Aktivist_innen, die Stadtverwaltung zu zwingen, den Öffentlichen Nahverkehr massiv auszubauen und billiger zu machen? Die Bus Riders Union schaffte genau das in Los Angeles in nur wenigen Jahren. Ihr Zauberwort: Organizing.

Das bedeutet mehr als nur organisieren. Organizing ist ein Ansatz der US-Linken und -Liberalen. Die US-Bürgerrechtsbewegung, viele US-Gewerkschaften oder die 68er Bewegung in den USA wären ohne die Tradition des Organizing undenkbar. Von dieser Tradition war zunächst wenig nach Deutschland gedrungen. Lediglich eines der bekanntesten Bücher des Organizing-Papstes Saul Alinsky wurde in den 1980er Jahren ins Deutsche übersetzt. In den vergangenen Jahren änderte sich das. Mittlerweile findet Organizing bei linken Basisinitiativen, der IG Metall bis hin zu Stadtverwaltungen einigen Anklang. Gerade in Hinblick auf die Diskussionen um eine linke Klassenpolitik ist der Ansatz weiterführend.

Doch Organizing ist nicht gleich Organizing. Die verschiedenen Ansätze reichen von liberal bis linksradikal. Einer der bekanntesten Vertreter des Organizing ist Eric Mann. Mann hat eine beeindruckende Vita. Als Sohn jüdischer Eltern 1942 in New York geboren, wandte er sich früh der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung zu und wurde dort als Organizer aktiv. Seine weiteren Lebensschritte führten ihn 1968 in den SDS (students for a democratic society). Später war er in der Gewerkschaft und der Umweltbewegung aktiv. Mann führt heute eine Organizing-Organisation, die die Rechte lateinamerikanischer, Schwarzer und koreanischer Anwohner_innen und Beschäftigter in Los Angeles vertritt. Sein 2011 geschriebenes Handbuch „Playbook for Progressives“ zum transformativen Organizing ist schon jetzt ein kleiner Klassiker. Violetta Bock und Michael Heldt haben dieses Buch nun ehrenamtlich

unter dem Titel „Transformatives Organizing – ein Handbuch“ übersetzt. Anders als der Titel erwarten lässt, ist das Handbuch kein dröges Nachschlagewerk. Das hat mit dem transformativen Organizing selbst zu tun.

Von Rosa Parks bis ÖPNV

Das transformative Organizing versucht, die abgehängten Teile der Gesellschaft zu organisieren – also genau die, die sich sonst oft am wenigsten für ihre Interessen einsetzen (können). Hierzulande würde man wohl von Nichtwähler_innen, „Bildungsfernen“ und Migrant_innen sprechen. Mann hat deshalb den Anspruch, dass sein Buch für alle lesbar ist. Statt schwer verdaulicher Methodenübungen versucht Mann, spannend und mit vielen Beispielen seine Überlegungen an die Leser_innen weiterzugeben. Die berühmte Rosa Parks, die sich weigerte, im Bus von den „weißen“ Plätzen aufzustehen, war Teil einer Organizingkampagne. Die Organizing-Organisation Bus Riders Union schaffte es, in wenigen Jahren die Stadt Los Angeles zu zwingen, hunderte Millionen in den Öffentlichen Nahverkehr zu investieren und gleichzeitig die Ticketpreise zu senken.

Das Ziel des Organizings ist es, Menschen dazu zu bringen, ihre Interessen selbst zu vertreten. Das hört sich banal an und erinnert ein wenig an Bürgerinitiativen und Unterschriftenkampagnen. Nur ist es weitaus mehr. Es ist eine Methode, möglichst viele Menschen auf ein Ziel hin zu organisieren. Mann zeigt in seinem Buch erfolgreiche Beispiele, wie das gelingen kann. Einige seiner Methoden dürften politisch und zivilgesellschaftlich Aktiven bekannt vorkommen.

Allerdings gibt es in Deutschland eine Tradition, lediglich über Meinungen und Positionen und weniger über Praktiken zu streiten. Das Organizing lenkt den Blick aber gerade auf die praktischen Ansätze: Wie kann eine linke Klassenpolitik organisiert und nicht nur diskutiert werden?

Mann zeigt, wie eine kleine Gruppe in relativ kurzer Zeit größere Reformprojekte anstoßen kann und dabei viele Menschen politisch aktiviert. Sein Fokus liegt dabei auf den Fähigkeiten und Rollen, die eine Gruppe braucht, um erfolgreich zu organisieren: von geschickten Redner_innen, zur_m guten Fundraiser_in oder der guten Einbindung in die Gruppe. Das Buch schärft daher den Blick für die Anforderungen an gelingende politische Basisarbeit. Damit füllt es eine wichtige Lücke und ist gerade für neuere und ältere Basisaktive eine hervorragende Quelle. Durch seine erzählende Form ist es besser zu lesen als das jüngst erschienene Basishandbuch „Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin“ von Alexandra Bradbury, Mark Brenner und Jane Slaughter (das aber ebenso zu empfehlen und für den alltäglichen Gebrauch übersichtlicher ist).

Organizing: Neue Klassenpolitik praktisch gewendet

Die deutsche Ausgabe unterscheidet sich etwas von der amerikanischen. Die englischsprachige Originalausgabe beschränkt sich auf die Vorstellung der Methoden des transformativen Organizing. Da in Deutschland die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ansätzen weniger klar sind, stellt Mann der deutschen Ausgabe ein Vorwort und einige Bemerkungen voraus.

Mann verortet das transformative Organizing in einer revolutionären Tradition und grenzt es vom liberalen und reformistischen Organizing ab. Er bezieht explizit Position gegen liberale Organizing-Ansätze à la Saul Alinsky. In Anlehnung an Alinsky hatten auch deutsche Stadtverwaltungen jüngst Organizingprojekte in Auftrag gegeben – etwa zur Stadtverschönerung. Ziel dieser Projekte ist es unter anderem, Trinker_innen und Obdachlose aus dem Straßenbild zu verdrängen und gezielt Stadtviertel aufzuwerten. Mann versucht, seinen methodischen Ansatz theoretisch einzuordnen und gegen liberale Aneignungsversuche abzusichern. Anders ist sein relativ geharnischtes Vorwort nicht zu erklären. Mann stößt gezielt ins Wespennest hiesiger linker Debatten und bezieht klare Positionen zum Nahostkonflikt und der ziemlich homogenen Herkunft der Aktivist_innen – wahrscheinlich auch um unliebsame Leser_innen abzuschrecken. Für einen Überblick um die Kontroversen zwischen den verschiedenen Organizingansätzen ist Robert Maruschkes Buch zu „Community Organizing“ empfehlenswert.

So oder so ist die Übersetzung von Eric Mann's Buchs ein Glücksfall für die teils abgehobenen Debatten der deutschen Linken um die „richtige“ Klassenpolitik. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern sind viele linke Debatten und Organisationen kaum mit den alltäglichen Kämpfen der Menschen verbunden. Möge dieses Buch viele Leser_innen finden, die das ändern wollen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Alexandra Bradbury, Mark Brenner und Jane Slaughter (2018): Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin. Schmetterling Verlag, Stuttgart.

Robert Maruschke (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Edition Assemblage, Münster.

Eric Mann 2017:

Transformatives Organizing. Ein Handbuch: 7 Bausteine, 12 Rollen, 16 Fähigkeiten. ISP Verlag, Köln.

ISBN: 3899001516.

236 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Janis Ehling: Weg vom Schreibtisch. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1465>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Die neue Gretchenfrage?



Michael Bröning / Christoph P. Mohr (Hg.)
Flucht, Migration und die Linke in Europa

*Nicht nur in Deutschland eine Debatte: Wie halten es die Sozialdemokrat*innen in Europa eigentlich mit der Migration?*

Rezensiert von [Nelli Tügel](#)

Mitte Februar ließ eine Nachricht aufhorchen: Mette Frederiksen, Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei, schlug vor, man solle in dem skandinavischen Land das Asylrecht abschaffen. Eine Idee, deren Umsetzung keineswegs unrealistisch erscheint – ob nun durch die derzeit noch regierende liberal-rechte Regierung oder die Sozialdemokraten, denen gute Chancen vorausgesagt werden, 2019 wieder an die Macht zu kommen.

Ist so etwas noch sozialdemokratische oder gar linke Politik? Und wenn nicht, was dann? Die Herausgeber und Autoren des Buches „Flucht, Migration und die Linke in Europa“ stellen diese Frage. Der Umgang der „linken Mitte“ mit Einwanderung sei die Gretchenfrage der Gegenwart. „Bekanntnisse zu gesellschaftlicher Offenheit beziehungsweise Forderungen nach einer stärkeren Regulierung und Reduzierung von Migration“ würden heute als „ideologisch richtungsweisende Grundsatzentscheidung wahrgenommen“ (S. 9), schreiben Michael Bröning und Christoph P. Mohr, die beide für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung tätig sind.

Migration als Klassenfrage? Fehlanzeige!

Und sicher: Migration ist eines der bedeutendsten Themen der Gegenwart. Doch dass bereits in der Einleitung des Sammelbandes behauptet wird, die Frage nach dem Umgang damit habe jene nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln verdrängt, zeigt ein grundsätzliches Problem. Es ist dasselbe, das auch sozialdemokratische Parteien haben: Die Aufgabe von Klassenpolitik und die Eigenverantwortung an der Verarmung von Teilen der westlichen Gesellschaften werden bei der Selbstbefragung danach, was Gründe für die Krise des eigenen Lagers sein könnten, weitgehend ausgeblendet.

So wird schon in der Einleitung des Buches eine Gegensätzlichkeit aufgemacht zwischen sozioökonomischen Fragen, dem klassischen Terrain der Arbeiterparteien, auf der einen und soziokulturellen, „identitätspolitischen“ Fragen auf der anderen Seite. Als Reaktion auf den „strategischen Kurswechsel europäischer Mitte-Links-Parteien Ende der 1990er Jahre“ und die damit einhergehenden „programmatischen Verschiebungen in sozioökonomischen Fragen“ seien diese durch „zunehmend progressivere Positionen in soziokulturellen Fragen ergänzt und kompensiert worden“ (S. 2f.). Migration wiederum wird in diesem Schema den kulturellen und nicht den ökonomischen Fragen zugeschlagen. Warum, bleibt offen. Da kaum einer der Autor*innen über ökonomische Kämpfe, Besitzverhältnisse, Verteilungsfragen, kurz, die Klassengesellschaft reden möchte, umkreisen sie das Thema, ohne je zum eigentlich Kern vorzustoßen. Denn um zu diesem zu gelangen, müsste man bereit sein, Migration als Klassenfrage zu betrachten.

Die genannte Schwäche bedeutet jedoch nicht, dass sich in dem Buch nicht Aufschlussreiches finden ließe; als Bestandsaufnahme dient der Sammelband allemal. Erstens zum Stand sozialdemokratischer Einwanderungspolitik in Europa. Zweitens zum Stand jener linken Strategiedebatte, die sich um die Fragen dreht: Wieso sprechen Mitte-Links-Parteien die Arbeiter*innen nicht mehr an, weshalb wenden sich viele von ihnen den Rechten zu? Welche Milieus können linke Parteien wie ansprechen, welche müssen sie erreichen? Wie fragmentiert ist der Streit um die Haltung zur Migration die Linken in Europa, was macht das mit ihnen?

„Kommunitarismus versus Kosmopolitismus?“

Zunächst widmen sich die Autor*innen zwölf Länderfallstudien von Schweden bis Italien, von Großbritannien bis Ungarn. Das dabei entstehende Bild konterkariert allerdings – um es mal vorsichtig auszudrücken – die in der Einleitung aufgestellte Behauptung, mit der Neoliberalisierung der Sozialdemokratien sei eine progressivere Haltung in Sachen Migration einhergegangen. Man denke an den im Dezember 1992 geschlossenen „Asylkompromiss“, der von CDU und SPD durchgesetzt wurde und das Asylrecht massiv einschränkte. Auch die seit 2015 von der Bundesregierung durchgebrachten Asylrechtsverschärfungen wurden von den Sozialdemokrat*innen mitgetragen.

Im zweiten Abschnitt des Buches finden sich einordnende, breiter angelegte Beiträge. In einem Aufsatz macht der Heidelberger Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel eine neue Konfliktlinie zwischen „Kommunitarismus und Kosmopolitismus“ aus. Letzterer stünde für ein Milieu, das für „offene Grenzen“ sei, sich positiv auf supranationale Instanzen wie die EU bezöge, Multikulti gutheiße sowie beruflich und räumlich mobil sei. Alles in allem also: die „Gewinner der Globalisierung“ (S. 301). Kommunitarist*innen hingegen zeichneten sich durch die „jeweiligen

Gegenpole zu den kosmopolitischen Charakteristika“ (ebd.) aus. Und wegen dieser „neuen Konfliktlinie“ gerieten, so Merkel, besonders in Westeuropa die Volksparteien – insbesondere die Sozialdemokratien – unter Druck.

Ins gleiche Horn bläst der slowakische Philosoph und Parlamentsabgeordnete Lubos Blaha, der der Fraktion der regierenden – einwanderungskritischen – sozialdemokratischen Partei Smer-SD angehört, die in seinen Worten kommunitaristisch geprägt sei, wie der Großteil der Linken in Ostmitteleuropa. Blaha geht noch einen Schritt weiter als Merkel: Der „liberale Kosmopolitismus“ sei ein „gefährliches Konzept“, weil er allein dem „transnationalen Kapital“ nütze, das die sozialen Schutzmaßnahmen der Nationalstaaten loswerden wolle. Die Kosmopolit*innen würden nur noch „eine gebildete, einigermaßen betuchte, globalisierte und mobile Mittelschicht“ ansprechen, der es um ihren Lebensstil und die Anerkennung von Minderheiten gehe, also um „postmaterialistische“ Themen (S. 250). Sie scherten sich nicht um Armut oder die Ausbeutung der Arbeiterschicht, sondern säßen „lieber bei einem leckeren Bio-Flammkuchen in ihrem Lieblingscafé, statt auf die Straße zu gehen und gegen das transnationale Kapital zu kämpfen.“ Man müsse zwar, so Blaha, rassistischen Hass bekämpfen, doch sollte die Linke in Bezug auf kulturelle Fragen politisch gemäßigt auftreten, was die Wirtschaft angeht jedoch „radikal sein und nach sozialistischen Antworten zum neoliberalen globalen Kapitalismus suchen“ (S. 251).

Es gibt viele Fragen, die an diese „Analyse“ gestellt werden könnten. Zum Beispiel, wie der Parlamentsabgeordnete einer Regierungspartei der kapitalistischen Slowakei eigentlich dazu kommt, anderen vorzuwerfen, sie würden nicht gegen das „transnationale Kapital“ kämpfen. Oder was – aus Sicht ausgebeuteter Arbeiter*innen – der Unterschied zwischen transnationalem und nationalem Kapital ist. Oder weshalb sogenannte Minderheitenthemen postmaterialistische Themen sein müssen. Und ob es tatsächlich der Nationalstaat ist, der soziale Schutzmaßnahmen bedeutet.

Blaha - früher selbst ein Liberaler - entwickelt in seinem Beitrag eine auch bei vielen Linken beliebte Denkfigur: Der Liberalismus ist das Feindbild, nicht die kapitalistische Produktionsweise. Jene, die für gesellschaftlichen Liberalismus, wie zum Beispiel Minderheitenrechte, eintreten, werden zu Komplizen eines wirtschaftlichen Liberalismus – gemeint ist in der Regel des Neoliberalismus – erklärt. Dagegen gesetzt wird ein „guter“, nationalstaatlich „geschützter“ und wenn es sein muss antiliberaler Kapitalismus. Smer-SD versucht, dieses Konzept auch als Regierungspartei umzusetzen. Das hat zweifelsohne in manchen Bereichen positive Folgen, wenn beispielsweise Privatisierungen verhindert werden. Auf der anderen Seite schloss Smer-SD eine links-rechts Koalition, um regieren zu können – und schmiedete ein Bündnis mit den nicht nur gegen Migration wetternden, sondern auch auf Arbeiterrechte pfeifenden Regierungen Ungarns, Polens und Tschechiens

als es gegen die Verteilung von Kriegsflüchtlingen innerhalb der EU-Staaten ging.

Blahas Beitrag hinterlässt eine wichtige Frage: Ist der Liberalismus die Ursache des Übels auf der Welt? Ich denke: Nein. Natürlich bietet die linksliberal angehauchte Mittelschicht ein dankbares Feindbild, an dem man sich mit überspitzten „Bio-Flammkuchen“-Sprüchen abarbeiten kann. Doch letztlich hat man es mit einem Pappkameraden zu tun. Und eine radikale Vision, eine Idee, wie Ausbeutung zu überwinden ist, hat Blaha nicht zu bieten.

Wirtschaftsliberalismus, Globalisierung und der Abbau von „Schutzmaßnahmen“ sind Folge des Kapitalismus. Die Agenda 2010 der Schröder-Regierung, der größte Abbau sozialer Schutzmaßnahmen in Europa seit Thatcher, wurde nicht von supranationalen Institutionen „verordnet“, sondern weil die nationale Bourgeoisie der Bundesrepublik dafür einen Klassenkampf von oben führte. Der vielen Linken, die wie Blaha argumentieren, vorschwebende fordistische Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit war einer Ausnahmesituation geschuldet, er wurde nicht wegen eines neoliberalen „Plans“ besonders bössartiger Kapitalisten abgeschafft, sondern weil der Kapitalismus an seine Grenzen stieß.

Ausläufer bis in die Linkspartei

Die skizzierte Debatte ist indes längst nicht auf die Slowakei oder die Sozialdemokratie begrenzt. Im Gegenteil. Die von Blaha und Merkel repräsentierte Sichtweise wird auch in der kürzlich erst wieder hochgekochten Debatte in Deutschland, die in und um die Linkspartei herum geführt wird, von nicht wenigen vertreten.

Umso bedauerlicher, dass in vielen der anderen Beiträge all diese Fragen nicht einmal im Ansatz vorkommen. Weder bei Lisa Pelling vom Stockholmer Think Tank Arena Idea, die erklärt, warum ihrer Ansicht nach Linke für offene Grenzen sein sollten noch in dem Beitrag der ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, die über die „Chancen von Integration“ nachdenkt.

Doch die Debatte ist nötig. Auch wenn man die Antworten von Blaha und Co. falsch findet – die Fragen stehen im Raum. Sie zu ignorieren hieße, auf der Stelle zu treten.

Michael Bröning / Christoph P. Mohr (Hg.) 2017:
Flucht, Migration und die Linke in Europa.
Dietz Verlag, Bonn.
ISBN: 9783801205065.
399 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: Nelli Tügel: Die neue Gretchenfrage? Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1467>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Aufruf zum Abfuck



Luise Meier
MRX-Maschine

*Über das Zuspätkommen, das Scheitern, das Krank-Sein als
Werkzeuge der Kritik und des politischen Handelns.*

Rezensiert von [Johanna Tirnthal](#)

Die Arbeit an dieser Rezension beginnt zu spät, viel zu spät, die Deadline ist bereits verstrichen und die Arbeitsdisziplin der Autorin lässt zu wünschen übrig: zu lange im Bett gelegen, zu lange abends getrunken und geraucht, unkonzentriert, immer wieder abgelenkt von sozialen Medien, Tagträumen und Sehnsüchten. Der Anfang des Texts verschleppt sich. Notizen fliegen ungeordnet in Taschen umher, sind schwer lesbar, zerknittern und tendieren zum Verschwinden. Der Autorin geht es normalerweise nicht so. Sie ist sonst fleißig und pünktlich, aber die vorübergehende Ineffektivität (ist sie wirklich vorübergehend? Oder habe ich mich infiziert? Dazu später mehr...) führt direkt ins Zentrum von Luise Meiers Buch: MRX-Maschine. Denn darin geht es um den Streik, die Verweigerung, die Faulheit und Verschwendung als Mittel im Kampf gegen eine auf unterschiedliche Weisen von Ausbeutung und Unterdrückung geprägte Gesellschaft: „Wenn die Ausgangslage eine Welt ist, die mit allen Mitteln versucht, uns zum Arbeiten zu verleiten, will MRX-Maschine mindestens selbst als Verschwendung von Arbeitskraft und Lebenszeit fungieren.“ (S. 27)

Motive aus der Philosophie Gilles Deleuze'

MRX-Maschine versteht sich nicht als Text, nicht als Beschreibung einer Maschine. Schon im ersten Satz wird mit diesem Irrglauben aufgeräumt. Stattdessen ist MRX-Maschine das, was entsteht, wenn die Leserin und der Text sich verkoppeln und es zu einem unkontrollierbaren Funktionieren dieses Tandems, dieser Leserin-Text-Maschine, kommt. Dieser Maschinenbegriff ist angelehnt an den französischen Philosophen Gilles Deleuze. Bei Deleuze beschreibt die Maschine bildhaft ein

System, das erst einmal einfach nur funktioniert, dabei produktiv ist und sich mithilfe von Anschlüssen beliebig erweitern lässt. Die MRX-Maschine aber ist besonders und nimmt vor allem Abschied vom blinden Funktionieren und Produzieren der deleuzianischen Maschine: Die MRX-Maschine ist kaputt, daher auch das „MRX“, in dem offensichtlich ein Buchstabe fehlt, aber ob es sich ursprünglich um eine Marx- oder eine Murx-Maschine gehandelt hat, bleibt absichtlich unklar. Die Schwierigkeiten beim Schreiben der Rezension sind bereits als erfolgreiches Nicht-Funktionieren der Leserin-Text-Rezensionsautorin-Maschine zu verstehen.

Auch wenn sich Luise Meier von der Produktivität löst, die im Zentrum des deleuzianischen Denkens steht, tauchen in dem Buch wiederholt an Deleuze angelehnte Begriffe und Bilder auf. Aber man muss nicht an dessen komplizierter Philosophie geschult sein, um zu verstehen: Wenn in der Einleitung davon die Rede ist, das Proletariat sei für die MRX-Maschine ein schwarzes Loch, dann ist klar – ein schwarzes Loch ist etwas, in das man fallen kann, etwas das irritiert, eine Gefahr für manche, für andere eine Möglichkeit, einzutreten oder zu fliehen. Ein schwarzes Loch ist ein Fehler im System und gleichzeitig eine Tür zu etwas Anderem.

Ideologiekritik – aber keine Aufklärung

Wenn sich nun der Text mit der Leserin verbindet und die MRX-Maschine holpernd ins Laufen kommt, dann geht es, wie schon der Klappentext verrät, um Verschwendung und einen Aufruf zur Störung des normalen, kapitalistischen Betriebsablaufs. Wie dieser normale Betriebsablauf funktioniert, was seine jahrhundertealten Herrschaftstechniken und Kniffe sind und wo sich trotzdem Schlupflöcher finden, durch die man ihm entkommen kann, analysiert MRX-Maschine auf knappen 200 rasant geschriebenen (und durchaus nicht dysfunktionalen) Seiten. Luise Meier unternimmt einen wilden Ritt vorbei an verschiedenen Andockstellen linker Theorie an die Gesellschaft: Es geht mit Max Weber um Religion, mit Silvia Federici oder Valerie Solanas um das Patriarchat, mit Malcom X und Cedric J. Robinson um Black Marxism, Kolonialismus und Rassismus, und mit Marx und dem ansonsten wenig gelesenen Alfred Sohn-Rethel um kapitalistische Wertproduktion. Immer mit der Frage im Hintergrund, wie die Individuen in all den vorhandenen Widersprüchen und Machtverhältnissen zu Subjekten werden – wie sie widerständig sein können, aber auch, wie sie die Struktur, die sie unterdrückt, gleichzeitig durch ihre Handlungsweise stabilisieren.

Als übergeordnetes Thema des Buchs könnte man so eine an Marx geschulte Ideologiekritik verstehen – also Kritik an einem notwendig falschen Bewusstsein in der Gesellschaft. Dieses „falsche Bewusstsein“ verschleiert die Widersprüche und Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus und führt dazu, dass die ausbeuterischen Strukturen von den Ausgebeuteten zum Teil selbst hergestellt

werden. Luise Meier verfolgt bei dieser Ideologiekritik aber keine Strategie der Aufklärung. Denn der Glaube, die Menschen müssten nur wissen, was sie da tatsächlich tun und dann würde schon alles anders werden, hat sich längst überholt. Marx' Satz „Sie wissen es nicht, aber sie tun es,“ mit dem er das falsche Bewusstsein der Menschen beschreibt, lässt sich durch das pessimistischere „Sie wissen es, aber sie tun es trotzdem“ ersetzen. Es geht bei MRX-Maschine deshalb nicht nur um Aufklärung und das Freilegen versteckter gesellschaftlicher Mechanismen, sondern es geht auch oder vor allem um Verdunklung, um Kratzer auf einer Linse, beschlagene Brillengläser, um wildes Herumtapsen und Taumeln, um ein Annehmen des Nicht-Funktionierens als revolutionäre Kraft. Individuen treten hier auf „als Maschinenteil, als Besessene, als Verstrahlte und Infizierte“ (S. 194), die am besten noch mehr Menschen mit der Faulheit und der Nicht-Arbeit anstecken sollten: Fuck-up and Unwork, zwei Begriffe, die Meier spielerisch und zugleich ernstgemeint aus Valerie Solanas' radikal-feministischem SCUM-Manifesto übernimmt.

Ordnen und Herrschen

Die kapitalistische Wirtschaft lebt in Luise Meiers Analyse davon, dass sie von funktionierenden Menschen beackert wird. Herrschaft manifestiert sich dadurch, dass sie Strategien der Ordnung und des Funktionierens in den verschiedensten Lebensbereichen einzieht. Beispiele dafür findet Meier viele, zum Teil überraschende. Dazu gehören zum Beispiel die Überschneidungen von Techniken der Arbeitsteilung im Taylorismus und im Nationalsozialismus: bei beiden werden Arbeitsschritte von einer Planungsinstanz genau analysiert und dann so aufgeteilt, dass sie möglichst effizient ablaufen und aber die einzelnen Arbeiter*innen, Soldat*innen oder Beamt*innen wenig bis gar keinen Bezug mehr zum gesamten Arbeitsprozess oder dem Produkt haben, sei es ein Auto oder ein Genozid. Die Aufdeckung dieser Kontinuitäten vom NS in unsere heutige Arbeits- und Verwaltungswelt gehört zu einer der spannenden Entdeckungen in „MRX-Maschine“. Viel Raum nimmt auch die altbekannte Frage ein: Wird der Fortschritt der Technik uns retten? Hier weist Luise Meier auf die enge Verwobenheit von technischer Entwicklung und militärischen Notwendigkeiten hin:

„Vor der Möglichkeit des kostenlosen Telefongesprächs einer Person mit einer anderen mit globaler Reichweite stand die Möglichkeit der effizienteren Ausstellung, Verteilung und Durchsetzung des Einrufungsbefehls.“ (S. 64f.)

Die Kommunikationstechnologie ordnet sich so ebenfalls ein in die Ordnungs- und Registrierungstechniken, die die Gesellschaft stabilisieren. Diese Regime verkleiden die widersprüchliche und vor allem leidende Welt mit einer Schicht aus Glattheit und Perfektion, die es, wenn es nach „MRX-Maschine“ geht, mit langen, dreckigen Fingernägeln abzukratzen gilt. Dabei geht es eben nicht darum, dass „unterhalb“

dieser „falschen“ Schicht eine richtige liegt, sondern darum, dass die zerkratze, verschorfte und neu zusammengeklebte Oberfläche wünschenswert ist, zusammengehalten von Sicherheitsnadeln, wie schon die Punks es vormachen. Es geht hier also um Kritik, aber nicht um das Auffinden einer Wahrheit. Die Maschine geht darüber hinaus: Ein wildes Funktionieren, das sich am Dysfunktionieren orientiert:

„Ein geheimer Zusammenhang zwischen den Verspäteten, Chaoten, Randaliererinnen, Gammlerinnen und Legasthenikern. MRX-Maschine hat die Metal- und Punk-Taktik übernommen, das eigene Profil als Gegenbewegung zu den Abwehrmustern und Angstfantasien der herrschenden Ideologie zu entwickeln.“ (S. 12)

Hier besteht die Verbindung des Buchs zur sogenannten „Neuen Klassenpolitik“. Die Herstellung einer neuen „Klasse“ der „Verspäteten, Chaoten, Randaliererinnen, Gammlerinnen und Legasthenikern“ als Positiv-Bezug bietet einen neuen Anhaltspunkt für Kritik und Politik, der jenseits der Grenzen einer altmodischen „Arbeiterklasse“ und auch jenseits der Grenzen von Identitätspolitik liegt. Über die Schranken von Class, Race und Gender hinweg kann und soll geggammelt werden. Dabei geht es nicht um Urlaub und Erholung, nicht um gut dosierten Hedonismus, um später wieder besser arbeiten zu können. Das Gammeln steht für ein bewusstes Nicht-Funktionieren – eine Störung im Betriebsablauf. Der Spaß am Gammeln ist dabei eher ein Nebeneffekt. Ob und wie gut diese Strategie „funktioniert“ soll nicht bewertet werden, um das Buch nicht wieder in jenes Nützlichkeitschema einzuordnen, das es kritisiert. Wenn das kapitalistische und patriarchale Ideal also glatt, effektiv und sauber ist, dann sollten wir rau, uneffektiv und dreckig sein – weil das den Ängsten der Herrschenden entspricht. Eine Lösung liegt nicht in der Überidentifikation mit dem Funktionieren der Technik wie zuletzt im Akzelerationismus (einer jungen Theorieströmung, die mit einem positiven Bezug auf Technik und Beschleunigung arbeitet, begründet durch das „Manifest für eine akzelerationistische Politik“ von Nick Srnicek und Alex Williams), sondern in einer Schwesternschaft mit dem Fehler – ein Motiv, das Luise Meier mit interessanten und bildreichen Verweisen bestückt, wie den auf „Reste von Tabakasche auf dem schmutzigen Geschirr“ (S. 18), die preußische Spitzel beim Ausspionieren von Marx und Engels fanden und vor denen sie sich ekelten. Ein Hoch also auf den Dreck, die Faulheit und die zu spät abgegebene Rezension! Die Ansteckung hat stattgefunden.

Luise Meier 2018:

MRX-Maschine.

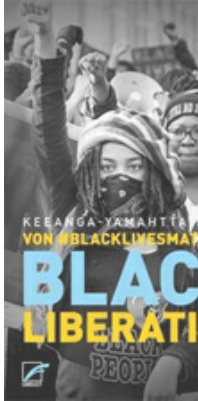
Matthes & Seitz Verlag, Berlin.

ISBN: 3957575958.

205 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Aufruf zum Abfuck. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1474>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte!



Keeanga-Yamahtta Taylor

Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation

Feministisch, antirassistisch und zutiefst klassenkämpferisch. Klingt nach einer explosiven Mischung? Ist es auch – im besten Sinne des Wortes.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Trotz anderslautendem Titel: Keeanga-Yamahtta Taylors „Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation“ ist kein Buch über Black Lives Matter. Oder, genauer gesagt: Es ist weit mehr als das. Auch wenn der Slogan der Bewegung in breiten Lettern auf dem Cover prangt, im Mittelpunkt von Taylors insgesamt acht Kapiteln steht ein viel weitreichenderes Argument, das zwar nicht neu ist, dessen zeitgemäße Reformulierung aber enormen Wert hat: Klassenpolitik und Antirassismus, so Taylors unnachgiebige Grundthese, schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Obwohl sich Taylor also, und das allein ist mehr als lesenswert, an der Black Lives Matter Bewegung abarbeitet – an ihren historischen Entstehungsbedingungen (von der Sklaverei zum Rassismus des US-amerikanischen Justizsystems), an ihren Vorgängerbewegungen (allen voran den Black Panthers) sowie an ihren gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen (nicht zuletzt die Frage der Selbstorganisation ist zentral) –, geht sie zugleich ein Problem an, das weit über den Themenkomplex „Black Lives Matter“ hinausweist: Die antirassistische und feministische Erneuerung linker Klassenpolitik.

Selbstorganisation: Vom Moment zur Bewegung

Der Weg zu einer solchen Klassenpolitik führt – daran lässt Taylor keinen Zweifel – über das mühsame Geschäft der Selbst- und Basisorganisation. Und genau hier lohnt sich Taylors Blick auf Black Lives Matter ungemein. Mit Empathie, aber keineswegs unkritisch, zeichnet Taylor die Entstehung und schrittweise Verfestigung der Bewegung nach. Einer der tragischen Schlüsselmomente dabei: der Mord an Mike Brown, einem Schwarzen Auszubildenden aus Ferguson, durch den weißen Polizisten Darron Wilson am 9. August 2014. Stellvertretend für die unerträglich

lange Liste Schwarzer Todesopfer (Männer, aber auch Frauen), die durch Polizeigewalt ihr Leben verloren, entfachte der Mord an Brown eine der größten Protestwellen der jüngeren amerikanischen Geschichte. „Browns Tod [war] das Ereignis, das nicht nur die Schwarzen Bewohner*innen von Ferguson, sondern Hunderttausende Schwarzer Menschen im ganzen Land sagen ließ: ‚Es reicht!‘“ (S. 182). Denn nur wenige Wochen zuvor, am 17. Juli 2014, war es in New York zu einem ähnlichen Exzess weißer Polizeigewalt gekommen. Der Polizist Daniel Pantaleo erwürgte auf offener Straße Eric Garner, einen 43-jährigen Gärtner, und kam – wie Mike Browns Mörder – ohne Anklage davon. Als die Nichtanklage von Pantaleo im November desselben Jahres zur Gewissheit wurde, entzündete sich der Funke des Protests erneut:

„Zehntausende Menschen an verschiedenen Orten der USA bauten Barrikaden, angewidert und entrüstet darüber, dass ein weiterer weißer Polizeibeamter ungestraft damit davongekommen war, den Tod eines unbewaffneten Schwarzen Mannes verursacht zu haben. Die Beweise in diesem Fall waren sonnenklar. Hunderttausende Menschen hatten das Video gesehen, in dem Garner um sein Leben flehte und immer wieder – insgesamt elf Mal – sagte: ‚Ich kriege keine Luft, I can’t breathe‘“ (S. 200).

Genau an dieser Stelle setzt Taylor an. Die Frage, die sie an die Bewegung richtet, klingt simpel, ist in der Praxis aber verwickelt: Wie gelangt man von einem flüchtigen Moment des Protests, in dem sich Entrüstung, Empörung, Trauer und Wut spontan entladen, zu einer langfristigen Bewegung? Taylor tut gut daran, zu betonen, dass diese Frage nicht in der Theorie, sondern immer und immer wieder in der Praxis beantwortet werden muss. Aber – und genau hier liegt Taylors wichtiger Beitrag – Theorie ist eben auch ein wichtiges und unumgängliches „Hilfsmittel“ in jedem konkreten Prozess der Selbstorganisation. Die Analyse, die Taylor zu Black Lives Matter anbietet, mag zunächst irritieren, sie ist aber goldrichtig – und lautet in ihrer Kurzform in etwa so: So sehr die jüngsten Ereignisse rassistischer Gewalt in den USA das Augenmerk auf die unübersehbaren und zutiefst gewaltvollen Konsequenzen von Rassismus lenken (Polizeigewalt bis hin zu Morden, racial profiling, überproportionale Inhaftierungsraten von Afroamerikaner*innen), so wichtig ist es, nicht bei diesen *Effekten* stehen zu bleiben, sondern nach ihren tiefer liegenden *Ursachen* zu fragen. Mit anderen Worten: Es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen, die rassistische Gewalt und Diskriminierung erst ermöglichen und – Taylor redet hier nicht lange um den heißen Brei herum – ihren Ursprung im Kapitalismus und seinen (zutiefst widersprüchlichen) ökonomischen, kulturellen und politischen „Logiken“ haben.

Dementsprechend besteht Taylor darauf, Rassismus nicht nur als kulturelle Diskriminierungsform zu fassen, sondern als eine Ideologie, die auf handfesten ökonomischen Realitäten aufsetzt – auf einer, wie Taylor sie nennt, „politischen

Ökonomie des Rassismus“ (S. 241). Es ist diese politische Ökonomie des Rassismus, die sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei – inklusive Barack Obama und Hillary Clinton – umschiffen haben, wenn sie die Gründe für Schwarze Armut stets auf kultureller Ebene (etwa in Schlagwörtern wie „Schwarzer Kultur“, „Schwarzen Familienstrukturen“ oder „Schwarzem Alltagsleben“) und damit bei den Betroffenen selbst suchten. Aber es ist auch diese politische Ökonomie des Rassismus, die wichtige Ausgangspunkte für eine Praxis der Selbstorganisation bietet, die über ganz verschiedene Diskriminierungsformen hinwegreicht. Am Beispiel von Black Lives Matter bedeutet das, dass die rassistische Unterdrückung von Schwarzen nicht in Abgrenzung *von*, sondern in Zusammenhang *mit* dem Leid gewöhnlicher Weißer verhandelt werden muss. Denn – so Taylors nachdrückliches Plädoyer – Erzählungen über die angebliche Einzigartigkeit verschiedener Unterdrückungserfahrungen

*„vertiefen die Gräben zwischen Menschen, die eigentlich ein großes Interesse daran hätten, sich zu vereinen. [...] Beispielsweise ist die Mehrheit der Menschen, die in den USA in Armut leben, weiß, doch das Gesicht amerikanischer Armut ist praktisch ausschließlich Schwarz. Natürlich sind Afroamerikaner*innen unter den Armen des Landes überrepräsentiert, aber weiße Armut zu ignorieren hilft nur dabei, die systematischen Wurzeln aller Armut zu vertuschen“ (S. 65f).*

Ähnlich auch Taylors abschließende Prognose zu Black Lives Matter: Die Bewegung muss solidarische Brücken zu breiteren antikapitalistischen Bündnissen bauen. Taylor nennt etwa den in Solidarität mit Black Lives Matter erfolgten Streik von Hafendarbeiter*innen am 1. Mai 2015 an der amerikanischen Westküste. Nur mit Antikapitalismus wird Black Lives Matter eine Chance haben, nicht durch Staat und Kapital vereinnahmt zu werden. Darin, so Taylor, besteht die eigentliche selbstorganisatorische Herausforderung für die Bewegung.

Selbstorganisation und „neue Klassenpolitik“

Taylors Verknüpfung von Klasse und „Rasse“ ist sicherlich nicht neu. Aber ihr Buch kommt (nicht zuletzt in seiner deutschen Übersetzung) zu einem Zeitpunkt, an dem das konsequente *Zusammendenken* beider Kategorien besonderen Stellenwert für linksradikale Selbstorganisation hat – ob in den USA oder in Deutschland. So lohnt es sich ungemein, ihre Analyse als Teil einer breiteren Debatte zu lesen, in der es um eine grundlegende Neuausrichtung linker Klassenpolitik geht und die nicht zuletzt von Didier Eribons Verkaufsschlager „Rückkehr nach Reims“ ([siehe Rezension in Ausgabe 41](#)) auf den Punkt gebracht wurde. Im Kern geht es um die Frage, ob die Linke in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Arbeiterklasse vernachlässigt hat und, falls ja, wie eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit dann aussehen müsste.

Die Frage kommt nicht von ungefähr. Denn mit dem sogenannten „cultural turn“ haben seit den 1970er Jahren verstärkt Theorien das Zepter linken Denkens in die Hand genommen, für die es (berechtigterweise) darum ging, den Marxismus der alten Garde (à la Haupt- und Nebenwiderspruch) und damit auch die Kernkategorie „Klasse“ in die Schranken zu weisen. Resultat: Nach und nach bildeten sich – sicherlich vereinfacht gesprochen, aber trotzdem nicht von der Hand zu weisen – zwei grobe „Lager“ heraus: marxistisch orientierte Ansätze auf der einen, intersektionale und poststrukturalistische (oft feministisch, queer oder postkolonial orientierte) Ansätze auf der anderen Seite. Was Taylors Buch vom mäßig aufschlussreichen Allerlei anderer Analysen abhebt, ist dass es diese zwei Pole selbst in Frage stellt. An ihre Stelle setzt sie das, was der cultural turn relativ „erfolgreich“ aus den Köpfen vieler Linker gespült zu haben scheint – die Systemfrage:

„Angesichts der Popularität des Sozialismus (in der einen oder anderen Auslegung) während der letzten Welle Schwarzer Rebellion, mutet es seltsam an, wie leichtfertig der Sozialismus heute als Möglichkeit, Rassismus und Schwarze Unterdrückung zu erklären, verworfen wird“ (S. 234).

Hier liefert Taylor dringend benötigte Argumente. Geduldig und mit entwaffnender analytischer Schärfe zeigt sie, dass eine erneuerte, *explizit* feministische und antirassistische Klassenpolitik Ausgangspunkt radikaler Selbstorganisation sein kann und, in letzter Instanz, auch sein muss. Die entsprechende Gegenfrage – ist es möglich, „Klasse“ stärker in den Vordergrund linksradikaler Selbstorganisation zu rücken ohne dabei reaktionären Ressentiments gegenüber den feministischen, sexualpolitischen und antirassistischen Errungenschaften seit `68 zu verfallen? – beantwortet sie mit einem nachdrücklichen (aber keineswegs unüberlegten) „Ja, natürlich!“ Bestes Beispiel: Der entschlossene Antikapitalismus der Black Panthers.

Die Idee, dass Klassenpolitik – und mit ihr Begriffe wie „Ausbeutung“, „Mehrwert“ oder eben auch „Klassenkampf“ – *zwangsweise* weiß und männlich seien und daher keinen Beitrag zur radikalen Aufdeckung und Überwindung rassistischer und anderer Ungleichheiten leisten könnten, weist Taylor entschieden zurück:

*„Keine ernstzunehmende sozialistische Strömung der letzten hundert Jahre hat je verlangt, die Kämpfe von Afroamerikaner*innen oder Latinos/Latinas beiseite zu schieben, um andere Klassenkämpfe zuerst zu führen. Diese Vorstellung beruht auf der falschen Idee, dass die Arbeiterklasse weiß und männlich und daher unfähig sei, sich den Fragen von ‚Rasse‘, ‚Klasse‘ und ‚Geschlecht‘ anzunehmen. Tatsächlich ist die amerikanische Arbeiterklasse weiblich, migrantisch, Schwarz, weiß, Latino/Latina und vieles mehr. Migration, Geschlecht und Antirassismus sind Fragen der Arbeiterklasse“ (S. 253).*

Zusammenfassend lässt sich Taylors Anliegen vielleicht am besten damit beschreiben, „Klasse“ wieder zu jenem *gemeinsamen* Ausgangspunkt zu machen, der – trotz aller vorhandenen und von staatlicher Seite aktiv geförderten Spaltungen (etwa zwischen weißen und Schwarzen Arbeiter*innen, Muslim*innen, Latinos und Latinas, LGBTQ-Personen, Indigenen, Migrant*innen, Studierenden und so weiter) – eine *radikale* (weil breitenwirksame) Selbstorganisation erst möglich macht. Bei ihr klingt das dann etwa so:

„Wenn wir vor allem die Unterschiede zwischen den Formen von Unterdrückung, die einzelne Gruppen betreffen, betonen, verlieren wir irgendwann das Verständnis dafür, dass wir aufgrund der gemeinsamen Unterdrückung auch miteinander verbunden sind. Diese Verbindung muss die Basis unserer Solidarität sein. Es gibt keinen Grund, Marginalisierung zu zelebrieren“ (S. 220).

Es sind Zeilen wie diese, die Taylors Buch so wertvoll machen und die an einen sehr schlauen – und noch dazu sehr schönen – Satz erinnern, den der marxistische Geograph Kanishka Goonewardena vor nicht allzu langer Zeit zu Papier brachte: „Man darf den Marxismus nicht den Dummköpfen überlassen; dafür ist er zu wichtig“ (Goonewardena 2015, S. 106). Ja, es braucht den Marxismus – den der schlauen, radikalen, feinfühligen Sorte; und mit ihm eine selbstorganisatorische Praxis, die die falsche Gegenüberstellung von Klasse auf der einen und „Rasse“, Geschlecht und Sexualität auf der anderen Seite strikt zurückweist. Nichts anderes bietet Taylor – von der ersten bis zur letzten Seite.

Zusätzlich verwendete Literatur

Goonewardena, Kanishka (2015): Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx. Über die Ungewöhnlichkeit der sogenannten Postkolonialisierung. *sub\urban* 3: 1, S. 103-110. Online einsehbar [hier](#).

Keeanga-Yamahtta Taylor 2017:
Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-061-0.
296 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1440>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Eine Klasse gegen sich



Christian Baron / Britta Steinwachs

Faul, Frech, Dreist

Die Diskriminierung von Arbeitslosigkeit durch BILD-Leser*innen

Die Autor_innen nehmen die Bild-Kampagne über den „Arbeitslosen Arno Dübel“ unter die Lupe und untersuchen, mit welchen Argumentationen auch die Leser_innen zu klassistischer Rede greifen.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Arno Dübel fungierte im Jahr 2010 als Figur einer *Bild*-Kampagne, die sich den Erwerbslosen zur Zielscheibe menschenverachtender Hetze aufgrund seines sozialen Status machte. Die Rede war vom „Sozialschmarotzer“, er sei „Deutschlands frechster Arbeitsloser“, der seit 36 Jahren von Sozialhilfe lebe und keinerlei Bereitschaft zeige, arbeiten zu gehen. Ergänzt wurde das Bild durch Stereotype wie ein ungepflegtes Äußeres, Zigaretten, Alkohol und *natürlich* fehlende Sozialkompetenz. Die *Bild* reproduzierte eifrig das Klischee der „Person aus der Unterschicht“. Doch damit war die Redaktion nicht allein. Das soeben erschienene Buch „Faul, Frech, Dreist“ legt den Fokus auf die Leser_innenkommentare, die auf *bild.de* Position zur dargestellten Lage Dübels beziehen.

Die hier auffindbaren Aussagen entsprechen zwar weitgehend den Paradigmen des herrschenden Unterschichtendiskurses, doch übersteigen die Anfeindungen in ihrer Vehemenz und Brutalität mancher Forderungen zum Umgang mit Erwerbslosen das „gewohnte Maß“. Es werden Forderungen ausgesprochen, die Arno Dübel gern als Obdachlosen „unter der Brücke“ oder in einem Arbeitslager sehen würden. Die Rede von jemandem, der_die von „Steuergeldern lebt“, aber „nichts zur Gemeinschaft beiträgt“, löst fortwährend ein beachtliches Getreite nach unten aus, sogar innerhalb der häufig prekär beschäftigten Arbeiter_innenklasse. Im Fokus der Studie steht, mit welchen Argumentationen Arbeitslosigkeit im Sinne der „sozialen Hängematte“ von den Leser_innen delegitimiert und gleichzeitig Ungleichheit legitimiert wird, nicht nur von den Eliten, sondern sogar von Teilen der Gesellschaft, die selbst absturzgefährdet sind.

Im Buch werden fünf Legitimationssemantiken zusammengetragen, anhand derer sich die (De)Legitimation von Sozialleistungen und die daraus resultierenden

Argumentationen für klassistische Ungleichwertigkeit aus den Leser_innenkommentaren ablesen lassen. Hierbei ist der Fall Arno Dübel schlicht als Beispiel zu werten für eine die Gesellschaft durchziehende Abwertung von Erwerbslosen.

Die Klasse im Kapitalismus

Die theoretische Folie, die die Autor_innen Christian Baron und Britta Steinwachs für die Betrachtungen der Kampagne und der Reaktionen darauf anwenden, ist die des Klassismus. Dieser ist einerseits durch Ausbeutungsverhältnisse im Produktionsprozess gegeben und verursacht andererseits, dass Menschen aufgrund ihrer prekären sozialen Lage in der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Denn im Klassismus gilt nicht die ungleiche Verteilung von Ressourcen als verantwortlich für Armut, sondern die Armen selbst werden als Problemursache identifiziert. Sie hätten sich nicht genügend angestrengt und seien demnach an ihrer Lage selbst schuld. Was dementgegen fehlt, so die Autor_innen, ist das subjektive Klassenbewusstsein, ein Gefühl der „Klasse für sich“, die sich emanzipativ und solidarisch ihrer Lage bewusst wird. Stattdessen gebe es in weiten Teilen der kapitalistisch strukturierten Gesellschaft nur eine „Klasse an sich“. Die Individuen im kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis stehen in Konkurrenz zueinander, was eine Angriffsfläche für klassistische Diskriminierung bietet, die Menschen aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Position mit den Attributen Verwahrlosung, Faulheit, Dummheit, Wert(e)losigkeit belegt.

Es wird deutlich, dass nicht allein die soziale Position ausschlaggebend für eine klassistische Diskriminierung ist, sondern diese ideologisch reproduziert wird. Armut wird auf diese Weise medial und politisch konstruiert als natürlich (weil beispielsweise Intelligenz erblich sei) und kulturell bedingt (denn „Erwerbslose sind nun mal faul“). Weiterhin zementiert wird sie durch Institutionen, wie Gesetze zur staatlichen Sozialversicherung, die klassistisch strukturiert sind. So dienen soziale Hilfen der Ausbeutung der Arbeiter_innen durch Kapitalist_innen und legitimieren außerdem das bestehende Herrschaftssystem als Schutz vor Aufständen. Doch kommt der Staat für diese Hilfen nicht selbst auf, sondern zwingt die Arbeitenden dazu, mit ihrem Lohn die Sozialabgaben zu decken. Die durch das Kapital hergestellten Notlagen müssen unter den darunter Leidenden selbst getragen werden. Hinzu kommt, dass aufgrund der spaltenden Sozialpolitik, verknüpft mit ausgrenzender Rede, zwischen würdigen (weil zum Beispiel kranken) und unwürdigen („faulen“) Bedürftigen unterschieden wird, was mitunter auch jene gegen Hilfeempfänger aufbringt, die selbst in einer prekären Lage sind, es sich aber nach eigenem Bemessen nicht in der „sozialen Hängematte gemütlich machen“, sondern sich den „Arsch aufreißen“.

In dieser Gegenüberstellung von Fleiß und Faulheit liegt der Kern der modernen

Arbeitsmarktpolitik. Der aktivierende Sozialstaat garantiert nicht mehr für das Wohl des_der Einzelnen, sondern fordert gleichzeitig Leistungen. Für Erwerbslose bedeutet dies, dass sie sich beteiligen, engagiert zeigen, dankbar sein und zur Not jede Auflage akzeptieren müssen, um aus ihrer „selbstverschuldeten“ Misere mit eigenen Kräften wieder hinaus zu gelangen. Im Falle Arno Dübels beispielsweise ein Bügelkurs. Arbeit wird hier im Sinne einer sich steigernden Ökonomisierung der Gesellschaft „ein zentrales Integrations- und Anerkennungsmedium“ (S. 32). Kommen Erwerbslose diesem Druck nicht nach, werden Sanktionen verhängt. Doch dies nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern toleriert und in weiten Teilen von der Öffentlichkeit getragen.

Legitimation von Ungleichheit

In der vorliegenden Diskursanalyse wird die Wirkung der *Bild*-Kampagne, die 37 Artikel im Jahr 2010 umfasst, auf die Leser_innenkommentare untersucht. Dass die *Bild* dabei den „Charakter“ Dübels völlig überzeichnet, dürfte klar sein, dennoch wird dabei das Bild des „typischen Erwerbslosen“ verstetigt. Seine Arbeitshaltung, sein Konsumverhalten, Emotionen, Krankheiten und „falsches Gejammer“ werden so zusammengezwängt, dass daraus eine Person entsteht, die entweder Mitleid oder Aggression bei den Kommentator_innen hervorruft. Ersteres versucht Dübel und seine Hilfebedürftigkeit zu verteidigen, letzteres erkennt ihm jede Hilfeleistung ab und fordert Sanktionen. Argumentiert wird hier beispielsweise mit dem Paradigma der Leistungsgerechtigkeit. Wenn Andere sich so abmühen, sollen Erwerbslose nicht mit Nichtstun durchkommen. Das geht soweit, dass Erwerbslosigkeit kriminalisiert wird, wenn Arno Dübel vorgeworfen wird, er hintergehe den Staat.

Ein anderes Legitimationsmuster ist das der Bedürfnisgerechtigkeit (nur wirklich Bedürftige dürfen Leistungen erhalten), Gleichheit (es sollen alle gleich behandelt werden, Dübel werde vom Amt aber bevorteilt), wohlverstandenes Eigeninteresse (man muss nur wollen) und Naturalisierung von Erwerbsarbeit (Arbeit muss sein).

Demgegenüber stehen vereinzelte Forderungen nach Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen oder die Schuldzuweisung in Richtung „oben“ (Banken, Konzerne, Politik). Doch diese die Sozialleistungen legitimierenden Argumentationen stehen den Delegitimationen zahlenmäßig weit zurück. Daraus resultiert die Meinung, dass, wenn Erwerbslose nicht den erwarteten Anforderungen entsprechen, sie auch kein Recht auf Unterstützung haben und deshalb eine klassistische Abwertung – sowohl ökonomisch als auch ideell – nicht zu kritisieren sei. Die Ideologie dafür liefert eine Melange aus Politik, Medien und Ökonomie - alle miteinander eng verzahnt – die einen erheblichen Beitrag leistet in der Schaffung solcher Stereotype.

Klassengesellschaft neoliberal

Was an den Betrachtungen bemerkenswert ist, ist, dass hier nicht nur ein Klassenkampf von oben oder aus der Mitte zu beobachten ist, sondern auch aus jenen Schichten, die selbst sehr prekär leben. Baron und Steinwachs merken an, dass ein Großteil der Gesellschaft sich selbst als Mittelschicht bezeichnet, woraus sich ablesen lässt, dass das Streben nach oben sehr dominant ist: „Die wirkungsvollste Art, die Armen unschädlich zu machen, besteht darin, daß man sie lehrt, die Reichen imitieren zu wollen.“ (Zafon, zitiert nach Baron / Steinwachs, S. 81).

Die Frustration über die Verhältnisse, die in der Arbeiter_innenklasse aufgrund des aktivierenden Drucks am höchsten ist, entlädt sich jedoch paradoxerweise an jenen, die scheinbar von der von oben aufoktroierten Norm abweichen, aus Angst, selbst dorthin abzurutschen. Anstatt den Frust gegen jene zu richten, die ihn verursachen, wird er gegen Schwächere gewendet, was als „Imitation des Habitus der Reichen“ und „Selbstgeißelung“ (S. 82) interpretiert wird. Die Chance, diese Frustration als Motor für einen Klassenkampf zu nutzen, wird durch das Versprechen des individuellen Reichtums und dem leicht zum Schuldigen ernannten Erwerbslosen, der auf Kosten der Gesellschaft lebt, vertan. So wird denn auch mitunter gefordert, den Sozialstaat abzuschaffen und Hilfeleistungen aus der Mildtätigkeit Wohlhabender zu finanzieren. Hier wird eine Huldigung der Reichen besonders deutlich. Umgekehrt wird die eigene soziale Unsicherheit durch alle Klassen hindurch nach unten hin abgewälzt und aktivierende und disziplinierende Forderungen des Arbeitsmarktes, derer Adressat_innen die Arbeiter_innenklasse eigentlich selbst ist, umso stärker von unten eingefordert. Dadurch fungiert diese selbst noch als nachdrückliche Instanz der Arbeitsmarktpolitik. Nach unten braucht es Abgrenzung, um die Chancen des Aufstiegs für sich aufrecht erhalten zu können. Denn schließlich – so die hegemoniale Meinung – ist jede_r ihres_seines Glückes Schmied und selbst schuld oder zu dumm gewesen, wenn's nicht klappt.

Das Buch liefert mit der Analyse der Leser_innenkommentare tiefe Einblicke in jene Seite der *Bild*, die jenseits der Hau-Drauf-Politik des Blattes selbst selten zum Vorschein kommt. Mit dem Instrument der Kritischen Diskursanalyse wurde ein Mittel gewählt, welches sowohl Arno Dübel nicht als Einzelfall ausgrenzender Rede markiert und außerdem der Gefahr entgeht, selbst Klassismen zu reproduzieren, da es die Aussagen in einen weiteren Kontext bettet. Doch wird der Aufbau der Studie im Mittelteil etwas statisch, da die erhobenen Daten in wissenschaftlicher Exaktheit dargelegt werden, wo eigentlich eine Konzentration auf die Analyse ausgereicht hätte. Allerdings bleibt das Buch dadurch auch sehr übersichtlich, besonders die theoretischen Schlussfolgerungen machen die partielle Langamtigkeit der vorigen Seiten wieder wett, wenn es darum geht, die Ergebnisse in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Und trotz des wissenschaftlichen Vorgehens

bleibt die Studie flüssig lesbar.

Christian Baron / Britta Steinwachs 2012:

Faul, Frech, Dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-18-8.

128 Seiten. 14,80 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Eine Klasse gegen sich. Erschienen in: Kampf um Arbeit. 17/ 2012, Die da unten. 40/ 2016, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1008>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Auf Klassenfahrt



Slave Cubela

Klasse gemacht!

Beiträge zur Aktualität der Klassentheorie

Slave Cubela zeigt sehr aufschlussreich die Aktualität von Klassentheorien in Zeiten der Krise auf.

Rezensiert von [Torsten Bewernitz](#)

Mit Aufkommen der Wirtschaftskrise seit 2007 hat neben einer zunehmenden Marx-Rezeption auch das Thema „Klasse“ wieder Konjunktur. Slave Cubelas „Klasse gemacht!“ reiht sich als eine der jüngeren Erscheinungen vordergründig vor allem in die Reihe der neuen Klassenanalysen ein, ist aber gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit dem Marx’schen Denken.

Slave Cubelas Beitrag zu den laufenden Debatten in Bezug auf eine Marxsche Klassenanalyse ist in zweierlei Hinsicht von Relevanz. Cubela wählt einen sozialhistorischen Ansatz, mit dem er sich auch von der „neuen Marx-Lektüre“ distanziert. Mit dem Bezug unter anderem auf Ansätze wie jene E.P. Thompsons und David F. Nobles will Slave Cubela die Marxsche Analyse auch für aktuelle Zeitdiagnose nutzbar machen. Cubela definiert, mit Thompson, Klasse nicht als homogenes, starres Kollektiv, sondern als ein dynamisches aus dem eigenen, auch individuellen, Tun entstehendes. Ein solcher Klasse-Begriff schützt davor, aus einer abstrakten Klasse ein historisches oder revolutionäres Subjekt zu konstruieren. Cubela warnt entsprechend vor überhöhten Ansprüchen an eine idealisierte Arbeiterklasse und zitiert dazu Sheila Cohen: „Alle, die die Arbeiterbewegung erneut in Bewegung sehen wollen, müssen dort beginnen, wo die Arbeiterklasse ist, statt dort, wo sie sie zu sehen wünschen“ (S. 112).

Stichwortgeber_innen einer aktuellen Klassendebatte

Slave Cubelas Buch besteht in weiten Teilen aus Artikeln und vor allen Dingen Rezensionen, die bereits in der Zeitung *express* oder in der, leider mittlerweile eingestellten, österreichischen *Grundrisse* erschienen sind. Neben den bereits

genannten Stichwortgebern Cubelas sind dies vor allem Beverly Silver („Forces of Labor“), die Bourdieu-Schüler Stéphane Beaud und Michel Pialoux („Die verlorene Zukunft der Arbeiter“) und Mike Davis („Planet of Slums“). Hinzuzufügen sind, auch wenn ihnen keine eigene Rezension gewidmet ist, Frances Fox Piven und Richard Cloward (deren „Aufstand der Armen“ ebenfalls dringend neu aufgelegt werden müsste).

Cubelas Darstellungen dieser, allesamt in der Tat zentralen Werke für eine sozialhistorische Betrachtung von Klassen gehen allerdings weit über reine Zusammenfassungen und Bewertungen hinaus: Er bespricht nicht nur die jeweiligen Themen, sondern macht sich vor allem auch die Ansätze der von ihm favorisierten Autor_innen für eine Gegenwartsanalyse und Einordnung aktueller Problemstellungen nutzbar. Insofern sind seine „Rezensionen“ vielmehr eigenständige Beiträge zu einer aktuellen Debatte, die lediglich im Gewand von Buchbesprechungen daherkommen. Besonders hervorzuheben ist dabei die „Meta-Rezension“ („Politik im kapitalen Überfluss“), die dankenswerterweise die „New Imperialism“-Debatte gekonnt zusammenfasst.

Allerdings, das muss gesagt werden: Auch die vier anderen Beiträge, die aktuelle Ereignisse – insbesondere die Wirtschaftskrise beziehungsweise historische Reflexionen – zum Thema haben, stehen den Buchbesprechungen in nichts nach. Cubelas Reflexionen der Klassenrealität überzeugen nicht nur, wenn er sie, im wahrsten Sinne, nach-denkt, sondern ebenso, wenn er sie vor-denkt.

Klassenanalyse zwischen religiösem Fundamentalismus...

Es sind vor allem zwei Beispiele, die aufzeigen, wie Cubela den Einsatz der klassenanalytischen Sozialgeschichte für heutige Problemstellungen nutzbar macht. Mit Mike Davis und E.P. Thompson im Gepäck findet Cubela Erklärungsansätze für die Zunahme von islamischem und christlichem (evangelikalem) Fundamentalismus. Cubela vergleicht den (spezifischen!) englischen Industrialisierungsprozess mit den gegenwärtigen Industrialisierungs-, Proletarisierungs- und Akkumulationsprozessen in Asien, Südamerika und Afrika. Sowohl im historischen Beispiel Englands wie in den aktuellen Beispielen ist eine Gleichzeitigkeit von Industrialisierung, zunehmendem Freihandel und politischer Repression zu konstatieren – Cubela spricht von einem „psychosozialen Schock der kapitalistischen Modernisierung“ (S. 170). Und so, wie Thompson den Methodismus als Folge der englischen Industrialisierung beschreibt, fragt Cubela: „Sind es etwa diese psychosozialen Erschütterungen, die [...] heute im Islamismus und Evangelikalismus neue ‚Chiliasmen der Verzweiflung‘ produzieren?“ (S. 170f.) Am Anfang emanzipatorischer Strömungen können also durchaus fanatisch-religiöse Endzeiterwartungen (Chiliasmen) stehen, die sich erst in der sozialen

Praxis, also historisch, wandeln. In seiner Reflexion des Davis'schen „Planet of Slums“ wird Cubela deutlicher:

„der einzig nachhaltige und internationale Beitrag der beiden letztgenannten Akteursgruppen [die „anmodernisierten Arbeiter“ und die „informell Beschäftigten“, Anm. T.B.] gegen die für sie bedrohliche Weltmarktkonstellation liegt in der Wiederbelebung der Religion als sozialem Widerstandspotential. Dass diese Wiederbelebung keine dauerhafte Alternative für die Zukunft des Widerstands darstellt, bedarf hoffentlich keiner weiteren Ausführung [...]. Da das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und des Besiegtseins etwa in den riesigen Slums von Gaza, Bagdad, Kairo, Karatschi oder Teheran Alltag ist, kann da die Entstehung und Dynamik des Islamismus überraschen?“ (S. 99)

Diese Zeilen sind 2007 geschrieben und würden vermutlich 2015 angesichts der Aktivitäten des so genannten „Islamischen Staats“, Boko Harams und des Pariser Anschlags in Richtung Islam skeptischer ausfallen. Dabei sind die mit religiösen Fundamentalismus verbundenen Ereignisse der vergangenen acht Jahre zwar zunehmend beunruhigend, heben die These jedoch nicht auf – Evangelikalismus und Islamismus sind nach wie vor vergleichbar. Silvia Federici hat darauf hingewiesen, dass etwa das Phänomen der Hexenverfolgung in Afrika wächst – importiert vor allem durch evangelikale Missionierung. Auch ein Blick nach Latein- und Südamerika klärt darüber auf, dass dort ein christlicher Fundamentalismus oft dieselbe Funktion – eine „Religionisierung“ sozialer Konflikte – erfüllt wie der Islamismus in Afrika und dem Nahen Osten.

Die Folgerung, dass aktuell die Religion das deutlichste Widerstandspotential ausmacht, wurde schon früher geschlossen: Die aus der RAF hervorgegangenen „Antiimperialistischen Zellen“ (AIZ) wechselten in den frühen 1990ern die Ideologie vom Leninismus zum Islamismus und waren damit wohl die ersten islamistischen Terroristen in Deutschland. Selbstverständlich meint Cubela etwas anderes und liefert einen äußerst bedenkenswerten Handlungsvorschlag:

„so schwer es auch fallen mag, so ist es gerade für die metropolitane Linke doch wichtig eine analytische Position jenseits der ideologischen Dämme des Bürgertums zu behaupten, d.h. auch wenn es problematisch scheint den religiösen Chiliasmus der Verzweiflung angesichts seiner Gewalttätigkeit und Intoleranz nicht einseitig zu verdammen, gilt es sowohl die materiellen Gründe für diesen Chiliasmus zu benennen wie auch die Rolle der Hinterhofpolitik der westlichen Demokratien bei seiner Entstehung und politischen Funktionalisierung, um dadurch die entscheidenden Bedingungen für die Überwindung dieses Chiliasmus nicht aus den Augen zu verlieren“ (S. 102 – keine Angst, solche Bandwurmsätze sind in dem Buch nicht die Regel).

... und Rechtspopulismus

Ist religiöser Fundamentalismus die eine regressive Antwort auf die Wirtschaftskrise, so ist die andere das zunehmende rechtspopulistische bis extrem rechte Denken, das sich in ganz Europa und global bedenklich verbreitet. Die deutschen Beispiele hierfür sind in erster Linie die AfD und Pegida samt den zahlreichen lokalen und regionalen Ablegern. Auch dieser Aspekt ist sozialhistorisch keineswegs einmalig und lässt sich mit einem entsprechenden Instrumentarium analysieren und verstehen.

Slave Cubela schildert dies am Beispiel der Studie „Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Über die Peugeot-Werke in Sochaux-Montbéliard“ von Stéphane Beaud und Michel Pialoux: Im Zentrum steht ein Generationenwechsel in der Fabrik in den 1990er Jahren, der, einhergehend mit den entsprechenden Umstrukturierungen von Unternehmensseite aus (Arbeitsgruppen, neue Fabrik, sinkende Aufstiegs- und steigende Abstiegschancen), auch zu einem Bruch in der Kultur des Widerstands führt: Die alten, kollektiven Formen werden abgelöst durch individuelle Formen, die sich in Anpassung und „Flucht aus der Fabrik“ (S. 43) erschöpfen. Ergebnis ist eine neue Generation, die sich von der Identität „Arbeiter“ und den Methoden der Arbeiterbewegung distanziert hat und sich zwar besser ausgebildet, aber doch mit weniger sozialen Aufstiegschancen konfrontiert sieht. Daraus folgt nicht nur eine „Krise der politischen Arbeiterschaft“ (S. 46), sondern auch eine doppelte Distanzierung (vom Establishment und von der Arbeiterherkunft). Patriotismus und Rechtspopulismus machen sich diese Leerstelle zunutze – die Zustimmung zum Front National steigt in den 1990er Jahren auf 20-25 Prozent, obwohl gleichzeitig bei Betriebsratswahlen die parteikommunistische Gewerkschaft CGT erheblich dazugewinnt.

Diese Ambivalenz beschreiben Beaud und Pialoux als spezifischen „Arbeiter-Rassismus“, der von strukturellen und konkreten historischen Entwicklungen beeinflusst ist, entstanden sowohl aus einem Misstrauen in die eigenen sozialen Umwälzungspotentiale als auch aus einer Ablehnung der „humanistischen“ Ideale einer sozialdemokratisch, ökologischen, demokratisch-sozialistischen und autonomen Linken. Letztlich also hat „nicht nur in Frankreich die Linke von ihrer Abwendung von der Arbeiterschaft mit einer sich stetig verschärfenden Marginalisierung ihrer selbst und der Herausbildung eines Bündnisses zwischen Arbeitern und konservativ-rassistischen Populisten bezahlt“ (S. 49). Das ist sicherlich höchstens ansatzweise auf AfD und Pegida übertragbar, denn soweit es überhaupt ein Wissen über die soziale Zusammensetzung dieser beiden neuen Akteure gibt, sind diese eher aus einer abstiegsverängstigten „Mittelschicht“ (zu der aber eben auch durchaus qualifizierte Arbeiter_innen gehören) rekrutiert. Die Attraktivität dieser Ansätze resultiert auch daraus, dass sich die etablierten Akteure der Parteienlandschaft und auch der Gewerkschaften in den Augen vieler

Arbeiter_innen diskreditiert haben (Stichwort „Agenda 2010“, Hartz I–IV, binnenimperialistischer Raubzug in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er Jahre, aber auch dogmatischer Weltanschauungskommunismus). Auf der anderen Seite hat auch die „akademisch-kulturelle Linke“ (S. 50) kaum noch einen Bezug mehr zur Arbeiterklasse. Diesbezüglich ist eine strategische Wende unumgänglich.

Krise von vorne und hinten

Ein Wermutstropfen bleibt abschließend zu erwähnen: Entweder Verlag oder Autor hatten es wohl etwas eilig mit der Veröffentlichung, und so wurde sich jede Überarbeitung der zwischen 2005 und 2014 geschriebenen Beiträge erspart. Das führt erstens durchaus zu der einen oder anderen Dopplung. Zweitens kann man mit Verweis auf die frühen Beiträge in puncto Entwicklung der Krisenhaftigkeit des Kapitals zwar betonen: „Wir haben es ja schon immer gewusst!“ Aber für Leser_innen in den Jahren 2014 und 2015 mutet es manchmal etwas seltsam an, von einer kommenden Krise zu lesen, in der man bereits mitten drin steckt. Trotzdem haben Cubelas ältere Analysen und Interpretationen noch genau dieselbe Argumentationskraft wie die jüngeren, hier abgedruckten Beiträge.

Slave Cubela 2014:

Klasse gemacht! Beiträge zur Aktualität der Klassentheorie.

Mandelbaum, Wien.

ISBN: 978-3-85476-634-6.

198 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Torsten Bewernitz: Auf Klassenfahrt. Erschienen in: Leben und Sterben. 35/ 2015, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1271>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Kein Ende der Klassengesellschaft



Owen Jones

Prolls

Die Dämonisierung der Arbeiterklasse

Das Buch zeigt den Klassenkampf von oben am Beispiel Großbritanniens auf und verdeutlicht die Dringlichkeit, Klassen wieder mehr ins Blickfeld zu rücken.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Als im April diesen Jahres die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher starb, kam es im Londoner Arbeiter_innenbezirk Brixton zu spontanen Freudenfesten auf den Straßen. Andere, insbesondere das Establishment, waren bestürzt über den Tod einer in ihren Augen zwar umstrittenen, aber letztlich großen, gar revolutionären Politikerin. Die Bewertung der Lebensleistung Thatchers in den Tagen nach deren Tod legen Zeugnis von der Spaltung der britischen Gesellschaft ab. Der Journalist Owen Jones beschreibt die britischen Zustände der „Dämonisierung der Arbeiterklasse“ in seinem Buch „Prolls“, das in England für einiges Aufsehen gesorgt hat. Darin zeigt er ohne Umschweife die Interessen hinter der tief verankerten Verachtung gegenüber den Arbeiter_innen auf, die das Erbe einer traditionellen Klientelpolitik der Oberschicht ist und insbesondere durch Thatcher in den 1980er Jahren angeheizt wurde. Die Abscheu gegenüber der Arbeiter_innenklasse ist zwar in Großbritannien besonders stark ausgeprägt, aber sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der in Deutschland.

„Prolls“ und „Neue Unterschicht“

Jones führt unzählige Beispiele der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse an. So wirbt ein Fitnessstudio für Kurse zur „Proll-Bekämpfung“ und ein Reiseveranstalter garantiert für „prollfreie Aktivurlaube“. Der Autor verfällt bei der Darstellung von solchen Exempeln nicht der beliebten Deutung, bei der „Proll“-Schelte handle es sich schlicht um ein Vorurteil oder eine Modeerscheinung. Die Abwertungen der Arbeiter_innenklasse ist nichts weniger als Produkt eines Klassenkampfes von oben. Besonders aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist das Kapitel „Klassenkämpfer“, in dem es vor allem um die konservative Partei, die Tories, und

den Umbau der Gesellschaft durch Thatcher geht. Dafür entlockte Jones einem führenden Tory-Politiker des gemäßigten Flügels die Aussage, dass die konservative Partei seit jeher ein Zusammenschluss privilegierter Interessen sei. Die Partei „ist vor allem dazu da, diese Privilegien zu verteidigen. Wahlen gewinnt sie, indem sie anderen Leute gerade genug zugesteht“, fuhr der Politiker fort (S. 70). Unter Thatcher gelang es den Konservativen die Gewerkschaften, an vorderster Stelle die gut organisierten Bergarbeiter_innen, durchschlagend zu schwächen und die verschiedenen Milieus der Arbeiter_innenklasse gegeneinander auszuspielen. Die am meisten von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen wurden für ihre soziale Situation verantwortlich gemacht, sie seien dumm, faul, stumpf, intolerant und verroht.

Was in Großbritannien schon in den 1980ern gepflegt wurde, trat in Deutschland insbesondere Anfang der 2000er Jahre auf die mediale Bühne. Ein Schlüsselwerk der Debatte um die „Neue Unterschicht“ ist hierzulande das Buch „Generation Reform“ des konservativen Philosophen Paul Nolte, der den Begriff der „Unterschicht“ als Schimpfwort aus soziologischen Fachdebatten adaptierte. Nolte forderte die „Unterschicht“ auf, sich an einer „bürgerlichen Leitkultur“ (Nolte 2004, S. 73) zu orientieren, denn es gehe um ihre „Integration in die Mehrheitsgesellschaft“ und die „Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder“ (ebd., S. 69). Die „Unterschicht“ wird zur eigenen abgeschlossenen – minderwertigen – Kultur mit eigenen Codes und Geschmäckern stilisiert. Seitdem wird verstärkt das Bild des faulen, leistungsunwilligen Arbeitslosen bedient, das Christian Baron und Britta Steinwachs jüngst in ihrer Arbeit „Faul, Frech, Dreist“ ([#17](http://kritisch-lesen.de)) sehr überzeugend analysiert haben. Auch der aktuelle Erfolg des ([ebenfalls in dieser Ausgabe rezensierten](#)) Buches „Schantall, tu ma die Omma winken!“ von Kai Twilfer verdeutlicht einmal mehr die Konjunktur der Verachtung der „Unterschicht“ in Deutschland.

„New Labour“ und SPD

Jones richtet seine Kritik keineswegs nur an Medien und Tories, sondern widmet sich ebenfalls ausführlich der Rolle von New Labour. Tony Blair und Co. verordneten mit Verweis auf das Leistungsprinzip einen Marsch der Arbeiter_innenklasse in die Mittelschicht und wendeten sich von denen ab, die auf der Strecke blieben. Damit entfernte sich Labour noch weiter von der Arbeiter_innenklasse. Rhetorische Basis für die Abwendung ist das allgegenwärtige Mantra vom Ende der Klassengesellschaft. Diese gebe es nicht mehr in der Dienstleistungsgesellschaft, übrig blieben nur noch eine klitzekleine Oberschicht, eine abgehängte „Unterschicht“ und eine riesige Mittelschicht. Jones nimmt diese Ideologie geschickt auseinander und verdeutlicht überzeugend die Überschneidung zwischen denjenigen, die heute etwa in Callcentern ausgebeutet werden, und der

traditionellen Arbeiter_innenklasse:

„Die neue Arbeiterschicht hat mit der alten eines gemeinsam: Sie besteht aus jenen, die für andere arbeiten und über ihre Arbeit keine Kontrolle haben. Die neuen Jobs sind weniger schmutzig und brauchen weniger Muskelkraft. Schnell tippen zu können ist wichtiger, als viel tragen zu können. Jobs in Büros, Geschäften und Callcentern sind oft schlecht bezahlt und langfristig nicht sicher. Schon vor der Rezession stagnierten die Löhne oder sanken sogar. Millionen Arbeitnehmer wechseln immer häufiger den Job. Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühle sind ebenso verschwunden wie der Stolz auf gute Arbeit. Die Arbeitsbedingungen besonders der weitgehend rechtlosen Zeitarbeiter sind oft schlecht. Große Teile der Arbeitnehmerschaft sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Gewerkschaften haben immer weniger Einfluss.“ (S. 199)

Alles in allem hat Labour die letztgenannte Tendenz mit beeinflusst, indem sie den Kurs Thatchers weiterführte. In Deutschland hat die Sozialdemokratie eine ähnliche Verantwortung – vielleicht sogar eine noch größere, da eine von den Sozialdemokrat_innen geführte Bundesregierung ausschlaggebende Veränderungen sogar wesentlich vorantrieb. Zwar wurde in der Bundesrepublik bereits im Jahr 1982 die sozialliberale Koalition durch einen neoliberalen Vorstoß von Graf Lambsdorff gestürzt, dennoch wurden erst 16 Jahre später – und somit nach der Kohl-Ära – durch Rot-Grün weitreichende Maßnahmen zur Verschärfung neoliberaler oder neosozialer Politik vorangetrieben. Im August 2002 übergab Peter Hartz dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder die Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. Mittlerweile ist die rot-grüne Agenda 2010 umgesetzt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und der Niedriglohnsektor massiv ausgebaut worden. Das ging zumeist auf Kosten von geringqualifizierten Arbeiter_innen, Angestellten und Sozialleistungsabhängigen, deren Bild in der Öffentlichkeit sich seitdem stets verschlechtert hat.

„Multikulturalismus“ und „Integration“

Es ließen sich noch weitere Ähnlichkeiten zwischen dem britischen und dem deutschen Kontext finden, allerdings lassen sich auch Unterschiede herausstellen. Erstaunlich dünn ist das Buch an Stellen, in denen es um die Überschneidung zu Rassismus geht. Zwar stellt Jones im Vorwort zur zweiten Auflage klar, dass Rassismus eine spezifische Form der Unterdrückung und der Ausbeutung ist (S. 15), dennoch wird dieses Thema kaum noch aufgegriffen. Das kann daran liegen, dass der Autor die Reichweite des Rassismus vernachlässigt. Näher liegt aber, dass sich hier der Kontext zumindest teilweise unterscheidet. Darauf deutet die Einschätzung von Sibille Merz hin, die in einem Aufsatz des gerade erschienenen Sammelbandes „Nation – Ausgrenzung – Krise“ den Zusammenhang von Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien analysierte. Laut Merz hielten längst totgeglaubte

Rassismen wieder verstärkt Einzug in Debatten, zugleich bedient „sich die diskursive Produktion der Unterschicht, im Gegensatz zur Diskussion in Deutschland, erstaunlich wenig ethnischer Konstruktionen“ (Merz 2013, S. 146).

Die „Ethnisierung der Unterschicht“ in Deutschland wird keinesfalls nur von Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky betrieben. Vielmehr zeigt sich, dass es vor allem die „liberalen“ Kritiker_innen an Sarrazin und Co. sind, die zunehmend im Integrationsdiskurs dominieren und gewissermaßen als Entgegnung auf biologistischen und kulturalistischen Rassismus die Kategorie der vermeintlich neutralen Leistung hervorheben. Leistungswilligkeit fällt im deutschen Integrationsdiskurs mit Integrationswilligkeit zunehmend zusammen und führt im Effekt zur Einteilung zwischen „Musterbeispielen gelungener Integration“ und „Integrationsverweigerern“ (Friedrich/Schultes 2011). Der Erfolg der als „integriert“ Begriffenen bildet den Beweis dafür, dass man „es“ eben doch schaffen kann, wenn man sich richtig anstrengt – gleichzeitig werden „Musterbeispiele gelungener Integration“ zu Ausnahmen stilisiert. Existierender Rassismus als Faktor für nationale und internationale Arbeitsteilung wird in dieser Weise verschleiert. Mehr noch: Bei der von der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse bekannten Deutung, Menschen befänden sich aufgrund selbstverschuldeter Leistungsverweigerung in Armut, entfällt struktureller Rassismus (etwa am Arbeitsmarkt) als Begründung für die Positionen vieler (Post-)Migrantinnen am unteren Ende sozialer Rangskalen. In herrschender Logik wird die Existenz einer „migrantischen Unterschicht“ auf eine vermeintliche „Kultur der Leistungsverweigerung“ oder „Leistungsunfähigkeit“ zurückgeführt. Diese Kultur kann dann je nach Façon wieder auf Gene, Religionen, „Rassen“ oder „Kulturkreise“ zurückgeführt werden. Zumindest im deutschen Kontext wird Armut und soziale Marginalisierung also verstärkt auf die Herkunft zurückgeführt.

Klassen und Kämpfe

Ausgesprochen überzeugend ist „Prolls“ an jenen Stellen, an denen die Hintergründe für das negative Bild beschrieben werden. Dabei bleibt Jones nicht auf der Ebene der Skandalisierung, sondern er lässt in einfühlsamen Reportagen die Betroffenen zu Wort kommen und bietet somit eine andere Realität an. Dabei geht es ihm nicht darum, den alten Zeiten hinterher zu trauern, in denen Arbeiter_innen noch einen höheren Stellenwert hatten und das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ausgeglichener schien. Vielmehr möchte er die Klassenthematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, weshalb er sich mit theoretischen Ausführungen weitgehend zurückhält. Das ist keinesfalls eine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke des Buches: Es ist verständlich, auch für Menschen, die mit der akademischen Sprache nicht bestens vertraut sind. Dass es Jones nicht einfach nur um soziale Anerkennung der ausgebeuteten Klassen geht, wie es häufig in liberalen

Diversity- und Gleichstellungs-Diskursen der Fall ist, ist umso erfreulicher. Unmissverständlich heißt es dazu am Ende der ausführlichen und aufschlussreichen Einleitung:

„Vor allem geht es mir nicht darum, einfach einen Einstellungswandel zu fordern. Klassenhass gibt es nur in einer gespaltenen Gesellschaft. Letztendlich müssen wir nicht gegen Vorurteile kämpfen, sondern gegen das, was sie ermöglicht.“ (S. 42)

Der Kampf gegen das, was den Klassenhass und somit auch die Klassengesellschaft ermöglicht, setzt eine Beschäftigung mit Klassenverhältnissen voraus, die gerade auch innerhalb der Linken in Deutschland intensiviert werden sollte. Selbst in betont „emanzipatorischen“, meist akademischen Kreisen wird sich allzu gern über „Prolls“ und die „Unterschicht“ lustig gemacht und die soziale Marginalisierung der Arbeiter_innenklasse ausgeblendet. Owen Jones liefert Ansätze, um das Schweigen über die Verhältnisse zu durchbrechen und wieder eine gemeinsame Sprache zu finden – und vor allem eines zu erkennen: Das entscheidende Mittel für die Mächtigeren im Klassenkampf ist es, den Klassenkampf zu leugnen. Das gilt nicht nur in Großbritannien und in Deutschland.

Zusätzlich verwendete Literatur

Baron, Christian / Steinwachs, Britta (2012): Faul, Frech, Deist. Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen. Edition Assemblage, Münster.

Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah (2011): Von „Musterbeispielen“ und „Integrationsverweigerern“. Repräsentationen von Migrant_innen in der „Sarrazindebatte“. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Edition Assemblage, Münster. S. 77-95.

Merz, Sibille (2013): Zwischen „Big Society“ und „Aspiration Nation“. Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien. In: Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.): Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa. Edition Assemblage, Münster. S. 139-150.

Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. C.H. Beck, München.

Owen Jones 2012:

Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse.

Verlag André Thiele, Mainz.

ISBN: 978-3-940884-79-4.

320 Seiten. 18,90 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Kein Ende der Klassengesellschaft. Erschienen in: Gesellschaft im Neoliberalismus. 29/ 2013, Die da unten. 40/ 2016, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1135>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Geschichte in der ersten Person



Didier Eribon
Gesellschaft als Urteil
Klassen, Identitäten, Wege

Eribon möchte seine Erfahrungen mit großen Theorien in Dialog bringen – und bleibt doch völlig auf sich bezogen.

Rezensiert von [Kornelia Hauser](#)

Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ ([kritisch-lesen.de #41](#)) ist ein Buch, das den – ganz im Sinne von Sartre – Entwurf und seine Verfolgung eines Jugendlichen gegen seine Klasse, ein Anderer zu werden, skizzierte. Es erkundete die Bedingungen, beschrieb die Verhältnisse dieser Abstoßung und suchte nach verallgemeinerbaren Schlüssen für eine linke Politik, die die Interessen und Befindlichkeiten der verlassenen „populären Klassen“ aufnimmt. Eine Mahnung besteht darin, die Identitätspolitik seit den 80er Jahren nicht gegen eine Klassenpolitik auszuspielen und anders herum. Das Nachfolge-Buch Eribons vertieft diese Zusammenhänge nicht, vielmehr wird das schon Entfaltete vorausgesetzt und die Verpersönlichung weiter verfolgt. Zentral ist – erneut – die Kategorie „Scham“ (aus der sich sein Begriff der „Hontoanalyse“ ableitet), fast immer verbunden mit Angst, die nicht überwunden werden kann.

„Meine Befunde erlangen ihren Sinn, wenn sie mit literarischen und theoretischen Texten in Resonanz treten“ (S. 11). In den Begriffen von Bourdieu beschäftigt ihn die generationelle Verstetigung des Klassenhabitus in einem Milieu, das interessiert an diesem Vererbungsprozess sei. Nur so „können Trägheit und Wiederholung über den Wandel, die Evolution, die Abweichung obsiegen“ (S. 31). Leichtfertig sind die Seiten von Stillstand und Progress verteilt. Sie werden plausibel, indem sie bloß behauptet und nicht untersucht werden und führen zu Konklusionen, die die Notwendigkeit des Bruchs mit der eigenen sozialen Klasse, mit der Abwendung von ihr nahelegen, will man mit Nietzsche „der werden, der man ist“ (S. 33). Der Text wird durchzogen von Reflexionen über die Angst, erwischt zu werden in dem was man war und nicht geworden ist. Lange Passagen erklären, warum er seinen Vater auf dem Foto, das auf dem französischen (und später auch deutschen) Einband von „Rückkehr nach Reims“ zu sehen ist, ausschnitt und nur sich als Junge auf dem Bild

akzeptieren konnte. Er fürchtete, „dass die Jahre der Arbeit an mir selbst, in denen ich diesen Abstand, diese Kluft überhaupt erst hatte herstellen können, dass das Verwischen aller Spuren zu meinem Heute ruiniert werden würde“ (S. 35). Diese Furcht wird nachvollziehbar in seiner Überraschung, das „scared gay kid“ (S. 47) geblieben zu sein: der Entdeckung des Andersseins folgt seine Organisierung, die „freudige Hoffnung“, doch dann wird die neue Identität als „Schamvolles“, „das nur im Zeichen der Angst gelebt werden kann“ (S. 47) zusammengefasst als Verdunkelung.

Machen oder gemacht werden?

Seinen großen Lehrer Bourdieu, den er zu ergänzen, zu übertreffen sucht („Ich hatte *Die Rückkehr nach Reims* als Nachfolgebuch zu *Die feinen Unterschiede* konzipiert“ (S. 60, Herv. i. O.)), mit dem er jahrelang fast täglich sprach, kritisiert er – methodisch interessant – ob seiner falschen Einfühlung in den sexistischen, homophoben Widerstand arabischer Jungen in Bourdieus „Das Elend der Welt“. Der heterosexuelle Bourdieu konnte sich die Angst, die der schwule Eribon vor dieser Gewalt hatte, nicht vorstellen.

Er kritisiert, wie sehr die Mittel der Befreiung auch Mittel der Herrschaft sind, wenn er in der Kultur (vor allem im Herrschaftssystem Schule) „die Gewalt einer Trennung“ (S. 117) erkennt, die soziale Klassen voneinander scheidet und in ihrer Verführung, sie wollen zu wollen, einen Reproduktionsmechanismus ausmacht. Er übernimmt den Kultur- und Bildungsbegriff, wie er herumliegt: Kultur als Mittel, als Objekt, das jemand haben kann oder nicht. Nicht selten belehrt er Autor_innen von literarischen Texten. Die von ihm so verehrte Annie Ernaux, die ein ähnliches Biografieprojekt verfolgt, ist entweder bloß Stichwortgeberin (zum Beispiel um über die eigenen Großmütter nachzudenken). Häufiger aber noch „weiß“ er etwas besser als die Autorin und korrigiert die Ältere höflich: „Wahrscheinlicher scheint mir, dass die Begegnung mit Simone de Beauvoirs Schriften ein Schlüsselmoment auf dem von Annie Ernaux beschrittenen Weg darstellte, der sie von ihrer Mutter und ihrem sozialen Milieu immer weiter entfernen sollte“ (S. 111). Nicht nur deshalb sollte das Buch „Die Jahre“ von Ernaux unbedingt parallel zu Eribon gelesen werden. Sie findet für das „Gemachtwordensein“ eine Sprache, die die geschichtlichen Ereignisse an ihr entfalten lässt und so radikal verwoben persönlich und historisch zugleich wirkt. Eribon hingegen schreibt sich in der ersten Person als Bedingter in passivischem Stil: ein gelesenes Buch „verwandelt [...] die Wahrnehmung des Selbst und der Welt“ (S. 107), man kann vom „Appell dieser Texte transformiert“ (S. 112) werden, Sartre und Beauvoir haben ihn „befreit“ (S. 126), man landet auf Partys, „[i]ch bin ein Produkt der Massenuniversität“ (S. 196). Diese Sprache ist befremdlich für jemanden, der – nicht selten pathetisch – Arbeit an sich leistet, kämpft, leidet und so weiter. Und sich dann doch zum Objekt

gesellschaftlicher Bedingungen macht. Die passivische Schreibweise *demonstriert* ein Opfer-Sein, es unterschlägt die Handlungen des Opfers.

So klug und doch so einfach

Treten die angeführten Texte nun in Resonanz? Er führt sie ein, Bourdieu, Ernaux, Richard Hoggart, Paul Nizan, Levi-Strauss, Michel Foucault, deutet an, dass sie ihn stark, sehr stark oder auch nur überhaupt änderten, ihm nahe sind und spricht dann über sie, übt unterschiedliche Modi von Kritik, die ihn fast immer in der Position des Wahrnehmungsstärkeren, Erfahrungsreicherer, letztlich Reflektierteren erscheinen lassen. Die Resonanzen sind unterstellte und würden wohl auch eher durch Lesende hergestellt.

Die Auseinandersetzung mit den Autor_innen löst kein Problem, bringt ihn aber näher an eine Herkunftsbestimmung, die nicht nur von Scham und Entdeckungsangst durchzogen ist: „Meine Genealogie ist die Genealogie der Unterdrückten“ (S. 167). Wäre die Rückkehr dann nicht mehr als diese Abstraktion, für deren Untersuchung er wenig bereitstellt und die Abstraktion wiederum Resultat seiner Herkunft? Seitenweise diskutiert er das Privileg herrschender Klassen, ihre Generationenabfolge über Jahrhunderte zurückverfolgen zu können. „Ich hingegen weiß nicht, was meine Vorfahren während der Französischen Revolution [...] gemacht haben“ (S. 166f.). Die Herrschenden spiegeln sich in ihrem Eigentum und in der Kunst als Individualsubjekte und die Beherrschten benötigen ein Kollektiv-Subjekt, um überhaupt zurückblicken zu können? Eribon weiß so viel und dann wieder zu wenig, um den Beraubten widersprüchlich abbilden zu können.

Eribon überrascht – er ist Mitte 60 – mit einer naiven Bildungsfreude, ja einem Stolz, wenn er zum Beispiel die Namen von Malern aus dem Ärmel schüttelt, deren Bilder eventuell sein Cover hätten abgeben können – „Schwindelgefühl der Überlegenheit“, „Glück einer Distinktion“ (S. 117). Die Verschmelzung von Ausstieg (aus dem Herkunftsmilieu) und „Bildung“ mit sozialem Aufstieg, mit Karriere als der gesellschaftlichen Entlohnung liest sich, obwohl all dies vor 45 Jahren begann, wie das heutige neoliberale „Bildungs“versprechen. Was im Titel anklingt wird bewahrheitet: Die Gesellschaft urteilt über Ausschluss und Einschluss und in den Spielräumen für das Individuum bleiben in beiden Prozessen Probleme der Anpassung. Fast alle „Bildung“, die Eribon sich anlas, wird als Befreiung von und Beschäftigung mit der eigenen Herkunft und dem Anderssein gesetzt. Dieses „für mich“ bleibt häufig kaum theoretisch vermittelt und ist im Resultat fast immer unmittelbar („Die feinen Unterschiede“ lassen ihn Marx „verlassen“, Foucault bekämpft seine Scham und so weiter).

Diese Spurensuche kann noch lange weitergehen. Sie ist nicht immer interessant für

die Nach-Lesenden.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Universitäts-Verlag, Konstanz.

Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Suhrkamp, Berlin.

Ernaux, Annie (2017): Die Jahre. Aus dem Französischen von Sonja Finck.

Bibliothek Suhrkamp, Berlin.

Nietzsche, Friedrich (1988): Kritische Studienausgabe Bd. 3 (hrsg.: Giorgio Colli u.azzino Montinari) dtv/de Gruyter, Berlin/New York.

Didier Eribon 2017:

Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege.

Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 3518073303.

264 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Kornelia Hauser: Geschichte in der ersten Person. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1478>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Klassik für alle



Berthold Seliger

Klassikkampf

Ernste Musik, Bildung und Kultur für alle

Klassische Musik und linke Politik mögen auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Rezensiert von [Kevin Grünstein](#)

„Tradition“, soll Gustav Mahler einmal gesagt haben, „ist Bewahrung des Feuers und nicht Anbetung der Asche“. Diesem Motto dürfte sich der Musikagent Berthold Seliger verpflichtet haben. Mit seinem neuen Buch blickt er erfrischend dialektisch auf klassische Musik im 21. Jahrhundert. „Klassikkampf. Ernste Musik, Bildung und Kultur für alle“ ist dabei vor allem eines: inspirierend.

Genrefremden macht Seliger den Einstieg nicht erst durch seine unpräzise Sprache so einfach wie nur irgend möglich. Jedes Musikstück, das auf den kommenden 453 Seiten Erwähnung finden wird, hat er mit einem (meistens funktionierenden) Youtube-Link versehen und parallel zum Buch hat Seliger eine „Klassikkampf“-Playlist auf Spotify zusammengestellt, „in der die Werke (soweit verfügbar) in der Reihenfolge zu hören sind, in der sie im Text vorkommen“. Der Buchtitel ist damit Programm: „Bildung und Kultur für alle“ wird durch die barrierefreie Hörbarkeit zum performativen Akt. Seligers Verlinkungen senken die Einstiegshürden in etwas so (vermeintlich) Elitäres und Forderndes wie ernste Musik enorm. Denn Revolution und klassische – Seliger nennt sie durchweg „ernste“ – Musik wieder zu verbinden, um Musik als Trägerin revolutionärer Ideen an die Menschen zu bringen, ist zentrales Anliegen und das Argument des Buches.

Klassik als Ware

Seliger brandmarkt die gegenwärtigen Institutionen klassischer Musik als „zum Ritual erstarrt, verflacht und elitär“. Schon lange sei klassische Musik nur noch Teil bürgerlicher Distinktion und Imagepflege (etwa der Automobilkonzerne und Banken, die Opern, Philharmonien und Festspiele sponsern und ausrichten). Das erste große Kapitel von vieren ist eine einzige tour de force durch den

Musikbetrieb: Vom elitären „Silbermeer“ grauhaariger, aber immer nur das Gleiche verlangender Operngänger_innen über die sich stromlinienförmig auf Karriere trimmenden Geiger_innen und Dirigenten (gelernte Dirigentinnen stoßen immer noch an eine gläserne Karrieredecke) bis hin zu den Betreibenden und Sponsor_innen der großen Spielhäuser werden für „Klassikkampf“ alle Verstrickungen mit den falschen Verhältnissen ans Licht gebracht. Der Blick auf die Klassikbranche ist mit Seligers Augen ein Blick in die kapitalistische Sphäre; Klassik als Ware, Musizieren als Arbeitskraft und Interpret_in-Sein als Warenform: „Die Marketingaktivitäten der Klassikindustrie haben alles zum Produkt gemacht. Sie machen Interpreten zu Interpreten-Darstellern“ (S. 99).

Herrlich originelle Statistiken und Seligers Insider-Branchenwissen verhindern dabei zu jeder Zeit, dass seine musikkritische Argumentation zu einem Gemeinplatz linken Denkens wird: der schon in tausend Varianten gelesenen und auch von Seliger vorausgesetzten Kritik an „der Kulturindustrie“. Der Autor wertet nicht nur aus, welche Großkonzerne welche Philharmonien zu welchen Teilen bezahlt haben (und wie viel mehr jedes Mal die Bürger_innen einer Stadt beigesteuert haben, nur um durch überhöhte Eintrittspreise doch den Zugang faktisch verwehrt zu bekommen). Ebenso beleuchtet er, welche „immergleichen Stücke, nämlich *Peter und der Wolf* von Prokofjew [...], *The Simple Symphony* von Britten [...], Orffs *Carmina Burana* [...] sowie Werke von Sibelius [...] und Gema-Ahnherr Richard Strauss [ja, DIE Gema, die Geschichte dahinter ist gruselig, Anm. K.G.]“ (S. 58) deutschlandweit gespielt werden.

Er widmet sich auch dem „allgegenwärtigen und ausgeprägten Sexismus“ der Klassikbranche (S. 94), wenn er etwa aufzeigt, wie oft und viel Haut Geigerinnen zeigen (und zeigen müssen), um ihre leider ebenso oberflächlichen Interpretationen per sexy Plattencover an die erregte Kundschaft zu bringen. Er zeigt, wie sich Programmlänge und -aufbau der Sinfoniekonzerte in Deutschland im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte verkürzt und verflacht haben; und anhand der wiederkehrenden Auswahl der Stücke toter weißer deutscher Komponisten für Konzertprogramme und CD-Compilations geißelt er den patriarchalen Eurozentrismus des Klassikbetriebs.

Bei ihm kommen kritische Stimmen wie die von Patricia Kopatchinskaja oder Carolin Widmann zu Wort und die verstorbenen „Dissidenten der Kulturindustrie“ (S. 108), wie Friedrich Gulda, Beethoven, Mahler oder auch Lou Reed (denn nicht nur „klassische“ Musik nimmt Seliger „ernst“), beschreibt er mit inspirierender Lebendigkeit:

„Was Benedetti Michelangeli, Gulda, Carlos Kleiber und Patricia Kopatchinskaja bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam haben, ist ihr unbedingter Respekt gegenüber den Werken, die sie spielen, die Radikalität ihrer Interpretationen, bei denen es ihnen ums Ganze geht (genauso, wie sie selbst jedes Mal aufs Ganze gehen) und das Angewidertsein vom Betrieb“ (S. 143).

Konsequent dialektisch

Die Lektüre wird über die originellen Zahlen und den Vielklang an klassischer Musik über die Zeiten und Europa hinweg aber erst wirklich stark, weil Seliger zumeist konsequent dialektisch denkt. Die Kritik an der Klassik erhärtet er nämlich stets durch die Kritik der Klassik. Den status quo torpediert er vor allem mit sich selbst, mit der Subversion und den emanzipativen Versprechen, für die ernste Musik einmal eintrat, jederzeit eintreten könnte und zukünftig eintreten sollte:

„Ernste Musik will kein Bestseller werden. Ihr ist die Widerständigkeit und das Utopische eingebrannt, also das, was die Menschen suchen, mitunter auch, ohne es zu wissen, das ihnen aber die Produkte der Kulturindustrie niemals geben können“ (S. 218).

Seliger hält am künstlerischen Wert ernster Musik fest; angelehnt an Adornos Kunstbegriff zeigt er durchweg argumentstark auf, dass ernster Musik ein Moment des Nicht-Identischen, des Unversöhnlichen mit den gegebenen Verhältnissen innewohnt, und dass diese Klang-Erfahrung prägend für jedermann und jederfrau sein kann.

Im dritten Kapitel kommt er auf die erzieherischen Bedingungen zu sprechen, die es uns ermöglichen, ernste Musik zu erfahren. Hierfür betrachtet er sich ebenso dialektisch das Bildungswesen; einmal als klassenreproduzierende Struktur für Unter- und Oberschichten, im gleichen Atemzug aber auch als potenziellen Ermöglichungsort für diese ersten und kritischen Erfahrungen mit ernster Musik. Gerade in Zusammenhang mit dem vorher entwickelten Plädoyer für ernste Musik bekommt man eine Ahnung, was es heißt, eine_n mit Leidenschaft und Wissen lehrende_n Musiklehrer_in zu haben, wie ihn zum Beispiel Carolin Emcke gehabt haben muss und wie sie ihren Herrn Kossarinsky respektvoll im Buch „Wie wir begehren“ beschreibt. Musik-Erfahrungen, wie sie Emcke autobiografisch aufrollt, erfahren durch Seliger ihre theoretisierte Blaupause.

Die Grenze zwischen Unterhaltungsmusik und ernster Musik

Dass Seligers „Klassikkampf“ auf der Theorie-Ebene aber nicht über Gutes und

Bekanntes hinausgeht, zeigt nicht erst das Kapitel über Bildung. Adorno und Horkheimer, Benjamin, Rancière und Badiou finden sinnvollen Eingang in Seligers Argumentstruktur, über sie geht er jedoch zu keinem Zeitpunkt hinaus. Sie sind die Stichwortgeber jener Thesen, die man als gegeben annehmen muss: „Neoliberalismus“, „Kulturindustrie“ und „Bourgeoisie“ muss als Vokabeln annehmen, wer dem Gedankengang des Buches folgen will. Das ist nicht schlimm, die meisten der Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte alten Begriffe drängen sich in der Betrachtung des Klassikbetriebs geradezu auf. Doch manchmal wird's dann doch etwas holprig, wenn Seliger begriffliche Stärke für polemische Zuspitzung fallen lässt, um von einer „outer class“ zu schreiben, einer prekarisierten Gesellschaftsgruppe, die nur bei (s)einem engen (aber legitimen) Kultur- und Politikverständnis „außerhalb der Gesellschaft“ (S. 344) sein kann. In Hinblick auf die Teilhabe an kulturellem Kapital versteht man hier zumindest intuitiv, auf was Seliger hinaus will und warum der Begriff als Kampfbegriff wichtig ist. Schade um die lange Argumentation wird es, wenn Seliger die Unterscheidung von U(nterhaltungs)- und E(rnster) Musik erkenntnis- und speziell musiktheoretisch nicht aufrechterhalten kann und will. Allein aus strategischen Gründen plädiert er aber doch für die Trennung:

„Wer hat Interesse an der ‚Überwindung‘ der Grenze zwischen E- und U-Musik? Also an der Gleichmacherei aller Musik [...]? Wer hat Interesse an der Dominanz der Unterhaltungsmusik und einer Eventkultur, die ausschließlich unter dem Aspekt ihrer Konsumierbarkeit betrieben wird?“ (S. 209)

Es mag stimmen, dass ernste Musik, wenn sie als juristisch-ökonomische Kategorie aufhörte zu existieren, es wesentlich schwerer hätte, staatlich gefördert und gehört zu werden. Aber der simple Backlash lässt Lesende reichlich unbefriedigt zurück. Verwöhnt vom Einfallsreichtum der ersten Buchhälfte erwartet man sich eine gewitztere Lösung des bekannten U- und E-Problems als diese unsinnige Gegenüberstellung praktisch aufrechtzuerhalten. Theoretisch wirklich arg wird es dann, wenn Seliger von „Neofeudalismus“ schreibt, ohne neue Feudalherren auszumachen. Für Seliger war der neue Feudalismus bereits erreicht, als die Musik sich statt dem Adel dem Markt unterwarf. Was Neofeudalismus dann von Kapitalismus oder Neoliberalismus begrifflich unterscheiden soll, bleibt völlig unklar.

Klassik und Bildung

Auch Seligers Kritik am deutschen Bildungswesen sinkt notwendig ab im Vergleich zum hervorragend recherchierten und zusammengetragenen Kampf gegen den Klassikbetrieb in der ersten Buchhälfte. Sein Beispiel über Lobbyismus durch Schulmaterial, die von Konzernen wie Apple oder Amazon bereitgestellt werden, ist zwar immer noch wichtig, die augenöffnenden Momente lichten sich im

Bildungskapitel jedoch. Wenn Seliger dann zu einem Forderungskatalog ausholt, um die Geisteswissenschaften an Schule und Universität zu rehabilitieren, wirken diese elf Punkte zumeist gleichermaßen idealistisch-altbekannt und blass.

Nur an manchen Stellen schafft Seliger es – dann aber sehr einleuchtend – Bildung und ernste Musik konkret zu verzahnen: Es bleibt nicht bei einer so abstrakten wie längst gehörten Forderung nach neu geregelten Eintrittspreisen für jugendliche Besucher_innen klassischer Konzerte. Nein, das Beispiel des „Cleveland Orchestras“ zeige, wie deren neue Ticketstruktur erfolgreich junges Publikum anziehen konnte. Oder später das Beispiel des venezolanischen Musikförderprogramms „El Sistema“! Seit 1975 leistet „El Sistema“ integrative Sozialarbeit, indem es Kinder- und Jugendorchester in stark benachteiligten Regionen des Landes aufbaut, um Kinder kostenlos mit Unterricht und Instrumenten zu versorgen.

Spätestens an diesen Beispielen zeigt sich, dass sich all die „klassischen“ linken Kampf-Themen in jeder gesellschaftlichen Sphäre, also auch in der klassischen Musik, niederschlagen: Prekarisierung, Neoliberalisierung, Interkulturalität und Integration: Eben weil dieses Thema „Klassische Musik im 21. Jahrhundert“ einerseits ein wenig abseitig und altbacken erscheint, durch Seliger aber sofort an Brisanz, Aktualität und Leidenschaft gewinnt, hat der Autor den Finger am Puls der Zeit. Berthold Seliger ist gleichzeitig gegen und für die alten Werke, gegen und für Beethoven und Co., gegen und für Bildung, gegen und für Klassik. Gegen das, was ist, und für das, was sein könnte.

Zusätzlich verwendete Literatur

Emcke, Carolin (2012): Wie wir begehren. Fischer, Frankfurt am Main.

Berthold Seliger 2017:

Klassikkampf. Ernste Musik, Bildung und Kultur für alle.

Matthes & Seitz Verlag, Berlin.

ISBN: 9783957574671.

496 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Kevin Grünstein: Klassik für alle. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1470>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Für "die da oben"



Stefan Dietl

Die AfD und die soziale Frage
Zwischen Markttradikalismus und „völkischem
Antikapitalismus“

*Die AfD ist eine unsoziale Partei. Wer das noch nicht kapiert hat,
kann es hier schwarz auf weiß nachlesen.*

Rezensiert von [Sabrina Pohlmann](#)

Stefan Dietls Buch über die AfD und die soziale Frage ist ein hervorragendes Grundlagenwerk: Systematisch analysiert es die sozialpolitischen Positionen der Alternative für Deutschland (AfD) und kommt zu dem Schluss, dass deren Grundsatzprogramm „eine neoliberale Kampfschrift“ (S. 82) ist. Das ist keine Partei, die im Interesse von Arbeiter*innen handelt, auch wenn sie sich bemüht, einen anderen Eindruck zu erwecken – etwa mit der Anti-Establishment-Attitüde, der reißerischen Kritik an Politiker*innen, die sich von den „normalen, kleinen Leuten“ entfernt haben.

Die umfangreichen Fußnoten erwecken den Eindruck: Diese Auseinandersetzung ist fundiert. Stellenweise liest sich das ein wenig langatmig, ist aber trotzdem unschätzbar wertvoll. Denn dieses Buch könnte ein Nachschlagewerk sein für Situationen, in der jemand im Bekanntenkreis fragt, was denn jetzt eigentlich das Problem mit der AfD ist, eine Argumentationsgrundlage für Menschen, die Argumenten noch zugänglich sind.

Solidarität statt Standortnationalismus

Auch die Entstehungsgeschichte der AfD beschreibt Dietl detailliert, mit einem Fokus auf den sozialpolitischen Positionen. Er macht deutlich, dass bereits von Anfang an zwei Flügel in der AfD vertreten waren: Der markttradikale, neoliberale Flügel, der momentan noch die Partei dominiert; daneben der offen völkische Antikapitalismus. Dessen bekanntester Vertreter ist Bernd Höcke. Vereint sind diese Strömungen in ihrem Nationalismus. Historisch erschreckend: Diese Zweiteilung fand sich so auch in der NSDAP, in der letztlich der sozial orientierte Strasser-Flügel an Einfluss verlor.

Gewerkschafter*innen wählen überdurchschnittlich häufig AfD. Gut argumentierte Erklärungen dafür findet Dietl gleich mehrere. Eine davon ist das Nützlichkeitsprinzip: Es wird nicht mehr mit Solidarität argumentiert, Gewerkschaftsmitgliedschaft zu werden, sondern damit, dass es sich lohne, also mit dem persönlichen Gewinn. Dazu kommt der Standortnationalismus, der von deutschen Gewerkschaften vertreten wird und darin besteht, die eigene Wirtschaft, in diesem Fall die deutsche, mit Vorzug zu behandeln und sich zugleich in Konkurrenz zu ausländischen Arbeitskräften zu sehen. Das schafft natürlich Anknüpfungspunkte für die AfD. Entsolidarisierung ist es laut Dietl auch, wenn Hartz IV, Leiharbeit und Kurzarbeit durch Beteiligung legitimiert werden. Genauso gilt das, wenn in den Gewerkschaften nicht danach gefragt wird, wie unorganisierte Gruppen, beispielsweise illegalisierte Haushaltshilfen und Geflüchtete, organisiert werden können und stattdessen nur staatliche Regulierung gefordert wird.

Der letzte Teil, in dem es darum geht, wie die AfD in Gewerkschaften konkret gestoppt werden kann, fällt hinter der Analyse ein wenig zurück. Er könnte noch konkreter und ausführlicher sein, bietet jedoch auch so schon viele wichtige Anregungen: Dietl fordert einen Paradigmenwechsel und die Abkehr vom Standortnationalismus. Internationale Solidarität, selbstbewusste Gewerkschaften, die die Sozialpartnerschaft hinter sich lassen und kämpferisch für die Interessen aller Arbeitenden (und Erwerbslosen) eintreten.

Bildungsmaterial gegen die AfD? Mehr davon, bitte!

Insgesamt liefert Dietl starke und mehr als angebrachte Forderungen, die überzeugend begründet werden und durchaus Sprengkraft haben. Die Maßnahmen, mit denen dieser Paradigmenwechsel konkret angegangen werden kann, beispielsweise Bildungsmaßnahmen, sind eher als Ideensammlung zu lesen. Dieser Teil könnte gerne ein wenig stärker ausgearbeitet sein. Geeignet ist das Buch für alle, die sich intensiv mit der AfD, ihrem Entstehen und ihren Positionen auseinandersetzen wollen. Um wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, gilt eben doch: Know your enemy. Zu hoffen bleibt, dass die Ausgabe bei größeren Änderungen innerhalb der AfD zeitnah aktualisiert wird. Ebenso wünschenswert wäre ein Folgeband, in dem die hinteren Kapitel, also die konkreten Fragen im Mittelpunkt stehen. Stilistisch etwas weniger Hausarbeit und etwas mehr TED-Talk würden dem Buch gut tun. Die Bücher für die Bildungsmaßnahmen, die Dietl fordert, müssen geschrieben werden – am besten schnell. Bisher fehlt eine massenwirksame, aber trotzdem nicht-populistische AfD-Kritik, die auch außerhalb von alternativen Internetplattformen zur Kenntnis genommen wird. Dieser Grat ist schmal, muss aber beschritten werden. Dietls Ausarbeitung ist dafür eine wichtige Quelle und ein Startpunkt.

Stefan Dietl 2017:

Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 9783897712386.

167 Seiten. 13,00 Euro.

Zitathinweis: Sabrina Pohlmann: Für "die da oben". Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1472>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Stets bemüht, aber selten erfolgreich



Friedrich von Borries
Weltentwerfen
Eine politische Designtheorie

Warum es mehr braucht als Wortspiele, um dem Designbetrieb politische Impulse zu geben.



Rezensiert von [Sascha Kellermann](#)

Der Designbetrieb ist ein Hort des kreativen Größenwahns und all seine Protagonist_innen leiden an pathologischer Egomane. Auf Teufel komm raus wollen sie ihre Entwürfe realisiert sehen. Und dennoch erbringen sie nichts anderes als kundenorientierte Dienstleistungen. So jedenfalls klingen die landläufig bekannten Vorurteile gegen diejenigen Leute, welche Städte planen, Häuser entwerfen oder Salzsteuer designen. Im einen wie im anderen Fall werden kurzerhand moralische und gesellschaftliche Verantwortung zu Gunsten des nächsten Auftrags suspendiert. Man läuft Gefahr, sich zum nützlichen Idioten des Systems zu machen. Der US-amerikanische Stararchitekt Frank Gehry hielt diese Tendenz einmal ironiefrei in dem Credo fest: „Am besten wäre ein wohlwollender Diktator – einer mit Geschmack“. Gegen eben diese Praxis wendet sich Friedrich von Borries, Designprofessor an der Hochschule für bildende Künste Hamburg, in seinem Manifest „Weltentwerfen – Eine Politische Designtheorie“. Darin appelliert er an eine politische Bewusstwerdung der Designerinnen und Designer und – kurz gesagt – an deren Möglichkeit, die Welt zum Positiven zu verändern. Sein Anliegen: Utopie gestalten und dadurch einer Gesellschaft freier Individuen ein Stück näher kommen.

Design: Herrschaftswerkzeug oder Instrument der Befreiung?

Von Borries definiert einen Designbegriff, der alle Sphären des Lebens berührt. Entwerfen ist für ihn ein konstituierender Teil des Menschseins. Geistiger Vormund ist ihm dabei der Graphiker Otl Aicher. In seiner Textsammlung „die welt als

entwurf“ (1991) postuliert Aicher, dass im Entwurf der Mensch das werde, was er sei. Sprache und Wahrnehmung hätten auch Tiere, aber sie würden nicht entwerfen. Neben den Gedanken Aichers greift von Borries auch auf die im Design-Metier zum Standard gewordenen Überlegungen Martin Heideggers zurück (dessen nationalsozialistische Gesinnung dabei jedoch stets unbeachtet bleibt). Der Philosoph entwickelte einen eigenen Entwurfsbegriff in seinen Schriften „Sein und Zeit“, „Der Ursprung des Kunstwerks“ sowie „Bauen Wohnen Denken“. Heidegger hält fest: „Der Entwurf ist die existenziale Seinsverfassung des Spielraums des faktischen Seinkönnens. Und als geworfenes ist das Dasein in die Seinsart des Entwerfens geworfen“ (1986, S.145). Also das, was uns in einer Welt voller äußerer Zwänge zum Menschen macht, das Moment persönlicher Verwirklichung beziehungsweise der Augenblick von individueller Freiheit, wird überhaupt erst durch das Entwerfen ermöglicht. Aus der *Geworfenheit* des Menschen in die Welt folgt die *Unterworfenheit* des Menschen unter die Bedingungen dieser Welt. Die Möglichkeit zur Emanzipation von diesen Bedingungen liegt im *Entwerfen*. Als den konkreten Gegenstand von Design definiert von Borries die sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen des menschlichen Lebens. Auf diese soll sich seiner Meinung nach die kreative Energie der Gestalterinnen und Gestalter konzentrieren.

Da diese Bedingungen alle von Menschenhand gemachte sind, trägt Design eben nicht nur das Potential der Befreiung von Unterworfenheiten in sich, sondern kann die Menschen genauso in neue Unterworfenheiten verwickeln. Diese Doppeldeutigkeit fasst von Borries in den Begriffen von entwerfendem und unterwerfendem Design. Besonders in dem von ihm zum alleinigen Weltübel erklärten, aber leider nicht näher erläuterten, „totalen Kapitalismus“ bestätige unterwerfendes Design bestehende Herrschafts- und Machtverhältnisse. Er geht dabei jedoch weder auf die Klassenverhältnisse ein, noch auf die unterdrückende und zerstörerische Struktur von Rassismus oder Sexismus. Opfer dieses Systems sei vor allem die aus Michel Foucaults Disziplinargesellschaft und Gilles Deleuzes Kontrollgesellschaft schwammig zusammengeworfene „Suggestiongesellschaft“. Deren Mitglieder unterwerfen sich, so von Borries, freiwillig einer Kontrolle, von der sie sich einen persönlichen Vorteil versprechen. Nachzuvollziehen ist dies an technischen Errungenschaften:

„Ein modernes Hochhaus wirkt dabei nicht anders als eine barocke Schlossanlage, und eine Monstranz unterscheidet sich in ihrer Wirkungsweise nicht von einem Smartphone. In beiden Fällen dient die Gestaltung der Verherrlichung eines Identifikationsangebots, dem der Mensch sich unterwerfen soll“ (S. 21).

Unterwerfendes Design manifestiert also die bestehenden Herrschaftsstrukturen. Sie finden in der gebauten Umwelt oder in alltäglichen, technischen Geräten ihren

substanziellen Ausdruck. Dabei blendet der Autor aus, dass das Leiden unter den Schattenseiten eines spätkapitalistischen Systems zwar sehr viel mit den vermeintlichen Heilsversprechungen technischer Innovationen zu tun hat, es aber daneben vor allem Menschen in marginalisierten gesellschaftlichen Positionen am härtesten trifft, wenn es um designte Umwelt und gestaltete Bedingungen geht. An die Leidtragenden dieses Systems wie Geflüchtete, welche man in Lagern und Containern hausen lässt, oder Obdachlose, die mittels hostile architecture oder durch private Sicherheitsdienste aus den Innenstadtzonen getrieben werden, denkt von Borries nur am Rande. Insbesondere die hostile architecture ist ein übliches Gestaltungsinstrument, um Menschen, die nicht in das Vermarktungsbild einer Innenstadt passen, aus dieser fern zu halten. Man findet sie beispielsweise als Sitzbänke mit übertriebenen Armlehnen, auf denen niemand schlafen kann oder als Metalldornen, die auf den Sohlbänken von Schaufenstern montiert werden.

Dennoch hält von Borries korrekterweise fest: Auch „ein vermeintlich neutrales, funktionalistisches Design, das sich nur einer unpolitischen Problemlösung verschrieben zu haben meint, entgeht nicht der immanenten Bedingung des Designs an die Sphäre des Politischen“ (S. 21). Demnach bestimme eine politische Designtheorie ihre Struktur nicht anhand von designimmanenten Themen, sondern nach gesellschaftspolitischen Fragestellungen. In Bezug auf letztere muss der Gegensatz von Entwerfen und Unterwerfen letzten Endes verhandelt werden.

Die Tücken der Form

Das Klischee will, dass den Gestalter_innen die äußere Form etwas bedeutet. Und so zielt von Borries auf formale Klarheit in Stil und Satz. In stich- und schlagwortartiger Weise führt er in sechs Kapiteln durch sein schlankes Buch. In einem sich wiederholenden formalen Schema arbeitet er seine Themenkomplexe vom Überlebens-, Sicherheits-, Gesellschafts- und Selbstdesign durch. Das Diktat der Form bringt jedoch wenig inhaltlichen Gewinn mit sich, wenn in hohlen Tautologien konstatiert wird: „Überlebensdesign ist das Design von Überleben“ (S. 41) oder „Sicherheitsdesign ist das Design von Sicherheit“ (S. 57). An anderer Stelle weist er ebenso stolz wie bemüht auf die eigenen Referenzen hin, so zum Beispiel auf die verwendete Typographie („rotis“ von Otl Aicher) und die Umschlaggestaltung: „Die Konsequenz, oder auch Versessenheit, mit der Wittgenstein sich diesen Details widmet, zeigt, dass theoretische Modelle genauso wichtig sind wie ihre praktische Umsetzung. Deshalb befindet sich ein Bild der Türklinke auf dem Schutzumschlag dieses Buches“ (S. 135).

Die Kapitel schließen jeweils mit einem Fazit im Stile von „Gutes Design hilft beim Überleben“ (S. 53) oder „Gutes Design gibt dem Selbst Freiheit“ (S. 115). Dies sind erst einmal korrekte Aussagen, dennoch bleibt durchweg offen, was sie im Konkreten bedeuten sollen. Von Borries' Überlegungen zur Überwindung der

systemimmanenten Misere durch gutes Design verharren leider so sehr im Schleierhaften, dass man zeitweise an der Ernsthaftigkeit seiner Auseinandersetzung mit dem Thema zweifelt. Vielmehr scheint es, als habe er längst den von ihm kritisierten politischen Ungeist des effizienten Selbstoptimierens im Rücken. Anders lässt es sich jedenfalls nicht deuten, wenn von Borries im trendig motivierenden Ton eines Marketingmitarbeiters die Menschen im Allgemeinen und die Gestalter im Speziellen dazu ermutigt, das System in verschiedenen „Rollen“ zu unterwandern. Sei ein „kreativer Unterstützer“ (S. 125), ein „reflektierender Ermöglicher“ (S. 126) oder „radikal-opportunistischer Interventionist“ (S. 126)! Die Ideen hinter diesen Befehlsformen reichen jedoch nur für leere Slogans. Sie bedeuten am Ende alles und nichts.

Das Wichtigste steht in den Fußnoten

Am aufschlussreichsten ist von Borries' kleine Kampfschrift dort, wo sie nicht versucht, eine universelle Designtheorie zu entwickeln, sondern sich konkret auf den Gegenstand von Design bezieht und anhand von Beispielen beschreibt, wie die Gesellschaft, der Mensch und die Natur gestaltet werden. In seinen Fußnoten schreibt er über Jeremy Benthams Panoptikum als Blaupause für Überwachungsinstrumente, über Baron Haussmanns radikalen Umbau von Paris, um es gegen die innerstädtischen Aufstände militärisch auf Vordermann zu bringen oder die neuesten „wearables“, die zur Veredlung des menschlichen Körpers dienen. Des Weiteren versammelt er Überlegungen von wichtigen Denker_innen, die zum Beginn einer inhaltlichen Beschäftigung mit dem Thema sehr ergiebig sein können. Am Ende kann von Borries das Versprechen und den Anspruch, mit diesem Text eine wirkliche Theorie anzubieten, leider nicht einlösen. Er schafft es aber, ein grundlegendes Problem der Gestaltungsarbeit in den Fokus zu rücken – dass alles Designen stets hochpolitisch ist und sich jede_r Gestalter_in mit dieser Tatsache bewusst auseinandersetzen sollte. Zum Einstieg in diesen Themenkomplex kann man dann getrost Friedrich von Borries „Weltentwerfen“ in die Hand nehmen. Oder noch besser: sich eben durch seine Literaturliste arbeiten.

Zusätzlich verwendete Literatur

Aicher, Otl (1991): die welt als entwurf. Ernst und Sohn, Berlin.
Heidegger, Martin (1986 [1927]): Sein und Zeit. Niemeyer, Tübingen.
Heidegger, Martin (2012 [1936]): Der Ursprung des Kunstwerks, Stuttgart: Reclam
Heidegger, Martin (2000 [1951]): Bauen Wohnen Denken. In: in Eduard Führ: Bauen und Wohnen. Waxman, Münster.

Friedrich von Borries 2016:
Weltentwerfen. Eine politische Designtheorie.
Suhrkamp, Berlin.
ISBN: 9783518127346.
143 Seiten. 16,50 Euro.

Zitathinweis: Sascha Kellermann: Stets bemüht, aber selten erfolgreich.
Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1473>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Geschichte und Erfahrung



Felix Denschlag

Vergangenheitsverhältnisse

Ein Korrektiv zum Paradigma des „kollektiven Gedächtnisses“
mittels Walter Benjamins Erfahrungstheorie

*Mit Benjamin im Rücken legt das Buch eine längst überfällige Kritik
am Paradigma des kollektiven Gedächtnisses vor.*

Rezensiert von [Henning Gutfleisch](#)

Ausgangspunkt von Felix Denschlags Dissertation „Vergangenheitsverhältnisse“ bilden die theoriepolitischen Schwierigkeiten, welche dem kollektiven Gedächtnis zugrunde liegen. Mit der „Wiedervereinigung“ Deutschlands gewann auch dieses von Aleida und Jan Assmann aufgegriffene Theorem an Popularität. Seither unumstößliches Paradigma in der Forschung zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik reflektiert es nicht bloß auf das neuerliche nation building der Berliner Republik, es selbst ist Teil eben dieses Prozesses. Von Maurice Halbwachs noch als analytisches Werkzeug konzipiert, droht das kollektive Gedächtnis nun all jenes zu bejahren, was es einst nur beschreiben wollte. Doch liegen diese Probleme nicht allein in der Vereinnahmung der Wissenschaft durch politische Zwecke, vielmehr gründen sie bereits in der Begriffsbildung selbst. Das theoriepolitische Programm der beiden Assmanns zielt laut Denschlag hierbei auf die Schaffung eines geläuterten Deutschlands, wodurch es sich auf Linie mit den innen- wie außenpolitischen Interessen des Staates weiß; insofern selbst Signatur des Postnazismus, arbeite es dem deutschen Großmachtstreben zu.

Konjunkturen: das kollektive Gedächtnis

Denschlags Fluchtpunkt ist die Kritik an der von den Assmanns fälschlicherweise vorgenommenen Gleichsetzung von Gedächtnis und Identität, wodurch Diskontinuitäten und Brüche, die beide gleichsam durchschlagen, verleugnet werden. Während sie alleine positivistisch entfaltet werden, sei ihrer negativen Bestimmung, wie die psychoanalytische Einsicht ins Unbewusste, keinerlei Raum mehr zugedacht. Geschichte erscheine so als eine natürliche und alternativlose Abfolge; Abweichungen werden aus ihr ausgelöscht. „Das ‚kollektive Gedächtnis‘ im Singular“, so der Autor, „ist eine verkürzte Redeweise und zudem anfällig für die

Vereinnahmung durch ideologische Einheitsvorstellungen, durch die keine real existierende Gesellschaft deskriptiv charakterisiert werden kann.“ (S. 46) Dennoch firmiert es als „Oberbegriff“ und leitendes Paradigma in der Forschung. Es umfasst alle Phänomene, ob nun individuelles Erinnern oder öffentliche Inszenierung politischen Gedenkens. Die Schwierigkeiten liegen dabei auf der Hand: Der Begriff ist derart umfassend, dass eine sinnvolle Eingrenzung kaum möglich ist, ohne die Mannigfaltigkeit der Phänomene dabei aus dem Blick zu verlieren. Zugleich wird das Gedächtnis ebenso als „Speichermedium“ (S. 9) betrachtet, in dem Geschichte dinghaft hinterlegt ist. Einen solchen Speicher, „über den der Erinnernde nach Belieben verfügen kann, um Vergangenes in Erinnerung zu rufen“ (S. 126), kritisiert Denschlag entschieden. Denn das Gedächtnis als Speichermedium „negiert“ nicht nur „die für identitätsrelevante Erfahrung entscheidende Aktualisierung und Erneuerung der Vergangenheit“ (S. 234). Es tilgt auch jeglichen Bezug des Vergessens aus ihm, wenn es als bloßes Speichermedium verdinglicht wird. Durch systematisches Verdrängen des Unbewussten aus der Theoriebildung erscheint es demnach als mangelhaft und für eine kritische Analyse ungeeignet. So beinhaltet „[d]ie machtgestützte Institutionalisierung und Festschreibung bestimmter Deutungen der Vergangenheit [...] immer auch die Verdrängung von Elementen des Vergangenen, die sich nicht in diese Deutungen fügen“ (S. 158).

Von dieser Hypothese ausgehend, konturiert der Autor schrittweise sein Vorhaben eine Erinnerung ins Werk zu setzen, die „die Voraussetzungen für nicht-entfremdete Erfahrung“ schafft und jene zu unterbinden, die „lediglich noch entfremdete Verhältnisse der Subjekte zu sich, zu den anderen Menschen und zur Welt ermöglichen“ (S. 80). In zwei die Arbeit teilende Oberkapitel nimmt er eine systematische Rekonstruktion der zentralen zur Debatte stehenden Begriffe vor. So entfaltet Denschlag im ersten Teil, wie oben erörtert, das kollektive Gedächtnis nach Halbwachs sowie dessen Fortführung durch die Assmanns. Dieses stellt sich jedoch für die Forschung als weitgehend unbefriedigend heraus,

„da es kaum kritisch-theoretisches Potenzial hat, sondern in erster Linie einem praktischen Interesse Ausdruck gibt: In Zeiten von Vertrauensschwund und Orientierungsverlust durch soziale Beschleunigung soll Identität sein und durch das ‚kollektive Gedächtnis‘ gewährleistet werden“ (S. 89).

Im zweiten Teil legt der Autor, entsprechend dem Untertitel seiner Arbeit, ein Korrektiv an diesem Paradigma mittels Walter Benjamins Erfahrungstheorie vor – was bereits anzeigt, dass es ihm nicht darum geht die beiden Modelle „gegeneinander auszuspielen“ (ebd.), sondern miteinander zu vermitteln. Hierbei ist positiv hervorzuheben, dass Benjamins Begriff der Erfahrung mit jenen des Erinnerns und Vergessens verknüpft – und somit nicht nur werkimmanent, sondern ebenfalls historisch-genetisch rekonstruiert wird: über Henri Bergson, Marcel Proust und Sigmund Freud – wobei gerade letzterer Bezug besonders erfreulich ist,

da die Freud-Rezeption Benjamins zwar seit Anfang der 1990er begonnen wurde, über vereinzelte Arbeiten jedoch bisher kaum hinauslangte. Diese systematische Rekonstruktion erlaubt der Leserin insgesamt den schrittweisen Nachvollzug der sich in ihrer Komplexität stetig steigernden Begriffe.

Korrekturen: Erinnern und Vergessen

Anstatt also die Identität des Subjekts über alle Wirren und Gewalten der Moderne abzuschotten, wie es die traditionelle Konzeptualisierung des kollektiven Gedächtnisses noch vorsieht, erlaubt Benjamins Theorie der Erfahrung, sich diesen Einflüssen zu öffnen und ihnen somit angemessen Rechnung zu tragen.

„Das ‚kollektive Gedächtnis‘ ist aus dieser Perspektive [sprich: als vereinzelte Einzelne zwanghaft Teil einer Masse zu sein, Anm. H.G.] eine konservative Instanz, die ihre Identitätsvorstellungen tendenziell total zu institutionalisieren strebt. Während das Individuum innerhalb des Paradigmas des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ gewissermaßen gar nicht existiert, geht Benjamin vom Individuum aus, das durch die kollektiven ‚Rahmen‘ der Vergesellschaftung eher beschädigt wird und tendenziell verschwindet.“ (S. 254)

Im Gegensatz zum kollektiven Gedächtnis nimmt Benjamins Theorie der Erfahrung jene Brüche mimetisch auf, die die Subjekte durch Geschichte und Gesellschaft erleiden. Benjamin subsumiert das Subjekt somit nicht einfach affirmativ unter ein Kollektiv, sondern weist seine Beschädigung dialektisch durch dieses nach. Wider dem Appeasement an nationale Interessen trotz das Subjekt seiner forcierten Vereinnahmung. Im dynamischen, ja dialektischen Verhältnis zwischen Erinnern und Vergessen modifiziert sich demnach nicht nur die Beziehung zum Selbst, sondern ebenfalls diejenige zur Welt – womit sich die Erfahrung ebenfalls ihrer Instrumentalisierung versperrt. Die von Entfremdung gezeichnete Erfahrung kann negativ aufgenommen – und im Weiteren aufgehoben –, anstatt bloß abgewehrt werden. Benjamins Begriff der Erinnerung bildet Vergangenes dabei nicht ab, sondern interveniert in es. „Denn jeder Erinnerungsakt vermittelt nicht nur den Eindruck eines Vergangenen, sondern darüber hinaus ein jeweils gegenwärtig verändertes Verhältnis zu diesem Vergangenen.“ (S. 255) Geschichte birgt demnach Geschichten unabgegotener Potenziale und verpasster Chancen, welche im rechten Moment – der *Jetztzeit* – für die Gegenwart aktualisiert werden müssen. Gegenstand und Zeitpunkt sind jedoch keine zufälligen. Vielmehr sind sie präzise aus den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen heraus zu ermitteln. Demnach können, Denschlags Korrektiv zufolge, „alternative Deutungen der Vergangenheit neue Gegenwartsorientierungen und Zukunftserwartungen erzeugen und Kontinuitäten durchbrechen und zu einem geschichtlichen Bewusstsein der Diskontinuität führen“ (S. 76) Dadurch lasse das kollektive Gedächtnis nochmals entscheidende theoretische Nejustierungen zu.

Konjekturen: Kritik und Intervention

Insgesamt legt der Autor eine sachkundige Analyse zentraler Fallstricke geschichtspolitischer Theoriebildung vor, die, wie seine Bestimmungen zeigen, auch bitter nötig ist. Hierbei ist, neben der systematischen Rekonstruktion Benjaminscher Begriffe, vor allem ihre Übertragung auf einen aktuellen Gegenstand positiv hervorzuheben. Denn zumeist verbleiben exegetische Ausführungen – in der Benjamin-Forschung insbesondere – in ihrer Sparte, anstatt über sie hinaus in politisch relevante Felder zu intervenieren. So macht Denschlag mit einem zentralen Motiv Benjamins ernst: der Verwendung vorgefundener Materials – wiewohl dies nahezu auf begrifflich-theoretischer Ebene erfolgt.

Obschon der Versuch Benjamins Theoreme für gegenwärtige Problemkonstellationen zu aktualisieren in der Arbeit glückte, bilden ihre stärksten Passagen zugleich die größten Schwächen. Denn Denschlags Kritik am Gegebenen versäumt es, ihren normativen Standpunkt stringent auszuweisen; die Kontinuität der Geschichte allein deutet noch nicht auf ihre notwendige Stillstellung hin. So nimmt es nicht weiter Wunder, dass seine Analyse der Moderne, die mit marxischer Terminologie vorgeht, sich den Modi kapitalistischer Vergesellschaftung, kapitalistischer Verhältnisse überhaupt, nicht näher zuwendet. Die Kapitel zu Verdinglichung und Entfremdung begreifen zwar ihren Sachgehalt, bleiben darüber hinaus jedoch steril und konturlos. Denschlags Arbeit droht so die Fühlung mit ihren Sachgehalten zu verlieren und hinter die einstigen Erkenntnisse Kritischer Theorie zurückzufallen. Dies enttäuscht, birgt sie doch jene Potenziale zur Entfaltung einer Sprengkraft, um die Verkümmern des Geistes durch falsche Theorie zum Einsturz zu bringen.

Felix Denschlag 2017:

Vergangenheitsverhältnisse. Ein Korrektiv zum Paradigma des „kollektiven Gedächtnisses“ mittels Walter Benjamins Erfahrungstheorie.

Transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 9783837639056.

287 Seiten. 34,99 Euro.

Zitathinweis: Henning Gutfleisch: Geschichte und Erfahrung. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1475>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Arzt und Lebensretter



Igal Avidan

Mod Helmy

Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete

*Eine wachrüttelnde Geschichte: Ein arabischer Arzt bewahrt als Juden verfolgte Berliner*innen vor den Nazis.*

Rezensiert von [Anne Alex](#)

Die Meldung ließ ihn nicht mehr los. Erstmals sei ein Araber von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Diese Nachricht aus einer israelischen Zeitung war der Anstoß zu Igal Avidans Buch über Mod Helmy, einen arabischen Arzt, der im Berlin der Nazi-Zeit als Juden verfolgte Berliner*innen vor der Gestapo rettete. Trotz der Konflikte Israels mit den arabischen Staaten ist es das Anliegen von Avidans historischer Recherche, den während des Naziregimes in Berlin wohnenden Ägypter Mod Helmy als Identifikationsfigur zu entwickeln, um damit zur „jüdisch-arabischen Annäherung beizutragen“ (S. 14). Jeder Mensch hat eine Wahl – andere Menschen zu schützen oder sie preiszugeben. Helmy entschied sich für ersteres.

Mohamed Helmy kommt 1901 in Khartum, der Hauptstadt des Sudan zur Welt. Der muslimische Ägypter Said Ahmad und seine Frau Aminah sind seine Eltern. Er hat vier Geschwister. Der Vater ist als Besatzungsoffizier der anglo-ägyptischen Armee im Sudan stationiert. Die Ferien verlebt die Familie meist in Ägypten. In der Saidieh Secondary School macht Helmy 1922 das Abitur. Er will in Deutschland Medizin studieren. Mit den wohlhabenden Eltern im Rücken kann er das Studium finanzieren. Er zieht nach Berlin, lernt deutsch und nimmt sein Studium auf. Die politische Situation aber verfolgt ihn:

„Im März 1922 [...] wurde Ägypten offiziell unabhängig. Faktisch aber setzten die Briten ihre Kolonialherrschaft verdeckt fort. [...] Die Engländer kontrollierten weiterhin den Suezkanal und das Militär und bestimmten die Außenpolitik. [...] Deutschland erkannte Ägypten im April 1922 an, und [...] lud viele muslimische Studenten ein“ (S. 25).

Nicht alle Studierenden hatten reiche Eltern. Manche Studenten erhielten aber auch Stipendien des ägyptischen Bildungsministeriums, das ihre politischen Aktivitäten in Berlin durch das ägyptische Konsulat streng beobachten ließ. Doch Deutschland wollte den ägyptischen Kampf um die faktische Unabhängigkeit Ägyptens gegen die Briten nicht durch Studierende auf ihren Straßen ausgetragen wissen. Demonstrationen von Studierenden? Auf beiden Seiten unerwünscht.

Alles beginnt in einem Krankenhaus in Moabit

Helmy lernt an der Medizinischen Universitätsklinik am Krankenhaus Moabit. Nachdem „im ersten Jahr der Naziherrschaft insgesamt 30 der 47 Ärzte entlassen werden“ (S.39) bleiben im Krankenhaus nur zwei „Außenseiter“ übrig: „der jüdische Assistenzarzt Fritz Stern und der Araber Helmy“ (S. 41). Beide haben einen gemeinsamen Gönner: Professor Schilling, den Krankenhausdirektor. Später ist Helmy der einzige „Nichtarier“ (S. 41). Im Juli 1934 endet Helmys Ausbildung als Internist. Ab November 1934 ist er ein Jahr lang Stationsarzt in der gemischten inneren und der urologischen Station. Wegen der positiven Empfehlungen bisheriger Chefs erhält er „ein Stipendium des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksausbildung“ (S. 41). Nach dem Reichstagsbrand werden die meisten offenen Stellen mit Ärzten besetzt, die Mitglieder der SS, SA oder der NSDAP sind – und das obwohl sie deutlich schlechter ausgebildet sind. Blanker Rassismus gehört jetzt zum Alltag Helmys. Infolge abfälliger Bemerkungen und willkürlicher Unterstellungen seiner Kolleg*innen und des neuen Krankenhausdirektors, der ihm unter anderem Arroganz vorwirft, verliert Helmy 1937 seinen zweijährig befristeten Vertrag als Assistent – und das, obwohl die Option auf eine neunjährige Verlängerung bestand. Zudem läuft sein Stipendium aus. Die Freude über die im gleichen Jahr abgeschlossene Promotion fällt dementsprechend kurz aus. Dann beginnt seine Odyssee als „nicht-arischer Ausländer“: Ihm wird die mündliche Habilitationsprüfung verwehrt. Als Hochschuldozent darf er nicht arbeiten. Er eröffnet in seiner Wohnung in der Krefelder Straße 7 ohne Genehmigung eine eigene Praxis. Ab 1936 gehört auch eine jüdische Familie zu seinen Patient*innen, nämlich die Unternehmerin Cecilie Rudnik, ihre Kinder und die Enkelin Anna Boros, die ihm vertrauen.

Eines Tages, im Oktober 1939 als Helmy mit einem Freund unterwegs ist, begegnen sie dem Bruder des Ministers Rudolf Heß. Alfred Heß – selbst gerade der ägyptischen Internierung entgangen – beschwert sich, dass in Deutschland Ägypter*innen noch frei herumlaufen dürfen. Dr. Helmy wird schließlich – ohne dass ein schlüssiger Grund zu erkennen ist – noch am Abend verhaftet. In der zweimonatigen Haft verschlechtern sich Helmys Magen-Darmbeschwerden. Dazu kommt eine Kiefer- und Stirnhöhlenvereiterung. Helmy bemüht sich vehement um eine Entlassung. Auf Betreiben des „Orientexperten“ Werner Otto von Hentig und

Helmys Freund Kamal Eldin Galal gelingt diese schließlich auch, allerdings nur für ganze 30 Tage. Dann sollen die ägyptischen BürgerInnen auf der Festung Wülzburg interniert werden. Helmy fühlt die Bedrohung. In Avidans Worten wird Helmy dabei zum „Spielball im Kampf der Großmächte über die Inhaftierten beider Seiten, in dem die Ägypter in Deutschland nur wenig zu sagen haben“. Das bedeutet: Das faschistische Deutschland will deutsche Gefangene aus Ostafrika frei pressen. Daher stoßen Dr. Helmys Bittbriefe, Atteste und Empfehlungsschreiben beim Außenminister Joachim von Ribbentrop auf geringes Interesse. Obwohl Helmy mit Atemnot, Hustenanfällen und chronischen Bauchschmerzen im Bett liegt, soll er am 5. Januar 1940 – nach 30 Tagen Freiheit – erneut interniert werden. Zwei befreundete Ärzte jedoch stellen ihm Atteste aus. Trotzdem wird er von der Gestapo auf der Trage im grauen Krankenwagen ins Polizeigefängnis am Alexanderplatz deportiert. Obwohl das Staatskrankenhaus der Polizei die Diagnosen des Kranken bestätigt, kommt er in die Gefangenenabteilung. Erst nach viereinhalb Monaten, im Juni 1940, wird Helmy freigelassen. Er verlobt sich mit seiner Freundin Emmy. Da er kein ägyptisches Ehefähigkeitszeugnis beibringen kann, kann er sie jedoch nicht heiraten.

Anschließend wird die Situation der Familien Rudnik, Wehr und Boros dargestellt. Beschrieben werden die Wendungen im Leben der Großmutter Cecilie Rudnik, der Großmutter von Anna Boros. So verändert sich die Situation der Obstgroßhandlung M. Rudnik GmbH ab 1933 dramatisch und damit auch die Lebenslagen der ProtagonistInnen. Die „Misch-Ehe“ von Julie Wehr schützte ab 1943 nicht. Sie muss Zwangsarbeit leisten. Ihr Mann, der Berliner Georg Wehr, wird nach Jena zur Organisation Todt deportiert. Im Abschnitt „Überlebenskampf zwischen Berlin und Bukarest“ erklärt Avidan, dass osteuropäische Juden durch Ausbürgerung aus Deutschland formell staatenlos wurden, so auch Cecilie und ihr Sohn Martin Rudnik. Für die Jugendliche Anna, eine rumänische Jüdin, wird die Gefahr konkret als Rumänien dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Japan und Italien beitrifft. Anna hat den ersten Polizei-Kontakt. Sie will untertauchen und geht zu ihrem Arzt Dr. Helmy.

Dr. Helmy hilft ihr, zum Islam zu konvertieren. Er verheiratet sie mit einem Freund in der Hoffnung, dass dieser sie als Muslima nach Ägypten bringt. Beides sind Sackgassen. Selbst unter der Aufsicht der Gestapo stehend, versteckt Dr. Helmy Anna in seiner Wohnung. Er gibt sie als seine muslimische Nichte und als Sprechstundenhilfe aus. Nach den Bombardements der British Air Force wird seine Moabiter Wohnung beschädigt. Der Aufenthalt für ihn, die Verlobte und Anna wird unsicher. Er tut eine unbeheizte Laube in Buch auf. Anna wiederum schläft nachts im Betonbunker außer Haus. Helmy nimmt sie täglich im PKW nach Berlin mit. Ebenso kümmert er sich um ihre Großmutter, ihre Mutter, deren Mann und den Halbbruder.

Verspätete Anerkennung

Ein letzter Buchteil berichtet über die Anstrengungen des Dr. Helmy für seine Helfertätigkeit für Anna und ihre Familie öffentliche Anerkennung zu finden. Eine Würdigung glückt erst durch eine große Arbeitsgemeinschaft, die sich dafür einsetzt, dass Helfer*innen geretteter als Juden verfolgter Berliner Bürger*innen für ihre Taten geehrt werden. Gemeinsam mit anderen 69 Retter*innen erhält er eine Urkunde, unterzeichnet von Heinrich Albertz und Willy Brandt. Für die Nachkriegszeit findet Avidan viele Menschen, die Helmy kannten. Der Journalist setzte sich etappenweise einer fast dreijährigen Forschungsarbeit aus. Freilich konnte er nicht jede Handlung Helmys nachvollziehen, aber er nähert sich mit vorsichtigen und gegensätzlichen Fragen möglichen Gründen. Mitunter jedoch drohen seine ausgiebigen Erzählungen zu Personen, die in Helmys Leben wichtig waren, im zweiten Teil des Buches den roten Faden der Geschichte beim Lesen verlieren zu lassen. Auf Anna Boros geht er bis zu ihrer Hochzeit ein. Sie bleibt auch in der eigentlichen Story etwas blass gezeichnet. Über ihr Leben in den USA wünschte sie keine Aussagen.

Das Buch ist sehr dicht geschrieben, exakt und ausgiebig historisch recherchiert, die Ereignisse sind ausgezeichnet begründet. Jeder Abschnitt besitzt einen Quellennachweis, der zeigt, wie oft der Autor allein im Berliner Landesarchiv recherchierte. Kurz: Das Buch liest sich wie ein sozialhistorischer Krimi. Es ist ausgesprochen empfehlenswert.

Igal Avidan 2017:

Mod Helmy. Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete. dtv, München.

ISBN: 9783423281461.

234 Seiten. 22,00 Euro.

Zitathinweis: Anne Alex: Arzt und Lebensretter. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1469>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Schreiben als politisches Werkzeug



Claire Horst

Alle Geschichten (er)zählen

Aktivierendes kreatives Schreiben gegen Diskriminierung

Warum die „anderen“ Geschichten nicht nur für die wichtig sind, die sie hören, sondern auch für jene, die sie erzählen.

Rezensiert von [Yener Bayramoğlu](#)

Sait Faik Abasıyanık ist einer der wichtigsten Schriftsteller*innen der türkischen Literatur. Er erzählt in einer seiner autobiographischen Kurzgeschichten, dass er einst versuchte, mit dem Schreiben aufzuhören. Das schriftstellerische Ego, das hinter dem Schreiben steckt, störte ihn so sehr, dass er für einige Zeit tatsächlich nicht mehr geschrieben hat. Er wollte ohne Schreiben weiterleben und auf den Tod warten. Als er eines Tages eine Ungerechtigkeit zwischen den Fischern auf der Insel unweit von Istanbul miterlebt hat, spürte er wieder diesen inneren Drang zum Schreiben. Er konnte ihn nicht mehr unterdrücken.

Mit der Frage, wie kreatives Schreiben als ein strategisches Werkzeug gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung verwendet werden kann, beschäftigt sich das Buch „Alle Geschichten (er)zählen – Aktivierendes kreatives Schreiben“ von Claire Horst. Ähnlich wie Abasıyanık interessiert sich Horst dabei nicht nur für die Frage, wie man mit dem Schreiben Diskriminierung bekämpfen kann, sondern auch, wie man durch das Schreiben einen Halt im Leben finden und sich selbst in einer ungerechten Welt ermächtigen kann. Kreatives Schreiben ist für Horst außerdem eine Möglichkeit, diejenigen Geschichten zu Gehör zu bringen, von denen kaum oder nie gesprochen wird. Es ist eine mächtige Strategie, um das Ungehörte, Nichterzählte zur Sprache zu bringen. Das kann man wiederum auch als ein Mittel zur Wiedergutmachung des Lebens betrachten. Die Wunden heilen nur dann, wenn das Schweigen gebrochen ist. Horst gibt dabei praktische Beispiele, wie man durch das Schreiben die Stille brechen kann.

Nach einem kurzen theoretischen Einstieg in das Feld Antidiskriminierung richtet sie ihren Blick auf Ansätze der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit. Danach erläutert sie unterschiedliche Methoden des kreativen Schreibens als emanzipatorischen Ansatz. Zum Schluss ist auch eine Übungssammlung zu finden.

Zwischen den einzelnen Kapiteln befindet sich jeweils ein Interview mit Autor*innen, Referent*innen sowie Antidiskriminierungstrainer*innen, die kreatives Schreiben als eine Methode in ihrer Arbeit verwenden.

Im Zentrum steht dabei, wie man durch das Schreiben insbesondere in den Feldern antirassistischer Arbeit, Anti-Bias-Ansatz, Social-Justice-Education sowie der geschlechterreflektierenden Bildungsarbeit die Perspektive erweitern kann. Dabei gibt Horst wiederum praktische Beispiele, wie die Themenfelder sowie Ziele der komplexen gesellschaftskritischen Theorien in politischer Bildungsarbeit durch das Schreiben verständlicher gemacht werden können. Damit wird das Schreiben selbst zum politischen Werkzeug.

Horst ist dabei bewusst, dass der Zugang zum Schreiben sowie zur Sprache auch Hürden hat. Zugänge zum kompetenten Schreiben sind heute noch beschränkt. Viele Kinder, die sich etwa ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland aufhalten, können nur unter erschwerten Bedingungen beschult werden. Insbesondere für solche Menschen, die nicht oder kaum die Möglichkeit haben, ihre eigenen Geschichten zu erzählen, ist kreatives Schreiben sowohl eine Selbstermächtigungs- als auch Widerstandsstrategie.

In dem Buch geht es darum, wie man einen Raum für diejenigen Geschichten eröffnet, die bis jetzt kaum Gehör gefunden haben. Nicht alle Geschichten brauchen erzählt zu werden: insbesondere diejenigen nicht, die sich zu oft wiederholen und dabei unterdrückte Gruppen verletzen. Horsts Buch ist dabei eine wertvolle Anleitung, wie man den Fokus auf die „anderen“ Geschichten verschieben kann, die Schwierigkeiten haben, Gehör zu finden.

Claire Horst 2017:

Alle Geschichten (er)zählen. Aktivierendes kreatives Schreiben gegen Diskriminierung.

Barbara Budrich, Leverkusen.

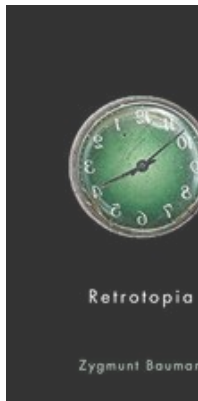
ISBN: 9783847421108.

175 Seiten. 18,90 Euro.

Zitathinweis: Yener Bayramoğlu: Schreiben als politisches Werkzeug. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1476>.

Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Vorwärts in die Vergangenheit



Zygmunt Bauman
Retrotopia

Rückwärtsgewandte Ideologien als Heilsbringer für die Zukunft - wie konnte das passieren?

Rezensiert von [Peter Walerowski](#)

Um es gleich am Anfang zu sagen: Mut macht Zygmunt Bauman mit seinem letzten und posthum erschienen Werk „Retrotopia“ dem_ der Leser_in nicht. Retrotopia beschreibt die Entwicklungen und Tendenzen globalisierter Gesellschaften, die im Verlust eines allgemeinen Sicherheitsgefühls und angesichts zunehmender Gewalt Rückgriffe auf vergangene und überwunden geglaubte Konzepte tätigen. In der Umkehrung des Utopiegedankens suchen sie Fortschritt nicht mehr in der Zukunft, sondern in „der verlorenen, geraubten, verwaisten, jedenfalls untoten Vergangenheit“ (S. 15). In seiner Analyse rückwärtsgewandter Visionen, die das globale Denken befallen haben, legt Bauman die Strukturen des weltweit agierenden Neoliberalismus schonungslos frei. Er verzichtet dabei auf explizite Kapitalismuskritik, wohl wissend, dass diese seiner Untersuchung quasi als Subtext innewohnt. Sein Augenmerk gilt den Individuen, die den entfesselten Märkten und der entfesselten Gewalt unmittelbar, aber auch vermittelt durch zahlreiche Medien, ausgesetzt sind. Fährnisse, die sich in ihre Körper und Gedanken tief einschreiben.

Bauman beginnt mit der Frage, ob wir auf dem Weg zurück sind zu einem Zustand ohne staatliche Macht. Er nimmt hier Bezug auf Thomas Hobbes, der im Staat (dem Gottgleichen, dem Leviathan) das Mittel zur Wahrung und Erzwingung des Friedens sah. Ohne diesen Staat, den alle aus Vernunftgründen selbstgewählt als Souverän anerkennen, befinden wir uns – so Hobbes – in einem Kampf aller gegen alle. Diese Prämisse sieht Bauman in Frage gestellt. Der machtvolle Staat ist gebunden an ein Territorium, doch im Globalisierungsprozess hat sich die Macht von diesem abgelöst. „Die Politik [...] hat ihre Zähne verloren“ (S. 32) und nur noch formell bestimmt sie die Grenze zwischen legitimer und illegitimer Gewalt. Das ist nicht einfach so passiert. Vielmehr hat die Politik den Staat dem Ausverkauf preisgegeben. Mit der Öffnung der Märkte für freien Waren- und Finanzverkehr hat

sich die Politik selbst in eine Situation gebracht, in der sie erpressbar geworden ist. Dem neoliberalen Narrativ von einem Zuviel an Staat, der noch dazu nicht handlungsfähig ist, hat sich die Politik seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bereitwillig angeschlossen und die staatlichen Organisationen auf allen Ebenen zurückgefahren. Die Lebensbedingungen, die so entstanden sind, beschreibt Bauman als Minenfelder, „die voller Sprengstoff stecken“ (S. 37). Man weiß, „dass es auf ihnen früher oder später zu Detonationen kommen muss; was wir hingegen nicht wissen, ist, wann und wo sich diese ereignen werden“ (S. 37). Mit dem Rückzug des Staates geht die Verschiebung von Verantwortung auf den Einzelnen einher. Es gibt keine Bedingungen mehr, die für alle oder mindestens bestimmte Gruppen, verändert, verbessert werden könnten. Das Individuum allein muss in den herrschenden Bedingungen für seine Sicherheit und sein Wohlergehen sorgen.

Ready for Konkurrenzkampf?

Damit aber befinden wir uns in der permanenten Konkurrenz zu allen anderen Individuen. Eine „Philosophie des Managements“ (S. 52) bestimmt das Leben der Menschen bis tief in ihren privaten Alltag hinein. „Vielfalt ist das erklärte und angestrebte Ziel, während Homogenität und repetitive Routinen zensiert und gemieden werden, weil sie als kontraproduktiv und unprofitabel gelten“ (S. 71). Und so ist es nur folgerichtig, dass der einzelne – diese Philosophie verinnerlichend – in eine permanente, den gesamten Körper umfassende Selbstoptimierung verfällt, um sich zu rüsten für den Konkurrenzkampf.

Bauman analysiert, dass es nicht verwunderlich ist, dass es geradezu erleichternd sein muss, „in die vertraute, gemütliche und heimatliche, manchmal schwankende, aber tröstlich unangefochtene und erträgliche Welt von Gestern zurückzukehren“ (S. 79). Zurück ans „Stammesfeuer“, wo Staat und Nation wieder verschmolzen sind und das innere Vertraute gegen das Fremde, Äußere definiert, abgegrenzt und verteidigt wird. Ebenso stellt Bauman auch ein Zurück zur sozialen Ungleichheit fest. Während man nach dem Zweiten Weltkrieg der Auffassung war, das „Ende der zügellosen Ungleichheit [...] sei beschlossene Sache“ (S. 110), haben wir es spätestens seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit einer

„einseitigen Aufkündigung der Idee der wechselseitigen Abhängigkeit von Kapital und Arbeit durch die Kapitaleigner [zu tun], die von der Globalisierung ermöglicht und vom Staat unterstützt und begünstigt wurde, der die Beschränkungen kapitalistischer Gier und die Verteidigungsanlagen ihrer Opfer Stück für Stück abgebaut hat“ (S. 113).

Seines eigenen Unglücks Schmied

Bauman beschreibt trefflich, was diese Entwicklung in den Individuen bewirkt. Denen, die sich nicht auf der Seite des Kapitals befinden, schreibt sie ein Gefühl des Mangels ein, das nicht mehr an einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit gebunden ist, „sondern nach Belieben in irgendeinem der zahllosen Häfen entlang unseres Lebenswegs Anker wirft“ (S. 124): das schwer fassbare aber permanente Gefühl, neben der Vereinzelung und permanenten Konkurrenz sich auch noch selbst in höchst prekärer Lage zu befinden.

Wie schon eingangs angedeutet, sind Baumans Beschreibungen und Erklärungen zwar detailliert und zutreffend, zeigen aber keinen Weg aus der Misere. Einzig mit dem bedingungslosen Grundeinkommen plädiert er für eine konkrete „Utopie für Realisten“ (S. 145) und sieht darin eine „machtvolle Waffe im Kampf gegen diesen grauenhaften und potentiell katastrophal gefährlichen Trend“ (S. 145) zur Ungleichheit. Das mutet fast ein wenig naiv an, angesichts der von ihm selbst als so stark und mächtig beschriebenen globalen Entwicklung, in der international agierenden Konzernen immer mehr Freiheiten eingeräumt werden, die Individuen sich aber mit der fortschreitenden Prekarisierung ihrer Lebensumstände konfrontiert sehen. So liegt denn auch die Stärke dieses Werks vor allem in der genauen Beschreibung, dem Darstellen von Zusammenhängen und vor allem in der Analyse der Wirkungen der neoliberalen Agenda auf den_ die Einzelne_n. Es hat dadurch die Kraft, Augen zu öffnen und Widerstandspotenziale zu aktivieren. Die konkrete Utopie ist für unterschiedliche Menschen an unterschiedlichen Orten wohl jeweils eine andere. Daher:

„Die vor uns liegende Aufgabe, die humane Integration auf der Ebene der gesamten Menschheit wird sich vermutlich als beispiellos anstrengend, beschwerlich und problematisch erweisen – hinsichtlich ihrer Konzeption wie ihrer Durchführung und Vollendung“ (S. 202).

Nach der Lektüre von „Retrotopia“ weiß man, dass es dazu keine wirkliche Alternative gibt. „Entweder wir reichen einander die Hände – oder wir schaufeln einander Gräber“ (S. 203).

Zygmunt Bauman 2017:

Retrotopia.

Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-07331-5.

179 Seiten. 20,90 Euro.

Zitathinweis: Peter Walerowski: Vorwärts in die Vergangenheit. Erschienen in: Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1479>. Abgerufen am: 10. 04. 2018 12:38.

Heterogene Männlichkeiten



Aisha-Nusrat Ahmad / Doris Bardehle / Sabine Andresen / Klaus M. Beier
Sexualität von Männern
Dritter Deutscher Männergesundheitsbericht

Warum sexuelle Gesundheit nur als gutes Leben für alle möglich ist.

Rezensiert von [Olaf Stuve](#)

Der Männergesundheitsbericht wird seit 2010 von der Stiftung Männergesundheit herausgegeben. Die dritte Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Sexualität von Männern“ ist in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Sexualwissenschaft der Hochschule Merseburg erarbeitet worden. In 31 Beiträgen ist ein facettenreicher Einblick in verschiedene Sexualitäten von Männern* unter dem Gesichtspunkt der sexuellen Gesundheit entstanden. Es handelt sich dabei um einen Beitrag zur politischen, theoretischen und praxisorientierten Diskussion über Männlichkeiten im Kontext geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Die versammelten Perspektiven auf das Thema sind notwendigerweise widersprüchlich und beinhalten zugleich überraschende Schnittpunkte.

Wenn Männlichkeiten und Sexualitäten einerseits pluralisiert und damit ein essentialistisches Verständnis von ihnen in Frage gestellt werden, so entsteht daraus notwendigerweise eine Spannung gegenüber medizinischen Perspektiven, die auf männliche Körperlichkeit und Heterosexualität von cis-Männern fokussiert. Es wird in dem Band auch nicht davor zurückgeschreckt, jene Felder zu thematisieren, in denen es um (strafrelevante) Grenzüberschreitungen im Kontext von Sexualität und Männlichkeit geht. Dabei gelingt es eine Orientierung an den Perspektiven von Opfern sexueller Gewalt zu verfolgen und zugleich wird ein Horizont der sexuellen Gesundheit für alle nicht aus dem Auge verloren. Sexuelle Gesundheit ist ein zentraler Begriff, der die Gesamtausrichtung des Bandes bestimmt. Mit ihm wird deutlich gemacht, dass eine selbstbestimmte Sexualität von den materiellen und immateriellen Bedingungen für ein gutes Leben für alle nicht absehen kann.

Sexualitäten und Männlichkeiten im Plural denken

Martin Dinges zeigt, wie Sexualitäten sich im Laufe der Geschichte verändern und

macht damit gleich zu Anfang klar: Sexualität ist nichts natürliches. Vielmehr ist Sexualität ein modernes Konzept, das im 19. Jahrhundert entstanden und seither ständigen Veränderungen unterworfen gewesen ist. Er kämpfte Freiräume bezüglich Sexualitäten und Geschlechtervorstellungen, wie sie zum Beispiel während der Weimarer Republik errungen worden waren, werden im Nationalsozialismus in einer rassistisch-heteronormativen Bevölkerungspolitik wieder aufgehoben. Auch aktuell befinden wir uns in einer Phase der Politisierung von Sexualität, die Formen eines „Kulturkampfes“ (S. 35) annimmt. Dieser Kulturkampf spielt sich zwischen denen ab, die sich für gleiche Rechte aller Geschlechter und Sexualitäten einsetzen und denen, die an einer essentialistischen Vorstellung von Geschlecht und Heterosexualität festhalten und damit Pluralisierungen als Bedrohung einer vermeintlich ursprünglichen Ordnung ablehnen. So wird klar: Gesellschaftliche Entwicklungen in Sachen sexueller Politiken sind keineswegs geradlinig in Richtung Emanzipation ausgerichtet.

Nicola Döring richtet ihren Blick anschließend auf das Verhältnis von Sexualitäten und Männlichkeiten. Sie plädiert für eine Wahrnehmung von Männlichkeiten, in der sowohl negative als auch positive Aspekte männlicher Sexualität in der Forschung betrachtet werden können. Sie will einen Fokus einseitiger Betrachtungen negativer Seiten von Männlichkeit verlassen, wie er ihrer Meinung nach mit einem machtanalytischen und herrschaftskritischen Verständnis von Männlichkeit verbunden ist. Mit Konzepten wie zum Beispiel einer „balancierten Männlichkeit“ oder von „queer straighten Männlichkeiten“ (S. 42) soll es ermöglicht werden, Aspekten wie „sexuelle Lust“ und „zwischenmenschliche Nähe und Bindung“ (S. 64) eine positive Gewichtung in Verständnisweisen von Männlichkeiten zu geben. Ob allerdings mit einer Pluralisierung von Männlichkeiten auch Hierarchisierungen und Herrschaftsverhältnisse in Frage gestellt oder aufgelöst werden, bleibt eine offene Frage.

Nachdem die Begriffe Sexualitäten und Männlichkeiten erläutert worden sind, wird von Heinz-Jürgen Voß und Doris Bardehle der Begriff der sexuellen Gesundheit eingeführt, wie er sich im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelt hat. Sexualität und Gesundheit werden dabei nicht reduziert betrachtet. Vielmehr ist „sexuelle Gesundheit [...] untrennbar mit Gesundheit insgesamt, mit Wohlbefinden und Lebensqualität verbunden“ (S. 83). Gesundheit ist nicht nur Fehlen von Krankheit, sondern vielmehr körperliches, emotionales, mentales und soziales Wohlbefinden in Bezug auf Sexualität. Hier wird eine Perspektive des prinzipiell Möglichen eingenommen, mit der es um Bedingungen für ein gutes Leben für alle geht. Diese Bedingungen müssen realpolitisch erkämpft werden.

Wider die binäre Zweigeschlechtlichkeit

In dem programmatischen Titel „Männergesundheitsbericht“ liegt bereits ein

grundsätzlicher Widerspruch, ist doch damit „eine Binarität von Geschlecht suggeriert“, die dazu auffordert, „rationalisiert über etwas zu schreiben, das nicht binär und nicht rationalisierbar ist – über Geschlecht“ (S. 240). Arn Sauer und Annette Güldenring problematisieren, dass das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit immer wieder als begrenztes und begrenzendes Denksystem auftaucht. Dabei bringt es ihrer Meinung nach mehr Probleme als Lösungen mit sich, wenn über Geschlecht, Männlichkeiten, Männer* und Sexualitäten nachgedacht und gearbeitet wird. Sauer und Güldenring plädieren dafür, über die Grenzen einer naturalisierenden Logik der Zweigeschlechtlichkeit hinauszugehen, die die Auseinandersetzungen immer noch prägt, wenn es zum Beispiel um Transgeschlechtlichkeit geht. Auch Takle Flörcken fragt, „inwiefern Asexualitätsforschung, die von binären Geschlechtermodellen ausgeht, geschlechtliche Vielfalt asexueller Menschen sinnvoll abbilden kann“ (S. 233). Aus diesen Perspektiven werden verstärkt Ansätze der Community-Forschung und Beratung gefordert. Mit ihnen werden Hoffnungen einer stärker heterogenisierenden und nicht-pathologisierenden Herangehensweise verknüpft, wie sie in der vorherrschenden medizinischen, psychologischen und beratenden Praxis vermisst werden. Welche Fragen und Problemstellungen in Ansätzen der Community-Beratung auftauchen können, bleibt an dieser Stelle unbesprochen, geht es doch hier vor allem darum, zunächst Alternativen zu vorherrschenden Praxen zu stärken.

Eine Heterogenisierung von männlichen beziehungsweise geschlechtlichen Wirklichkeiten steht in einem Spannungsverhältnis gegenüber zweigeschlechtlicher Vereindeutigung, wie sie – vielleicht notwendigerweise – in Beiträgen über den Zusammenhang von Sexualität, sexuellen Störungen und Identität mit Fokus auf Cis-Männer entsteht. Diese Spannungen sind in dem Band aber keine ärgerlichen gegenseitigen Ausschließungen, sondern erscheinen vielmehr produktiv, weil bei allen Autor*innen das Bemühen um die Anerkennung von Heterogenität deutlich zum Ausdruck kommt.

Überraschende Schnittstellen...

Die inhaltliche Breite der Themen bringt überraschende Überschneidungen hervor, die dazu anregen, an den Schnittstellen weiterzudenken. Ein Beispiel findet seinen Ausgangspunkt bei Aisha-Nusrat Ahmad und Phil C. Langer, die auf chronische Erkrankungen, Sexualitäten und Männlichkeiten blicken. Sie argumentieren zunächst, dass die vorherrschende soziale Konstruktion von Männlichkeit immer noch mit Vorstellungen von „Macht, körperlicher Stärke, Durchsetzungsfähigkeit, sexueller Potenz usw. aufgeladen ist“. Davon ausgehend bedeuten „chronische Erkrankungen gleichwohl eine tiefgreifende Problematisierung des vergeschlechtlichten Selbstbildes und der sozialen Agency/Handlungsfähigkeit“ (S.

341).

Eine Folge, so konkretisieren sie weiter, kann eine „abnehmende Möglichkeit einer Erektion und das infolgedessen (meist) veränderte Sexualleben“ sein (S. 341). Von Betroffenen kann das als Entziehung ihrer Männlichkeit betrachtet werden. Ahmad und Langer verweisen auf Schwierigkeiten in Bezug auf die Verwendung von sexuellen „Hilfsmitteln“. Sie beschreiben, wie schwierig es für einen Teil von Männern ist, alternative Formen der Sexualität zu erproben. „Wenn du es aufblasen musst, um es hochzubringen, vergiss es; es ist nicht natürlich, wenn Du es tust. Ich will einfach, uh, kein künstlicher Mann sein“ (S. 343). Die Männlichkeitsanforderung Erektionsfähigkeit und eine bestimmte Vorstellung von Sexualität stellen sich hier als Hindernis für einen vielleicht hilfreichen, alternativen Umgang mit den Folgen chronischer Erkrankungen auf das Sexualleben dar. Anja Drews bringt aus einer völlig anderen Blickrichtung auf den Umgang mit Sextoys einen mögliche Perspektive so auf den Punkt:

„Wenn wir es schaffen, den Fokus jenseits vom Geschlechtsverkehr auf eine spielerische, weniger genitalzentrierte Sexualität zu richten, wenn die männliche Erektion nicht mehr maßgeblich verantwortlich ist für eine erfüllte Sexualität und von diesem Druck befreit wird, kann Sexspielzeug eine sinnvolle Erweiterung der sinnlichen Genüsse darstellen“ (S. 289).

...und wichtige Anstöße

Angesichts der Diagnose über die aktualisierte Politisierung von Sexualitäten und Geschlechterverhältnisse, ist in dem Männergesundheitsbericht 2017 eine wichtige Stimme für eine geschlechtliche und sexuelle Vielfalts- und Gerechtigkeitspolitik zu sehen. Orientierungspunkte für die Ausrichtung des Berichts stellen reale Bedürfnisse in einer heterogenen geschlechtlichen und sexuellen Wirklichkeit dar. Das erscheint umso wichtiger, sind Männlichkeit und Sexualität derzeit doch zu einem umkämpften Terrain geworden, wie lange nicht mehr. Für weitere wissenschaftlich-praktische Diskussionen in den Arbeitsfeldern Medizin, Sexual- und geschlechterreflektierte Pädagogik, soziale Arbeit, (Psycho-)Therapie sowie kritische Geschlechter-, Männlichkeits- und Männer*forschung sind eine Fülle von Informationen und Anregungen mit dem Bericht vorgelegt. Es ist zu hoffen, dass der engagierte Austausch im Rahmen der interdisziplinären Zusammenarbeit an dem Bericht fortgesetzt wird. Eine gemeinsame respektvolle und herrschaftskritische Sprachfindung, ohne eine Leitbegrifflichkeit vorzugeben sowie eine Weiterentwicklung von Praxen, die von der Anerkennung einer sexuellen und geschlechtlichen Heterogenität gekennzeichnet ist, scheint nicht nur angesichts der Angriffe von rechts nötiger denn je.

Aisha-Nusrat Ahmad / Doris Bardehle / Sabine Andresen / Klaus M. Beier 2017:
Sexualität von Männern. Dritter Deutscher Männergesundheitsbericht.
Psychosozial-Verlag, Gießen.
ISBN: 9783837973037.
449 Seiten. 39,90 Euro.

Zitathinweis: Olaf Stuve: Heterogene Männlichkeiten. Erschienen in: Neue
Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1480>. Abgerufen am: 10.
04. 2018 12:38.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2018 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons
Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese
Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung
ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die
Ausgabenbilder.